



DIPLOMARBEIT

Der Einsatz von Instrumenten der Solidarischen Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung in Wien

am Beispiel der Arbeit

der Gebietsbetreuung Stadterneuerung in Simmering

**ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
einer Diplom-Ingenieurin**

unter der Leitung von

Vertr.Ass. Mag. Dr. Alexander Hamedinger

E280

Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

Christina Schneider

Mat.-Nr. 9525323

Leyserstraße 5/35, 1140 Wien

Wien, am 23.10.2014

ABSTRACT

Diese Arbeit untersucht ausgehend von der Frage, ob die Förderung Solidarischer Ökonomie zur Erreichung der Ziele der Stadterneuerung in Wien beitragen kann, Überschneidungen und Widersprüche zwischen den Themenfeldern Solidarische Ökonomie und Stadterneuerung sowohl auf der theoretischen Ebene als auch in der konkreten Umsetzung exemplarisch an der Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 11. Bezirk (GB*11).

Ausgehend von der Definition Solidarischer Ökonomie, ihrer Entwicklungsgeschichte sowie der Analyse ausgewählter Methoden und Instrumente und der Definition von Stadterneuerung besonders in Wien, ihrer Entstehungsgeschichte und den angewandten Methoden und Instrumenten werden die Schnittstellen der beiden Ansätze analysiert.

Solidarische Ökonomie kann auf Stadtteilebene durch Förderungen unterstützt werden und dabei auch gleichzeitig helfen, die Ziele der Stadterneuerung zu erreichen. Ausschlaggebend sind zusätzlich auch nicht-monetäre Unterstützungen z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Unterstützung oder entwickeln von Pilotprojekten. Wichtig für den Erfolg scheinen dabei ein gesellschaftliches Klima, das eigenverantwortliche Initiativen fördert sowie Politik und Verwaltung, die Partizipation leben, zu sein.

Based on the question whether the promotion of solidarity economy can achieve the aims of the urban renewal in Vienna, this thesis examines overlaps and contradictions between the topics of solidarity economy and urban renewal, both at the theoretical level and in the practical implementation in the work of the intermediary organisation Gebietsbetreuung Stadterneuerung in the 11th District of Vienna.

First the definition of solidarity economy, its history and the analysis of selected methods and instruments is analyzed then the urban renewal - especially in Vienna - is specified, its history and its methods and tools. Interfaces between the two approaches were analyzed.

Solidarity economy can be encouraged at the district level through subsidies, while coincidentally helping to achieve the aims of urban renewal. Non-monetary support such as public relations, networking, support, development of pilot projects is necessary too. For being successful a society that fosters initiatives of self-responsible, and political and administrative structures that acts in accordance with the topic of participation is required.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	10
1.1	Motivation	10
1.2	Forschungskontext	11
1.3	Erkenntnisfragen/Hypothesen.....	11
1.4	Aufbau der Arbeit.....	12
2	METHODIK	13
2.1	Auswahl und Analyse des Referenzbeispiels	13
2.2	Leitfadengestützte Expert/innen-Interviews.....	13
2.3	Qualitative Inhaltsanalyse	14
2.4	Auswahl der Methodik für die unterschiedlichen Forschungsfragen	14
2.4.1	Was ist Solidarische Ökonomie?	14
2.4.2	Trägt die Förderung Solidarischer Ökonomie dazu bei, die Ziele der Stadterneuerung (in Wien) zu erreichen?.....	14
2.4.3	Verankerung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung	15
2.4.4	Möglichkeiten der GB* Solidarische Ökonomie zu fördern	15
3	SOLIDARISCHE ÖKONOMIE	16
3.1	Begriffsdefinition und Abgrenzung „Solidarische Ökonomie“	16
3.1.1	Ökonomie-Begriff	16
3.1.2	Solidaritäts-Begriff	20
3.1.3	Kriterien für Solidarische Ökonomie.....	22
3.2	Historische Entwicklung	28
3.2.1	Solidarische Ökonomie in Brasilien.....	28
3.2.2	Solidarische Ökonomie in Europa	30
3.3	Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie	35
3.3.1	Grundsätzliche Organisationsformen	35
3.3.2	Methoden und Instrumente	38
3.3.3	Überblick über Organisationsformen, Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie	58
4	STADTERNEUERUNG	60
4.1	Begriffsdefinition und Abgrenzung „Stadterneuerung“	60
4.1.1	Aufgabe und Rollenverständnis von Planer/innen.....	61
4.1.2	Das Wiener Modell der Sanften Stadterneuerung	62
4.2	Historische Entwicklung der Stadterneuerung.....	64
4.2.1	Stadterneuerung in Wien seit 1945.....	64
4.3	Organisation der Stadterneuerung	69

4.3.1	Organisation der Stadterneuerung in Wien	69
4.4	Methoden und Instrumente der Stadterneuerung	71
4.4.1	Stadtentwicklungsplan für Wien	71
4.4.2	Wiener Gebietsbetreuung Stadterneuerung	76
4.4.3	wohnfonds_wien – Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung	78
4.4.4	Stadtteilmanagement / Grätzelmanagement	79
4.4.5	Blocksanierung	81
4.4.6	Programm „Soziale Stadt“	82
4.5	Pilotprojekte der Stadterneuerung in Wien	84
4.5.1	Aktuelle Diskurse in der Stadterneuerung	84
4.5.2	VIEW – Vision Entwicklung Westgürtel	86
4.5.3	Erneuerungsinitiative Brunnenviertel	87
4.5.4	Gebietsmanagement Arnegasse (17. Bezirk)	88
4.5.5	Mehrwert Sanierungsinitiative	89
4.5.6	Projekte zur Förderung der lokalen Wirtschaft in Stadterneuerungsgebieten	90
4.6	Überblick über die dargestellten Methoden, Instrumente und Pilotprojekte der Stadterneuerung	95
5	SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND STADTERNEUERUNG – ÜBEREINSTIMMUNGEN UND WIDERSPRÜCHE	97
5.1	Übereinstimmungen und Widersprüche auf Ebene der Prinzipien	97
5.1.1	Demokratische Unternehmenskultur und Selbstverwaltung	98
5.1.2	Solidarität	98
5.1.3	Nachhaltigkeit	99
5.1.4	<i>Not For Private Profit</i>	99
5.2	Chancen und Schwierigkeiten für den Einsatz von Instrumenten der Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung	100
5.2.1	Zuordnung der Organisationsformen und Instrumente der Solidarischen Ökonomie zu den Steuerungsinstrumenten der Raumplanung	100
5.2.2	Stadtteilmanagement	102
5.2.3	Regionalwährung	103
5.2.4	Gemeinschaftsgärten	103
5.2.5	Selbstorganisierte Wohnprojekte	103
5.2.6	Allmenden	104
5.3	Chancen und Schwierigkeiten für die Förderung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung	106

6	FALLBEISPIEL STADTERNEUERUNGSGEBIET SIMMERING (WIEN).....	108
6.1	Rahmenbedingungen in Wien.....	108
6.1.1	Politisch-administrative Struktur.....	108
6.1.2	Bevölkerungsstruktur.....	111
6.1.3	Wirtschaftsstruktur.....	111
6.2	Das Stadterneuerungsgebiet Simmering.....	113
6.2.1	Lage.....	113
6.2.2	Politische Struktur.....	113
6.2.3	Bevölkerungsstruktur.....	114
6.2.4	Bebauungsstruktur und öffentlicher Raum.....	114
6.2.5	Wirtschaftsstruktur.....	115
6.3	Die Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung in Simmering (GB*11).....	117
6.3.1	Aufgaben.....	117
6.3.2	Arbeitsweise.....	117
6.4	Solidarische Ökonomie in Simmering.....	119
6.4.1	Stadtteilzentrum <i>Centro Once</i>	119
6.4.2	Gemeinschaftsgärten.....	119
6.4.3	Genossenschaften.....	120
6.4.4	Selbstorganisierte Wohnprojekte.....	121
6.5	Möglichkeiten der Förderung Solidarischer Ökonomie.....	122
6.5.1	Politische Rahmenbedingungen.....	122
6.5.2	Regulative Instrumente.....	123
6.5.3	Kommunikation.....	124
6.5.4	Finanzielle Anreize.....	125
6.5.5	Marktteilnahme.....	127
6.5.6	Öffentliche Investitionen zur Entwicklung von Standorten.....	128
6.5.7	Prozessmanagement.....	129
7	ZUSAMMENFASSUNG.....	130
8	SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	133
8.1	Konkrete Projekte der Solidarischen Ökonomie und ihr möglicher Einsatz im Rahmen der Stadterneuerung.....	134
8.2	Rahmenbedingungen in Wien.....	138
8.3	Möglichkeiten Der Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*) Solidarische Ökonomie (im Rahmen ihres Auftrags) zu fördern.....	140
9	VERWENDETE LITERATUR UND QUELLEN.....	141
9.1	Verwendete Literatur.....	141
9.2	Vorträge/mündliche Quellen.....	151

9.3	Internet-Quellen	151
10	VERZEICHNISSE	154
10.1	Abbildungsverzeichnis.....	154
10.2	Tabellenverzeichnis.....	154
11	ANHANG	155
11.1	Interviewleitfaden Expert/innen-Interviews	155
11.2	Liste der Interviewpartner/innen Expert/innen-Interview	157

DANKSAGUNG

Diese Diplomarbeit wäre nicht zustande gekommen ohne die zahlreiche Unterstützung vieler, bei denen ich mich auf diesem Wege herzlich bedanken will.

Zuallererst bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Dr. Alexander Hamedinger, der viel Zeit und immer ein offenes Ohr für mich hatte und mich bei allen auftauchenden Fragen unterstützt hat.

Dann bei meiner Familie, meinen Eltern, die mir ein Studium ermöglicht haben und meinem Mann und meinen Kindern, die mir Zeit zum Studieren und Schreiben meiner Diplomarbeit geschenkt haben.

Danke an meine Interviewpartner/innen, die mir durch ihre Antworten neue Perspektiven und spannende Einsichten in das Themenfeld gewährt haben.

Bedanken möchte ich mich auch bei den vielen Menschen, die Projekte der Solidarischen Ökonomie entwickelt haben und sie am Leben erhalten. Erst sie haben es mir ermöglicht über die vielen existierenden Beispiele zu berichten.

Ein spezieller Dank gebührt Michaela Glanzer für das Lektorat und die kritische Durchsicht meiner Arbeit.

Und zu guter Letzt möchte ich mich bei all jenen bedanken, die nicht müde wurden, mich nach dem Fortgang meines Studiums und meiner Diplomarbeit zu fragen, einen Abschluss einzumahnen, mich zu motivieren und so entscheidend dazu beigetragen haben, dass ich nicht aufgegeben habe.

1 EINLEITUNG

1.1 MOTIVATION

Sieht man Stadterneuerung nicht ausschließlich als bauliche Erneuerung sanierungsbedürftiger Quartiere sondern auch als Prozess, das Leben in der Stadt bzw. im eigenen Grätzl lebenswert zu gestalten und die Bewohner/innen zu ermächtigen sich für ihren Stadtteil einzusetzen und ihn zu ihrem Eigenen zu machen, dann liegt es nahe auch Konzepte einzubeziehen, die auf den ersten Blick nicht unbedingt etwas mit Stadterneuerung zu tun haben. Dieser weiter gefasste Ansatz von Stadterneuerung wird in Wien durch die Gebietsbetreuung Stadterneuerung verfolgt, für die ich seit einigen Jahren tätig bin.

Mit dem Begriff der Solidarischen Ökonomie bin ich erstmals 2009 im Rahmen des gleichlautenden Kongresses in Wien in Kontakt gekommen. Solidarische Ökonomie ist ein Schlagwort, unter dem sich eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Zugänge zum Wirtschaften subsummieren, die gemeinsam haben, dass sie sich im Gegensatz zum Marktüblichen sehen, d.h. es geht um Alternativen, Experimente, Erweiterung von Handlungsspielräumen in alle möglichen Richtungen. Diese entstehen oft durch das Auftreten von Notlagen (z.B. ein regionaler Betrieb sperrt zu oder verlagert die Produktionsstätte) oder wenn sich Gruppen finden, die gemeinsam etwas verändern wollen (z.B. Tauschringe, Gemeinschaftsgärten). Wie bei den meisten Initiativen ist es auch bei der Solidarischen Ökonomie wichtig, dass sich ausreichend Personen finden, die an den Projekten auch längerfristig interessiert sind und aktiv mitmachen.

Im Rahmen meiner Tätigkeit in der Gebietsbetreuung Stadterneuerung stellt sich immer wieder die Frage, wie das Zusammenleben im Stadtteil verbessert werden kann. Dabei werden auch Erkenntnisse und Ansätze aus anderen Forschungsgebieten einbezogen und adaptiert, um Neues zu entwickeln. Viele der Faktoren, die für das Gelingen Solidarischer Ökonomie wichtig sind, können auch dazu beitragen, dass Stadtteile attraktiver bzw. aufgewertet werden. Dabei kann die Wechselwirkung sowohl Ursache (entstehen Solidarischer Ökonomie aufgrund der Tatsache, dass es sich um einen benachteiligten Stadtteil handelt) als auch Begründung (gezielte Förderung Solidarischer Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen) sein. Ausschlaggebend dabei sind auch die jeweiligen Akteur/innen von denen eine Initiative ausgeht.

Diese Voraussetzungen haben das Interesse geweckt, ein mögliches Wechselspiel zwischen Stadterneuerung und Solidarischer Ökonomie zu untersuchen und so zu einer

Weiterentwicklung der Methoden und Instrumente der Stadterneuerung beizutragen bzw. mögliche Synergieeffekte zu identifizieren.

1.2 FORSCHUNGSKONTEXT

Das Thema Stadterneuerung wird vor allem unter 2 Kontexten gesehen, die zunehmend als einander ergänzende Prozesse verstanden werden, die für eine nachhaltige Wirkung von Stadterneuerung notwendig sind:

- Stadterneuerung als bauliche Erneuerung sanierungsbedürftiger Gebäude und Stadtteile durch Sanierung, Umbau oder Abriss und Neubau.
- Stadterneuerung als sozialer Prozess, der das Leben der Bewohner/innen und Nutzer/innen eines Stadtteils beeinflusst.

Das Thema Solidarische Ökonomie ist in Deutschland an 2 Universitäten (Kassel und Münster) Gegenstand der Forschung. In Österreich ist Solidarische Ökonomie hauptsächlich in internationalen Zusammenhängen Forschungsthema. Es gibt zahlreiche Initiativen Solidarischer Ökonomie (auch in Österreich), die sich z.B. im Rahmen der Kongresse „Solidarische Ökonomie“ im Februar 2009 und 2013 vernetzt haben. Dabei ging es allerdings mehr um die Diskussion von *Best-practices*-Modellen als um eine wissenschaftliche Einordnung und Auseinandersetzung.

1.3 ERKENNTNISFRAGEN/HYPOTHESEN

Hypothese: Solidarische Ökonomie funktioniert nur dann, wenn sich eine soziale Gruppe findet, die gemeinsam etwas umsetzen will. Sie ist eine Bewegung von unten („*bottom-up*“). Stadterneuerung kommt meist von oben (Verwaltung, Politik, „*top-down*“), braucht aber für einen nachhaltigen Erfolg eine soziale Gruppe, die die Erneuerung und Entwicklung eines Stadtteils mitträgt. Deswegen sind Instrumente der Solidarischen Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung sinnvoll einsetzbar.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Was ist Solidarische Ökonomie?
2. Trägt die Förderung Solidarischer Ökonomie dazu bei, die Ziele der Stadterneuerung (in Wien) zu erreichen?
3. Welche Ansatzpunkte für die Verankerung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung gibt es?
4. Wie müssen Instrumente der Stadterneuerung gestaltet sein, um Synergieeffekte mit der Solidarischen Ökonomie nutzen zu können?

5. Welche Möglichkeiten hat die Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*) Solidarische Ökonomie (im Rahmen ihres Auftrags) zu fördern?

1.4 AUFBAU DER ARBEIT

Schon der Titel der Arbeit lässt erkennen, dass hier zwei Themen (Stadterneuerung und Solidarische Ökonomie) und ihre Beziehungen auf theoretischer und praktischer Ebene untersucht werden. Dem wurde auch mit dem Aufbau der Arbeit entsprochen. Im folgenden Abschnitt findet sich ein kurzer Überblick über den Aufbau der Arbeit und die Zuordnung der Erkenntnisfragen zu den jeweiligen Kapiteln.

Kapitel 2 beschäftigt sich mit der Methodik der Arbeit.

Kapitel 3 widmet sich dem Begriff der Solidarischen Ökonomie. Neben der Begriffsdefinition und einem kurzen historischen Überblick werden Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie untersucht. Die 1. Erkenntnisfrage ist hier verortet.

Kapitel 4 ist dem Thema Stadterneuerung gewidmet. Eine Begriffsdefinition, ein kurzer historischer Überblick sowie Methoden und Instrumente sind Teil der Untersuchung. Zusätzlich wird speziell auf die Stadterneuerung in Wien eingegangen.

Im Kapitel 5 werden auf Basis der beiden vorherigen Kapitel Übereinstimmungen und Widersprüche sowie Chancen und Schwierigkeiten für den Einsatz von Instrumenten sowie der Förderung der Solidarischen Ökonomie jeweils im Rahmen der Stadterneuerung untersucht. Die Erkenntnisfragen 2, 3 und 4 werden in diesem Kapitel behandelt.

Kapitel 6 widmet sich der Untersuchung des Fallbeispiels. Anhand des Stadterneuerungsgebiets in Simmering wird auf die konkrete Ausgangslage in Wien und die Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung in Simmering eingegangen, Beispiele für Solidarische Ökonomie gesucht und konkrete Möglichkeiten der Förderung untersucht. Die 5. Erkenntnisfrage wird in diesem Kapitel behandelt.

Nach einer Zusammenfassung (Kapitel 7) werden in Kapitel 8 Schlussfolgerungen gezogen. Diese beschäftigen sich vor allem mit den Erkenntnisfragen 3, 4 und 5.

2 METHODIK

Zu Beginn jeder Untersuchung steht die Aufarbeitung des Stands der Forschung. Dabei soll möglichst viel von dem bereits publizierten Wissen zusammengetragen werden, um mögliche Lücken zu identifizieren. Die empirische Untersuchung versucht dann, diese Lücken zu schließen. Deswegen wird zu Beginn mittels Literaturrecherche der theoretische, wissenschaftliche Hintergrund zu den Themen Solidarische Ökonomie und Stadterneuerung in Wien aufgearbeitet. (vgl. Gläser & Laudel 2009:74f)

2.1 AUSWAHL UND ANALYSE DES REFERENZBEISPIELS

Für die empirische Analyse wurde die Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*) in Wien gewählt. Die GB* ist die lokale Akteurin für Stadterneuerung und erscheint damit prädestiniert für eine Analyse im Rahmen der vorliegenden Arbeit. Da die Stadterneuerungsgebiete in Wien große Unterschiede in ihren Ausgangsbedingungen und konkreten Problemlagen aufweisen, wurde ein konkreter Stadtteil für die empirische Analyse ausgewählt. Die eigene Tätigkeit in der Gebietsbetreuung Stadterneuerung Simmering (GB*11) und das daraus resultierende lokale Wissen sprach für die Wahl von Simmering. Außerdem verfolgt die GB*11 auch Stadtteilmanagement-Ansätze und hat mit „Mehrwert Sanierungsinitiative“ und „Zentralraum Simmering“ auch zukunftsweisende Pilotprojekte initiiert und umgesetzt.

Die Untersuchung des Stadterneuerungsgebiets in Simmering erfolgt dabei mit unterschiedlichen Methoden:

- Analyse vorhandener statistischer Daten zur Charakterisierung des Stadterneuerungsgebiets im Vergleich zur Stadt Wien
- Leitfadengestützte Expert/innen-Interviews

2.2 LEITFADENGESTÜTZTE EXPERT/INNEN-INTERVIEWS

Bei Leitfadeninterviews handelt es sich um eine Form von nichtstandardisierten Interviews, die zu den qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung zählen. Der Leitfaden enthält alle – zumeist offenen – Fragen, die im Rahmen des Interviews beantwortet werden müssen, legt allerdings keine Reihenfolge fest um eine Anpassung an einen möglichst natürlichen Gesprächsverlauf zu ermöglichen (vgl. Gläser & Laudel 2009:41f). Gläser & Laudel (2009:111) empfehlen Expert/innen-Interviews immer dann, wenn die zu behandelnden Themen durch das Untersuchungsziel vorgegeben sind und nicht durch den/die Interviewpartner/in bestimmt wird und auch einzelne Inhalte detailliert erhoben werden.

Die Interviews werden anonymisiert und vollständig transkribiert. Dabei werden die von Gläser & Laudel (2009:194) vorgeschlagenen Transkriptionsregeln angewandt:

- Niederschrift in Standardorthographie, keine Umgangssprache
- Lachen, Stottern, Verzögerungen, und ähnliches werden nur wiedergegeben, wenn sich dadurch die Bedeutung des Gesagten ändert
- Unterbrechungen werden dokumentiert
- Unverständliches wird gekennzeichnet

2.3 QUALITATIVE INHALTSANALYSE

Nach Mayring (1997:20ff) sind die Aufgaben einer qualitativen Analyse unter anderem die Hypothesenfindung und Theoriebildung sowie deren Überprüfung aber auch Pilotstudien und vertiefende Fragestellungen. Dabei meint qualitative Inhaltsanalyse ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen, dessen Regeln jeweils in Hinblick auf die konkrete Analyse neu festgelegt werden. Die Interpretation erfolgt theoriegeleitet, das heißt, sie erfolgt nach Fragestellungen, die sich aus der Theorie des Forschungsgegenstandes ableiten lassen. Dabei lassen sich drei Grundformen der Textbearbeitung unterscheiden, die in der Inhaltsanalyse vorkommen: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung. (vgl. Mayring 1997:42f, 52, 58)

Eine detaillierte Beschreibung der qualitativen Inhaltsanalyse und ihrer Arbeitsschritte findet sich in den Büchern von Gläser & Laudel (2009) und Mayring (1997).

2.4 AUSWAHL DER METHODIK FÜR DIE UNTERSCHIEDLICHEN FORSCHUNGSFRAGEN

2.4.1 WAS IST SOLIDARISCHE ÖKONOMIE?

Mittels Literaturrecherche wird der aktuelle Stand der Forschung zum Thema Solidarische Ökonomie aufgearbeitet und mit einer Auswahl an nationalen und internationalen Praxisbeispielen ergänzt.

2.4.2 TRÄGT DIE FÖRDERUNG SOLIDARISCHER ÖKONOMIE DAZU BEI, DIE ZIELE DER STADTERNEUERUNG (IN WIEN) ZU ERREICHEN?

Anhand von Literaturrecherche, Dokumentenanalyse und Expert/innen-Interviews werden Ziele der Wiener Stadterneuerung ermittelt. Mittels Expert/innen-Interviews werden die Ziele

dann auf mögliche Synergien mit Solidarischer Ökonomie untersucht. Die Auswertung erfolgt mittels qualitativer Inhaltsanalyse.

2.4.3 VERANKERUNG SOLIDARISCHER ÖKONOMIE IM RAHMEN DER STADTERNEUERUNG

Die Einschätzung der Möglichkeiten einer Verankerung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung und der dafür notwendigen Instrumente wird exemplarisch an ausgewählten Beispielen mittels Expert/innen-Interviews ermittelt, da eine Einschätzung von konkreter Praxis, Chancen und Schwierigkeiten eng mit den Einstellungen der handelnden Personen verbunden ist. Die Auswertung erfolgt mittels qualitativer Inhaltsanalyse. Ergänzt wird die Analyse mit Literaturrecherche und Dokumentenanalyse zu den bestehenden Instrumenten der Stadterneuerung und der Solidarischen Ökonomie.

2.4.4 MÖGLICHKEITEN DER GB* SOLIDARISCHE ÖKONOMIE ZU FÖRDERN

Bei der Beantwortung dieser Frage geht es vor allem um die Ermittlung von Einstellungen und Wertvorstellungen der handelnden Personen. Deswegen werden auch hier Expert/innen-Interviews als Methode eingesetzt, die mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet werden. Auch in dieser Frage wird die Analyse mit Literaturrecherche ergänzt

3 SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

3.1 BEGRIFFSDEFINITION UND ABGRENZUNG „SOLIDARISCHE ÖKONOMIE“

„Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.“, so ist es am Programmheft des „Solidarische Ökonomie Kongress 2009“ in Wien zu lesen. Für den Begriff „Solidarische Ökonomie“ gibt es (noch) keine fixe Definition und er wird zum Teil synonym bzw. in Abgrenzung oder als Teil zu Begriffen wie „Lokale Ökonomie“, „Soziale Ökonomie“, „Gemeinwesenökonomie“, oder „Dritter Sektor“ verwendet.

Solidarische Ökonomie sieht sich als Gegenbewegung zu Phänomenen wie z.B. Globalisierung, Neoliberalismus, Privatisierung. So definiert Claudio Nascimento (Koordinator im Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie in Brasilien) Solidarische Ökonomie als „ein integrales Konzept, durch das der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erfolgen soll“ (Gabriel 2009). (vgl. Blümel 2008, Verein für Solidarökonomie 2009)

In der Erklärung von Lima des Internationalen Netzwerks zur Förderung der sozialen und solidarischen Ökonomie wurde 1997 Solidarische Ökonomie folgendermaßen definiert: „Solidarische Ökonomie (SÖ) bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen.“ (Embshoff 2008:11)

Für die Definition und Abgrenzung der Solidarischen Ökonomie werden im Folgenden zuerst die Begriffe Ökonomie und Solidarität definiert. Anschließend werden in Kapitel 3.1.3 die Begriffe „Lokale Ökonomie“, „Soziale Ökonomie“, „Gemeinwesenökonomie“, „Dritter Sektor“ definiert und Kriterien für Solidarische Ökonomie abgeleitet.

3.1.1 ÖKONOMIE-BEGRIFF

Der Begriff „Ökonomie“ leitet sich aus dem griechischen „oikos“ (Haus) ab und meint damit ursprünglich vernünftiges Haushalten (Birkhölzer 2000:14). Der Duden „Wirtschaft von A bis Z“ definiert Wirtschaft als „die Gesamtheit aller Einrichtungen wie Unternehmen, private und öffentliche Haushalte sowie die notwendigen Abläufe wie Käufe und Verkäufe, die mit der Herstellung und dem Verbrauch von Gütern verbunden sind.“ (Pollert et al. 2009)

In den Wirtschaftswissenschaften haben sich verschiedene theoretische Zugänge etabliert. Der Zweig, der sich mit der Untersuchung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge befasst, ist die Volkswirtschaftslehre. Unterschieden wird dabei zwischen Mikroökonomie (befasst sich mit einzelnen Unternehmen und Haushalten) und Makroökonomie (befasst sich mit dem Verhalten ganzer Sektoren). Das „dominante Paradigma der Wirtschaftswissenschaften“ (Novy & Jäger 2003:5) ist die Neoklassik, die sich „als reine Ökonomie von der politischen Ökonomie“ (Novy & Jäger 2003:6) abgrenzt. Die Neoklassik setzte sich seit dem späten 19. Jahrhundert als „Theorie des aufsteigenden Bürgertums“ (Novy & Jäger 2003:6) durch. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 erlebte sie einen Einbruch und ist spätestens seit den 1970er-Jahren wieder dominant. Die zentrale Frage ist, „wie knappe Ressourcen unter alternativen Nutzungsformen alloziert, d.h. zugeteilt werden“ (Novy & Jäger 2003:14). Zentrale Annahmen der Neoklassik sind:

- Der homo oeconomicus als „Idealtyp des zweckrational agierenden Individuums“ (Novy & Jäger 2003:16) bildet die Grundlage für die reine Ökonomie. Seine Haupteigenschaften sind rationales Verhalten und das Streben nach größtmöglichem Nutzen für sich selbst.
- Vollkommene Märkte sind durch idente Güter, vollständige Markttransparenz (alle Akteur/innen verfügen über alle Informationen) und unendlich viele Akteur/innen (Nachfrager/innen und Anbieter/innen) gekennzeichnet.
- Die Annahme, dass Knappheit von z.B. Ressourcen gegeben ist, ist ein grundlegender Bestandteil der Neoklassik. Ging es ursprünglich um die Knappheit in unternehmerischen Entscheidungen, wird Knappheit zunehmend auch in anderen Lebensbereichen wie z.B. Gesundheitswesen, Bildungswesen, Sozialwesen festgestellt und damit der mikroökonomischen Logik unterworfen. „Dies wird als die Ökonomisierung des Sozialen bezeichnet.“ (Novy & Jäger 2003:18)

(vgl. Novy & Jäger 2003, Pollert et al. 2009)

Die in der Ökonomie verwendeten Erklärungsmodelle sind dabei immer auch an konkrete historische und geographische Kontexte gebunden. Entstanden sind sie seit dem 18. Jahrhundert, um „den Kapitalismus als eine neue und komplexe Gesellschaft zu verstehen“ (Novy & Jäger 2003:2). Nach Novy & Jäger (2003) hängt die Frage, ob sich Modelle durchsetzen neben ihrer „Richtigkeit“ auch entscheidend davon ab, ob einflussreiche Kräfte sich eines Modells für ihre Zwecke bedienen wollen. Ökonomische Modelle haben zumeist eine differenzierte Weltsicht, die aber für die öffentlichen Diskurse stark vereinfacht wird. Mit diesen Trivialisierungen wird das öffentliche Bild von Wirtschaft bewusst geprägt. (vgl. Novy & Jäger 2003, Pollert et al. 2009)

Ökonomie wird in den Wirtschaftswissenschaften als ein Bereich der Gesellschaft gesehen. „Die Wirtschaft‘ wird dabei als ein spezieller, klar abgrenzbarer Gesellschaftsbereich dargestellt, in dem eigene (eben ökonomische) ‚Gesetzmäßigkeiten‘ gelten.“ (Ulrich 2006:177) „Die Theorie beeinflusst das politische Handeln, genauso wie letzteres auf die Theorieproduktion zurückwirkt.“ (Novy & Jäger 2003:2) Deswegen haben die wirtschaftspolitischen Diskurse auch Einfluss auf die politischen Entwicklungen. In den politischen Diskursen und der öffentlichen Darstellung wird die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend von dem Gedanken ersetzt, dass sich alle Lebensbereiche marktwirtschaftlichen Systemlogiken unterzuordnen haben. Dies wird z.B. in feministischen Diskursen in Frage gestellt. Kritisiert wird, dass dabei ein Großteil dessen, was vor allem Frauen leisten nicht berücksichtigt wird, aber auch, dass wieder mehr zwischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik unterschieden werden muss. „Ökonomische Liberalisierung ist nicht Selbstzweck(!sic), sondern ein Mittel zur Verwirklichung des eigentlichen Zwecks, nämlich der allgemeinen Bürgerfreiheit.“ (Ulrich 2006:175) Kritisiert wird dabei auch immer wieder das Konzept des homo oeconomicus, auch wenn sich im 20. Jahrhundert Menschen zunehmend tatsächlich in allen Lebensbereichen so verhalten, als wären sie ein homo oeconomicus. (vgl. Ulrich 2006, Joan Robinson 2009, Novy & Jäger 2003)

Zahlreiche Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie wurden nicht in der (wirtschaftswissenschaftlichen) Theorie entwickelt, sondern stammen direkt aus den Problemlagen betroffener Menschen. Da sich viele dieser Problemlagen nicht mit der Theorie der Neoklassik erklären lassen, erscheint es sinnvoller, von einem umfassenderen Ökonomiebegriff auszugehen wie z.B. dem 5-Sektorenmodell. Das 5-Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft ist ein alternatives Modell, das von einem erweiterten Ökonomie-Begriff ausgeht. Die Gesamtwirtschaft wird in 5 Sektoren unterteilt, die von unterschiedlichen Tätigkeiten, Menschenbildern und Rationalitäten geprägt sind:

- **For-Profit-Sektor (Erster Sektor):**

Dieser Sektor wird landläufig als „die Wirtschaft“ betrachtet, ist also jener Sektor in dem Unternehmer/innen legal agieren. Es werden legal Dienstleistungen erbracht und unterschiedliche Güter legal produziert um Gewinn zu erwirtschaften. Es herrscht Gewinnmaximierungsrationalität, d.h. es geht darum, den Unternehmenszweck mit geringstmöglichem Mitteleinsatz (z.B. geringe Entlohnung, wenige Umweltauflagen) zu erreichen. Das Menschenbild ist das des homo oeconomicus, die real existierenden abhängigen Arbeitskräfte, die auf die Lohnarbeit angewiesen sind, werden hier oft nur als Faktor „Arbeitskraft“ berücksichtigt.

- **Öffentlicher Sektor – Staat (Zweiter Sektor):**

Die ökonomischen Aufgaben des öffentlichen Sektors sind Stabilisierung (z.B. durch Arbeitnehmerschutzgesetze), Allokation (Zuweisung) und Distribution (Verteilung). Diese Aufgaben werden durch Steuern und Gebühren finanziert. Akteur/innen sind dabei neben Gemeinden, Ländern und Staaten auch die EU, der IWF (Internationaler Währungsfonds), die Zentralbanken, UNO-Organisationen und ähnliche. Obwohl der öffentliche Sektor aufgrund der Aufgaben eine Versorgungs-, Umverteilungs-, Vorsorge- und Gleichstellungsrationalität haben sollte, herrscht oft politische Stimmenmaximierungsrationalität vor.

- **Dritter Sektor – Non-Profit:**

Im Dritten Sektor sind Non-Profit-Organisationen und *Non-Governmental-Organisations* angesiedelt, die vor allem Anwaltschaft, Information, Bildung und Kontrolle zur Verfügung stellen wie z.B. Gewerkschaften, Greenpeace. Der Dritte Sektor unterscheidet sich zum Ersten Sektor vor allem in der Zielsetzung: Im Dritten Sektor ist es definitiv kein Ziel Gewinne zu erzielen, diese zu maximieren oder an Einzelpersonen auszuschütten. Projekte der Solidarischen Ökonomie sind zum Teil diesem Sektor zuzuordnen. Mehr zum Dritten Sektor findet sich im Kapitel 3.1.3.

- **Haushaltssektor:**

Der Haushaltssektor ist der älteste Wirtschaftssektor. Hier geht es einerseits um die Versorgung (z.B. produzieren, reproduzieren, haushalten, versorgen) der Mitglieder des Haushalts, andererseits um Sozialisation (sozialisieren von Verhalten und Rollen) und Beziehung (z.B. Macht, Kontrolle). Im Haushaltssektor herrscht Versorgungsrationalität vor, d.h. alle Haushaltsmitglieder sollen versorgt sein und genug für ein „gutes Leben“ haben. Der Haushaltssektor erbringt Basisleistungen für sich selbst und für alle anderen Sektoren. Deswegen ist ein funktionierender Haushaltssektor Voraussetzung für das Funktionieren einer Gesellschaft.

- **Illegaler-Krimineller Sektor:**

Dieser Sektor ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass die Tätigkeiten illegal (d.h. es gibt zwar gesetzliche Vorschriften, diese werden aber nicht eingehalten z.B. Beschäftigte werden nicht angemeldet) oder kriminell (d.h. die Tätigkeiten an sich sind verboten z.B. Drogenhandel) sind. Nicht in diesen Sektor fallen Tätigkeiten, für die es (noch) keine gesetzlichen Grundlagen gibt wie z.B. Tauschkreise.

(vgl. Joan Robinson 2009:34-67, Bernardi 2009)

Unter Ökonomie werden somit „alle Formen der Produktion und Reproduktion menschlicher Lebensbedingungen, einschließlich der Hausarbeit und der unbezahlten Arbeit in allen Bereichen der Gesellschaft“ (Birkhölzer 2000:15) verstanden. In der vorliegenden Arbeit wird dieser erweiterte Ökonomie-Begriff verwendet, da dies eine sinnvolle Einordnung und Beurteilung unterschiedlicher Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie ermöglicht.

3.1.2 SOLIDARITÄTS-BEGRIFF

Das Politiklexikon definiert Solidarität als „ein Prinzip, das gegen die Vereinzelung und Vermassung gerichtet ist und die Zusammengehörigkeit, d.h. die gegenseitige (Mit-) Verantwortung und (Mit-)Verpflichtung betont.“ (Schubert & Klein 2006) Der Begriff stammt vom französischen *solidaire* bzw. vom lateinischen *solidus*, was echt oder ganz bedeutet. In Frankreich handelte es sich bei dem Begriff *solidarité* zuerst um einen Rechtsbegriff, der für gemeinsam eingegangene Verpflichtungen eine gesamtschuldnerische Haftung vorsah. Dieser entwickelte sich ab der Französischen Revolution zu einem moralischen Begriff des sozialen Zusammenhangs der Gesellschaft weiter. (vgl. Nieszery 2004:18, Mäder 2003)

Im Wörterbuch der Sozialpolitik werden von Mäder (2003) als Bedingungen für Solidarität genannt: „soziale Ähnlichkeiten, gemeinsame Werteorientierungen, extreme Bedrohungen oder die Einsicht [...], dass eine Gesellschaft auseinander fällt, wenn sich deren Mitglieder vorwiegend am Eigennutz orientieren“ bzw. ein Gemeinwesen zu schaffen an dem alle teilhaben können.

Unterschieden wird in der Literatur zwischen verschiedenen Formen der Solidarität:

- Alltägliche oder unmittelbare Solidarität: Dabei geht es um Unterstützung Nahestehender (z.B. Familie, Freund/innen) auch über längere Zeiträume z.B. Pflege von Angehörigen. Diese entsteht spontan und setzt konkrete Handlungen.
- Inszenierte Solidarität: Dabei haben die Individuen erkannt, dass es Benachteiligung gibt, gegen die man besser gemeinsam auftreten kann. Sie kann weder verordnet werden noch besteht ein Anspruch darauf. Beispiele hierfür sind z.B. Selbsthilfegruppen, Spenden, Ehrenamt.
- Organisierte oder mittelbare Solidarität: ist ein Ergebnis des Sozialstaats, mit Rechtsanspruch, organisiert und durch Gesetze geregelt z.B. Kranken- und Pensionsversicherung.

(vgl. Nieszery 2004:22-23)

In Diskursen, die sich mit Phänomenen städtischer Entwicklungen und Solidarität beschäftigen, werden vor allem die Begriffe der solidarischen Stadt und des sozialen Zusammenhalts genannt. Die solidarische Stadt verfolgt „das Ziel eines Zusammengehörigkeitsgefühls unter ungleich beeinträchtigten Individuen bzw. Gebieten, aus welchem gegenseitige Verantwortung und Anspruch resultiert“ (Nieszery 2004:26). Alisch & Dangschat (1993) sprechen in diesem Zusammenhang von notwendiger „innerstädtischer Entwicklungshilfe“ (Alisch & Dangschat 1993:222), die zu einer Stadtentwicklung des sozialen Ausgleichs führen kann, wenn es gelingt, Qualitäten und Potenziale eines Grätzels zu erkennen und nutzbar zu machen. Um dies zu erreichen, sind sowohl politischer Wille und finanzielle Mittel als auch eine neue Planungskultur, Bewohner/innen-Beteiligung und eigenständige Strukturen nötig.

Sozialer Zusammenhalts (vom englischen *social cohesion*) meint ursprünglich eine Politik, die das friedliche Zusammenleben zum Ziel hat und über die Trennlinien zwischen z.B. Arm und Reich oder unterschiedlicher Herkunft „hinweg eine Solidarität der Gemeinschaft zu entwickeln“.¹ „Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft drückt sich in der Bereitschaft ihrer Mitglieder aus, solidarisch zu handeln.“ (Magnin 2003) Buck (2005:47) identifiziert fünf Dimensionen von sozialem Zusammenhalt:

- Gemeinsame Werte und städtische Kultur
- Soziale Kontrolle und Ordnung
- Solidarität und Verringerung der Ungleichheit
- Sozialkapital und soziale Netzwerke
- Identität und Zugehörigkeitsgefühl

Buck (2005) kritisiert auch, dass es kein einheitliches Verständnis von sozialem Zusammenhalt gibt und dass es eine Vielzahl von Ideen und Werten gibt, die aber nicht priorisiert werden, sondern einander zum Teil auch widersprechen.

Für die Akteur/innen der Solidarischen Ökonomie ist Solidarität eine Grundhaltung, die sich möglichst durch alle Lebensbereiche ziehen sollte. Solidarische Ökonomie hat ihren Schwerpunkt im Bereich der inszenierten Solidarität vor allem dort, wo sie den Charakter von gezielt eingesetzten Instrumenten annimmt. Bei Solidarischer Ökonomie in Form von Nachbarschaftshilfe kommt alltägliche Solidarität zum Tragen. Da bei solidarischem Handeln der Nutzen für den/die Einzelne/n nicht die Hauptmotivation ist, ergibt sich hier ein entscheidender Unterschied zum For-Profit-Sektor, in dem die individuelle Gewinnmaximierung das wichtigste Ziel ist. Das erklärt auch, warum Solidarische Ökonomie

¹ <http://socialpolis.wordpress.com/tag/was-ist-sozialer-zusammenhalt/> (Abfrage am 4.5.2011)

im *For-Profit*-Sektor nur eine untergeordnete Rolle spielt und ihren Schwerpunkt in anderen Sektoren hat.

3.1.3 KRITERIEN FÜR SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Wie eingangs erwähnt, werden Begriffe wie Lokale Ökonomie und Solidarische Ökonomie oder andere Formen alternativer Ökonomie durchaus synonym verwendet. Dennoch erscheint eine Abgrenzung der Begriffe voneinander sinnvoll. Diese wird im Folgenden vorgenommen. Gemeinsam ist allen Begriffen, dass sie eine Reaktion auf bzw. ein Gegenmodell zu Weltmarktkonkurrenz, Deregulierung und Sozialabbau auf Ebene des Gemeinwesens sind, in der Praxis entstanden sind und erst später die Theorie dazu konstruiert wurde. (vgl. Birkhölzer 2000)

Solidarische Ökonomie

Wie in Kapitel 3.1 erwähnt, sieht sich Solidarische Ökonomie als Gegenbewegung zu Phänomenen wie z.B. Globalisierung, Neoliberalismus, Privatisierung. In der Literatur werden zahlreiche Prinzipien für Solidarische Ökonomie angeführt, die von den konkreten Beispielen der Autor/innen abgeleitet sind. Folgende Prinzipien werden übereinstimmend angeführt (vgl. Acquati 2008, Bernardi 2009, Elsen 2008):

- Demokratische Unternehmenskultur und Selbstverwaltung: Ziel ist dabei die Aufhebung der Trennung von Kapital und Arbeitskraft und damit die Gleichheit aller Beteiligten. Ein wichtiges Grundprinzip dafür ist das nominale Stimmrecht: Jede Person hat eine Stimme, d.h. jede Stimme zählt gleich viel. Auch das gemeinsame Nutzungseigentum z.B. in Form von Genossenschaften trägt dazu bei. Damit verbunden ist auch der Wunsch nach Partizipation aller Beteiligten, die sich z.B. in basisdemokratischen Entscheidungsprozessen findet.
- Solidarität: Der soziale Zusammenhalt unter den Beteiligten bzw. innerhalb eines Gemeinwesens soll gestärkt werden.
- Nachhaltigkeit: Das Handeln ist mit Respekt vor Umwelt und Gesellschaft auf die Zukunft hin orientiert.
- Bedarfswirtschaftliches Handeln: Wichtig ist die Sicherstellung von Gütern und/oder Dienstleistungen und nicht in erster Linie das Erzielen von Gewinn.
- *Not For Private Profit*: Erzielte Gewinne werden nicht an Einzelpersonen ausgeschüttet sondern reinvestiert (Zweckbindung des Gewinns).
- Soziale Einbindung der Initiative in ein Gemeinwesen.
- Bildung: Solidarische Ökonomie kann ein Auftrag und/oder eine Möglichkeit sein, sich weiterzubilden.

Lokale Ökonomie

Der Begriff der Lokalen Ökonomie leitet sich von der Übersetzung von *local economy* ab. Darunter wird die „Gesamtheit aller auf die Entwicklung eines Ortes (einer Region) bezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten“ (Birkhölzer 2000:4) verstanden und ist damit (im Gegensatz zu den anderen Begriffen) laut Birkhölzer (2000) ein räumlicher Ansatz. Deswegen sprechen Läßle & Walter (2003) auch von lokal verankerter Ökonomie, da lokale Ökonomie nicht unabhängig von der Weltwirtschaft funktioniert und es zahlreiche Verbindungen auf unterschiedlichen Ebenen (z.B. Produkte, Kund/innen, Zulieferung, Arbeitsteilung, Kooperationen) gibt.

Lokale Ökonomie umfasst den *For-Profit*-Sektor, den öffentlichen Sektor und den Dritten Sektor und überwindet auf lokaler Ebene die Gegensätze zwischen den Sektoren, da es um die Verbindung zwischen ökonomischem und sozialem Handeln geht. Dabei sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Stärkung und Wiederherstellung lokaler Wirtschaftskreisläufe
- Schaffung von Arbeitsplätzen direkt vor Ort
- Nutzung des lokalen *Know-Hows* und des Potenzials der Menschen

Begünstigt wird dies durch das Vorhandensein von funktionsgemischten Stadtteilen, in denen kleinteilig und mit geringen Investitionen Betriebe in räumlicher Nähe zu ihren Kund/innen agieren können. (vgl. Birkhölzer 2000, Birkhölzer Karl 2008, Knabe 2002, Läßle & Walter 2003)

Läßle & Walter (2003) unterscheiden drei verschiedene Typen von Unternehmen der Lokalen Ökonomie:

- Gesellschaften: Diese sind vergleichbar mit anderen Wirtschaftsbereichen z.B. Großhandel, Filialhandel, verarbeitendes Gewerbe.
- Gemeinschaften: Darunter versteht er vormoderne, traditionell orientierte Alternativen, die sich einer familialen Ordnung unterwerfen. Im Mittelpunkt steht die Arbeits- und Interessensgemeinschaft von Inhaber/in und Angestellten, die auf ein gemeinsames Projekt ausgerichtet ist. Beispiele hierfür sind der Inhaber/innengeführte Einzelhandel, traditionelles Handwerk, handwerkliche Dienstleistungen.
- Partnerschaften: Hierbei handelt es sich um eine postmoderne Alternative zu herkömmlichen Betrieben, bei der die fachliche Arbeitsteilung und die Selbstorganisation im Mittelpunkt stehen. Partner/innen und Mitarbeiter/innen haben ähnliche kulturelle und soziale Hintergründe. Kleinheit der Betriebe ist Teil der Anpassungsfähigkeit. Deswegen sind auch prekäre Arbeitsverhältnisse an der Tagesordnung, z.B. im Bereich der unternehmerorientierten oder sozialen Dienstleistungen.

Überschneidung und Abgrenzung zur Solidarischen Ökonomie:

Nach diesen Definitionen kann Lokale Ökonomie auch Solidarische Ökonomie sein. Allerdings kann Lokale Ökonomie nicht automatisch mit Solidarischer Ökonomie gleichgesetzt werden, da z.B. Profit-orientierte Unternehmen wie Handwerksbetriebe in einem Stadtteil zur Lokalen Ökonomie zählen, nicht aber zur Solidarischen Ökonomie, da dort das Prinzip *Not For Private Profit* gilt. Außerdem muss Solidarische Ökonomie nicht lokal begrenzt sein, auch wenn dies oft der Fall ist.

Dritter Sektor

Wie schon in Kapitel 3.1.1 erwähnt, handelt es sich beim Dritten Sektor neben dem *For-Profit*-Sektor (Erster Sektor) und dem Öffentlichen Sektor (Zweiter Sektor) um einen eigenen Bereich mit eigenen Rationalitäten. Es handelt sich um einen sektoralen Ansatz, die in diesem Bereich agierenden Organisationen und Institutionen sind länderweise aber unterschiedlich. So liegt der Fokus in den USA auf *Non-Profit*-Organisationen. In Europa ist der Begriff Dritter Sektor eng mit dem Begriff und den Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates verknüpft. (vgl. Birkhölzer 2000, Birkhölzer 2004)

Folgende Kriterien werden für die Zuordnung verwendet:

- Vorhandensein von Arbeit (bezahlt und/oder ehrenamtlich)
- Es braucht ein Mindestmaß an formaler Organisation
- Keine staatliche Einrichtung, sondern privat organisiert
- Autonom, selbstverwaltet
- Es erfolgt keine Gewinnausschüttung, eine kollektive Aneignung von Gewinnen durch die Organisation ist möglich
- Freiwillige Mitgliedschaft

(vgl. Birkhölzer 2000, Dimmel et al. 2004, Knabe 2002)

Nach Birkhölzer (2004) gibt es im deutschsprachigen Raum noch eine Besonderheit: *Non-Profit* wird hier mit dem Begriff der Gemeinnützigkeit gleichgesetzt, die mit dem Fehlen jeglicher Gewinnabsicht definiert wird. Diese Sichtweise wird z.B. in den angelsächsischen Ländern nicht verstanden. Gewinne erzielen zu wollen gilt dort als selbstverständlich. Das ausschlaggebende Kriterium dort ist die Art der Gewinnverwendung.

Überschneidung und Abgrenzung zur Solidarischen Ökonomie:

Die generelle Zielsetzung und die grundsätzlichen Rationalitäten des Dritten Sektor (*Non-Profit*) decken sich mit der Ausrichtung der Solidarischen Ökonomie. Dennoch können Solidarische Ökonomie und Dritter Sektor nicht gleichgesetzt werden, da Solidarische

Ökonomie nicht zwingend ein Mindestmaß an formaler Organisation benötigt und andererseits die konkreten Zielsetzungen der einzelnen Organisationen nicht mit den Zielen der Solidarischen Ökonomie übereinstimmen müssen. So haben z.B. nicht alle Non-Profit-Organisationen den Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der Solidarischen Ökonomie.

Soziale Ökonomie / Sozialwirtschaft

Bei den Begriffen Soziale Ökonomie und Sozialwirtschaft handelt es sich um länderspezifische Bezeichnungen des gleichen Phänomens. Der Begriff Soziale Ökonomie wird in Deutschland verwendet, Sozialwirtschaft in Österreich. Der Begriff Soziale Ökonomie leitet sich von der *économie sociale* ab. Diese umfasst traditionell Genossenschaften, Versicherungen auf Gegenseitigkeit, Vereinigungen, Stiftungen. Neben den traditionellen Organisationsformen der Sozialwirtschaft wie Genossenschaften, Versicherungen auf Gegenseitigkeit, Vereinigungen und Stiftungen entstehen neue Formen wie z.B. Freiwilligenagenturen, Qualifizierungsgesellschaften, Tauschsysteme, Nachbarschaftsinitiativen, sozio-kulturelle Zentren. (vgl. Beigewum 2004, Birkhölzer 2004, Birkhölzer Karl 2008)

Folgende Kriterien und Ziele werden in der Literatur angeführt:

- Es sind privatrechtlich verfasste Wirtschaftsunternehmen.
- Diese sind ortsgebunden bzw. auf regionale Märkte ausgerichtet.
- Ihre Basis ist gemeinschaftlich, kollektiv oder kooperativ.
- Ziele:
 - Gesellschaftskritik
 - Mittel gegen Massenarbeitslosigkeit
 - Instrument lokaler Entwicklung: Selbstorganisation und/oder Selbsthilfe
 - gemeinwesenorientiert oder sozial

(vgl. Birkhölzer Karl 2008)

Über das Verhältnis zum Dritten Sektor bzw. zur Solidarischen Ökonomie herrscht in der Literatur Uneinigkeit:

- Klöck setzt Sozialwirtschaft und Dritten Sektor gleich (Knabe 2002).
- Für Birkhölzer (2004) geht es für die Zuordnung zur Sozialwirtschaft um die Art und Weise des Wirtschaftens und der Ziele, die sich z.T. aus der Entstehungsgeschichte der Unternehmen erschließen. Deswegen ist Sozialwirtschaft auch nicht auf Dienstleistungen beschränkt, sondern kann eine breite Palette an Produkten (z.B. *High-Tech*, Landwirtschaft) und Dienstleistungen umfassen. Birkhölzer (2004)

definiert Sozialwirtschaft als jenen Bereich des Dritten Sektors, der explizit wirtschaftlich handelt.

- Nach Birkhölzer (2000) handelt es sich bei Solidarischer Ökonomie um einen wertorientierten Ökonomieansatz, den er mit Sozialer Ökonomie gleichsetzt.
- In Österreich wird Sozialwirtschaft als jener Teil des Dritten Sektors definiert, der soziale Dienstleistungen erbringt (Dimmel et al. 2004).

Überschneidung und Abgrenzung zur Solidarischen Ökonomie:

Die Ziele der Sozialwirtschaft sind auch Ziele der Solidarischen Ökonomie. Solidarische Ökonomie ist aber nicht auf Dienstleistungen oder Wirtschaftsunternehmen beschränkt. Sozialwirtschaft ist somit ein Teil der Solidarischen Ökonomie.

Gemeinwesenökonomie

Bei der Gemeinwesenökonomie handelt es sich um einen sektoralen Ansatz, bei dem es um die Stärkung des sozialen Zusammenhalts geht. Gemeinwesenökonomie entsteht in jenen Stadtteilen, in denen die Sozialpolitik an ihre Grenzen stößt vor allem als Nachbarschafts- und Selbsthilfe. Dabei stehen zwar die Bedürfnisse der Bewohner/innen im Mittelpunkt, es geht aber nicht um individuelle Hilfe, sondern um die Stärkung des Gemeinwesens, von Partizipation, Vertrauen, Solidarität und Selbstwirksamkeit. (vgl. Birkhölzer 2000, Knabe 2002)

Überschneidung und Abgrenzung zur Solidarischen Ökonomie:

Klöck (o.J.) definiert Solidarische Ökonomie als Teil der Gemeinwesenökonomie. Allerdings lässt sich Solidarische Ökonomie nicht auf Gemeinwesenökonomie beschränken.

Abgrenzung und Überschneidung der verschiedenen Ökonomiebegriffe

In Abbildung 1 ist das Verhältnis der unterschiedlichen Ökonomiebegriffe zueinander symbolisch dargestellt.

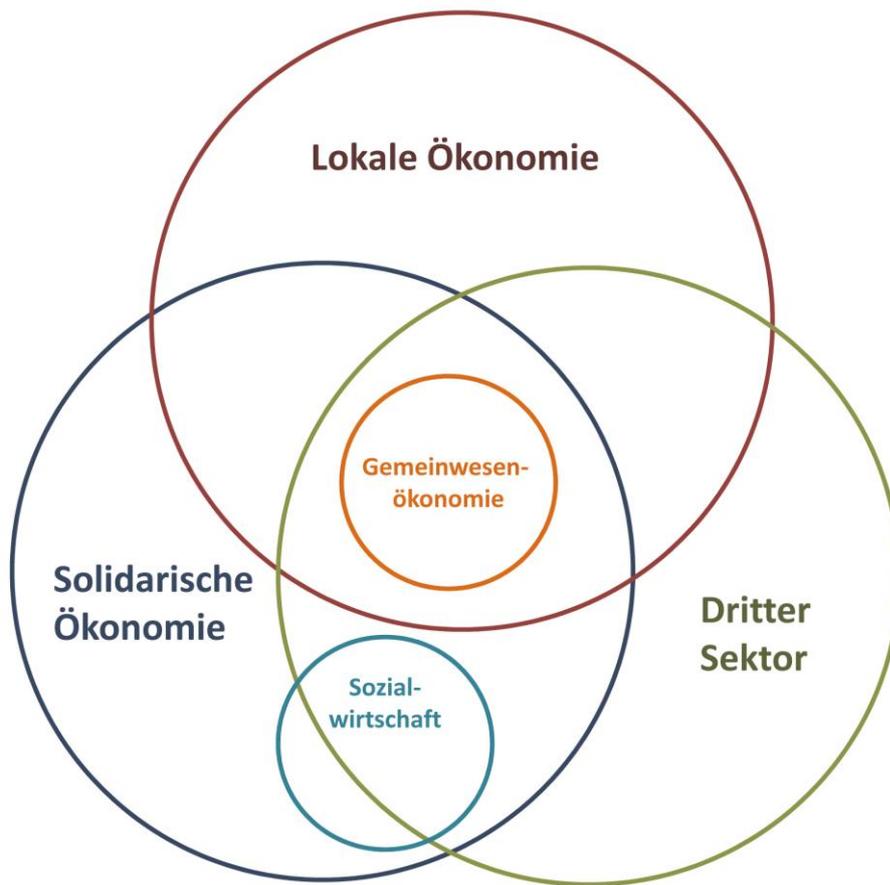


Abbildung 1: Abgrenzung und Überschneidung der verschiedenen Ökonomiebegriffe

Quelle: eigene Darstellung

Solidarische Ökonomie, Lokale Ökonomie, Dritter Sektor, Gemeinwesenökonomie und Sozialwirtschaft haben viele Gemeinsamkeiten, sind aber nicht synonym zu verwenden. Hier zusammenfassend die wichtigsten Abgrenzungen zur Solidarischen Ökonomie:

Lokale Ökonomie: kann auch andere Ziele haben z.B. Profit-orientiert, Solidarische Ökonomie muss nicht lokal beschränkt sein.

Dritter Sektor: nicht alle Unternehmen des Dritten Sektors haben den Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung, Solidarische Ökonomie benötigt kein Mindestmaß an formaler Organisation.

Sozialwirtschaft: Solidarische Ökonomie ist nicht auf Dienstleistungen und Wirtschaftsunternehmen beschränkt.

Gemeinwesenökonomie: Solidarische Ökonomie ist mehr als Nachbarschafts- und Selbsthilfe.

3.2 HISTORISCHE ENTWICKLUNG

3.2.1 SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN BRASILIEN

Der Begriff der „Solidarischen Ökonomie“ wurde in Brasilien in den 1990er-Jahren erstmals verwendet um Phänomene zu beschreiben und zusammenzufassen, die schon seit den 1980er-Jahren erfolgreich in der Praxis umgesetzt wurden. Kriterien für Klassifizierung als Betrieb/Einrichtung der Solidarischen Ökonomie sind vor allem eine demokratische Organisationsform (1 Person = 1 Stimme) und der Kapitalbesitz in Arbeiter/innenhand. (vgl. Singer 2010, Gabriel 2009, Hörtnner 2009)

Entstanden ist die Solidarische Ökonomie aus einer Krisensituation. Bis 1980 fand in Brasilien Wirtschaftswachstum statt. Von 1981 bis 1983 kam es zu einer großen Krise, in der viele (auch große) Industriebetriebe in Konkurs gingen oder Ausgleich anmeldeten. Damals wurden erste Erfahrungen mit der Umwandlung von großen Unternehmen in Genossenschaften gemacht. Da (vor allem große) insolvente Betriebe zum Problem für eine Stadt werden können, vor allem wenn ein großer Prozentsatz der Bevölkerung von der Schließung direkt oder indirekt betroffen ist, wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Arbeiter/innen als Gläubiger/innen ihre bisherige Tätigkeit weiterführen können, d.h. sie arbeiten weiter wie bisher, werden dafür aber nicht wie zuvor bezahlt, sondern werden zum/zur Miteigentümer/in. Ungefähr 700 Unternehmen, von denen auch ein Großteil weiterbesteht, wurden so mit Hilfe und Unterstützung der Gewerkschaften in Genossenschaften umgewandelt. Ein besonderer Anreiz für die Umwandlung liegt auch darin, dass Genossenschaften im Gegensatz zu traditionellen Fabriken/Betrieben keine Einkommenssteuer zahlen müssen und so steuerliche Vorteile genießen. (vgl. Singer 2004 & 2010, Gabriel 2009, Hörtnner 2009)

1980 wurde das bis heute bestehende Institut für Solidarische Ökonomie (INCA) gegründet. 1997 kam es zu einem ersten großen Treffen von solidarökonomischen Betrieben in Sao Paulo. Auch die Weltsozialforen in Porto Alegre (2001, 2002, 2003, 2005) dienten unter anderem der Vernetzung der Akteur/innen der Solidarischen Ökonomie und Diskussion der Bedeutung von Solidarischer Ökonomie (nicht nur in Brasilien sondern auch weltweit). In den 1990er-Jahren wurde ein Nationales Forum der Solidarischen Ökonomie (*Foro Nacional de Economia Solidaria*) gegründet, da ein Zusammenschluss und die Vernetzung der Produktionsbetriebe untereinander aber auch mit Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen für die Weiterentwicklung wichtig war. An einer Konferenz im Jahr 2006 nahmen 14.000 Menschen teil. (vgl. Singer 2010, Gabriel 2009, Hörtnner 2009)

Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie

Mit dem Amtsantritt von Präsident Lula da Silva im Jahr 2002 wurde auch die Förderung der Solidarischen Ökonomie ein Teil des brasilianischen Regierungsprogramms. So gibt es seit 2003 im Arbeitsministerium ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie. Staatssekretär ist Paul Singer, im Sekretariat sind 45 Angestellte tätig. Die Hauptaufgabe sind Bildungsmaßnahmen. So finden z.B. Kurse zur Solidarischen Ökonomie statt, die für alle Beamt/innen der Bundesregierung offen stehen. Auch Partnerschaften mit z.B. Ministerien, NGOs, Kirchen sollen die Ideen der Solidarischen Ökonomie möglichst weit verbreiten. Eine weitere zentrale Aufgabe ist die Kartierung von solidarökonomischen Betrieben. 2007 gab es in Brasilien mehr als 2.200 Unternehmen mit rund 1,7 Millionen Mitgliedern. Allerdings zeigt sich, dass nur wenige Daten vorhanden sind und diese sich auch laufend verändern. (vgl. Singer 2010, Gabriel 2009, Hörtnner 2009)

Caritas Brasilien

Caritas Brasilien ist ein Teil von Caritas International und eine Institution der Katholischen Kirche. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer wichtigen Unterstützerin der Solidarischen Ökonomie entwickelt. Stand in den 1950er-Jahren noch die soziale Fürsorge vor allem durch Verteilung von Gütern (z.B. Lebensmittel, Kleidung) an die Armen im Vordergrund, entwickelte sie sich in den 1960er- und 1970er-Jahren zu einer Organisation, die Menschen ermächtigen wollte, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und zu verbessern. Dies wurde vor allem über stadtteil- oder kirchengemeindebezogene Projekte versucht umzusetzen. Seit den 1980er-Jahren fördert Caritas Brasilien die Solidarische Ökonomie, wobei es immer weniger um Einzellösungen geht, sondern zunehmend um die Vernetzung unterschiedlicher Betriebe, die bisher Ausgeschlossene in die Gesellschaft integrieren und so ein Musterbeispiel für die Veränderung der Gesellschaft als Ganzes bieten sollen. Die Caritas Brasilien sieht sich dabei auch als Interessensvertretung für marginalisierte Bevölkerungsteile. (vgl. Singer 2010, Bernardi 2009)

Die Rolle der Gewerkschaften

Aufgabe der Gewerkschaften bei der Umwandlung von Betrieben zu selbstverwalteten Genossenschaften ist die Begleitung und Leitung des Prozesses. Nachdem auf diese Weise viele Arbeitsplätze erhalten werden, fordern immer mehr Gewerkschaften die Schaffung solidarischer Betriebe. Manche Gewerkschaften haben ideologische Probleme mit der Idee selbstverwalteter Betriebe, da sie „den Klassencharakter der Arbeiter vernichtet“ (Singer 2004:98). Die Gewerkschaften sind in Brasilien per Gesetz die Repräsentantinnen der Arbeiter/innenschaft. Da es auch für die Arbeiter/innen in selbstverwalteten Betrieben wichtig ist, durch die Gewerkschaft vertreten zu sein, gibt es seit Mitte der 1990er-Jahre einen

Diskurs über das Verhältnis von Gewerkschaft und Solidarischer Ökonomie. Dadurch kam es seitens der Gewerkschaften zu einer zunehmend positiveren Haltung gegenüber der Solidarischen Ökonomie. (vgl. Singer 2004)

3.2.2 SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN EUROPA

Auch in Europa entstehen vor allem seit den 1990er-Jahren Krisenregionen, die von der internationalen Arbeitsteilung ausgeschlossen sind und somit ihre Konkurrenzfähigkeit verloren haben. Sie sind gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit (v.a. durch Verlagerung von Produktionsstätten), daraus folgender Verarmung der privaten und öffentlichen Haushalte und einer Zerstörung von Infrastruktureinrichtungen und der natürlichen Umwelt. Die Nationalstaaten verlieren zunehmend an Einflussmöglichkeit, v.a. durch Abgabe von Kompetenzen an supranationale Institutionen wie die EU und Deregulierung. Dies bewirkt, dass die Kosten für das Aufrechterhalten sozialer Sicherungssysteme zu Lasten des Nationalstaates steigen, die Gewinne der Unternehmen aber zunehmend internationalisiert werden. (vgl. Birkhölzer 2000)

Die klassische Strukturpolitik der EU bietet als Lösungsweg die Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit an und fördert dahingehende Maßnahmen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass dies in Krisenregionen nicht zum gewünschten Erfolg führt. Alternativ entstehen hier neue, lokale Initiativen, die vom Gedanken der Selbsthilfe und dem Sicherstellen notwendiger Dienstleistungen geprägt sind. (vgl. Birkhölzer 2000)

Beispiel Mondragon (Spanien)

Das Baskenland ist traditionell eine strukturschwache Gegend. Deswegen errichtete der Priester José María Arizmendiarieta 1943 eine Berufsschule in der Region. Fünf der ersten Absolventen gründeten 1956 die erste Genossenschaft für die Erzeugung von Petroleumöfen. 1959 wurde eine Genossenschaftsbank gegründet, die sich als wichtiges Instrument in der Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens erwies. In den folgenden Jahren entstanden zahlreiche weitere Industriekooperativen. Heute ist *Mondragon Corporacion Cooperativa* (MCC) die weltweit größte Genossenschaft mit Hauptsitz im Baskenland und mehr als 85.000 Beschäftigten, von denen rund 85% auch Genoss/innen sind.

Nach außen agiert Mondragon als multinationaler Konzern, der in 19 Ländern Niederlassungen hat und 256 Unternehmen umfasst. Intern stehen die Werte Kooperation, Partizipation, soziale Verantwortung und Innovation im Vordergrund.

Was unterscheidet Mondragon von anderen multinationalen Konzernen?

- Entscheidungsprozesse sind demokratisch organisiert. Jede/r Genoss/in hat eine Stimme, egal ob ungelernte Hilfskraft oder Universitätsabsolvent/in. In der Generalversammlung werden die Leitungsorgane gewählt.
- Es gibt Gehaltsunterschiede, aber diese sind wesentlich geringer als in vergleichbaren Unternehmen, weil sich Manager/innen und Aufsichtsrät/innen vor der Generalversammlung rechtfertigen müssen und auch abgewählt werden. Dies führt zu gerechteren Lohnverteilungen.
- Die einzelnen Genossenschaften kooperieren untereinander. Genossenschaften, denen es wirtschaftlich schlechter geht wird finanziell geholfen oder Arbeitskräfte in andere Genossenschaften übernommen.
- Es gibt keine Aktionär/innen und deswegen wird ein Großteil der Gewinne in die Betriebe reinvestiert.
- Es gibt keine Entlassungen von Arbeitskräften.
- Mit einem Teil des Gewinns werden Gemeinwesenprojekte, vor allem Bildungsprojekte, finanziert.

Mondragon ist durchwegs als Erfolgsgeschichte einzustufen. Allerdings gibt es auch hier Problemfelder wie:

- Nicht alle Arbeitskräfte sind auch Genoss/innen, was zu einer Ungleichbehandlung führt, die in dem Modell eigentlich ausgeschlossen sein sollte.
- Die Auslagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländern wird kontrovers diskutiert und nicht von allen Genoss/innen gutgeheißen.

² (vgl. Felber 2010:110ff)

Solidarische Ökonomie in Deutschland und Österreich

Die Genossenschaftsbewegung hat auch in Deutschland und Österreich eine lange Tradition. So gab es schon im Mittelalter erste Ansätze zur kooperativen Selbsthilfe. Im 19. Jahrhundert entstanden basierend auf den Theorien der utopischen Sozialisten selbstverwaltete Betriebe, gemeinschaftliche Lebensformen und Genossenschaften. So entstanden auch erste Wohnungs- und Konsumgenossenschaften, sowie Gemeinschaftsbanken. Viele dieser Genossenschaften waren Unternehmen der Gewerkschaften, zum Teil waren auch Gemeinden Miteigentümerinnen. Kapitel 3.3.1.2 widmet sich dem Instrument „Genossenschaften“. (vgl. Knabe 2002)

² Vgl. <http://www.mondragon-corporation.com> (Abfrage 14.1.2011)

In Europa, aber vor allem im deutschsprachigen Raum, wird angenommen, dass Solidarische Ökonomie im Dritten Sektor stattfindet. Dies resultiert auch aus einer Trennung von Markt (For-Profit-Sektor) und Sozialem (Dritter Sektor, Haushaltssektor, Staat) und der Annahme, dass aufgrund von Phänomenen wie Globalisierung aber auch Zielsetzungen der EU eine Veränderung des Marktes weder möglich noch sinnvoll ist. Die Förderung von Lokalen Ökonomien, wie es derzeit in vielen Städten vor allem in Stadterneuerungsgebieten üblich ist, ändert an dieser Trennung noch nichts. Solidarische Ökonomie wird bei dieser Betrachtungsweise eher als Instrument der Gemeinwesenarbeit betrachtet und gefördert. (vgl. Elsen 2008)

Wie in Brasilien entsteht auch im deutschsprachigen Raum Solidarische Ökonomie oft als Reaktion auf eine Krise vor allem in den Bereichen Arbeit, Erhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der lokalen Kontrolle über das Geld. Ein oft zitiertes Beispiel dafür ist das „Wunder von Wörgl“ (1932-1933), allerdings noch nicht unter dem Begriff der Solidarischen Ökonomie. Dabei wurde mit sogenanntem Freigeld (basierend auf einer Idee von Silvio Gesell) die lokale Wirtschaft stabilisiert. Nach Gesell hat Geld in der Wirtschaft deswegen eine Vormachtstellung, weil es ohne Wertverlust gehortet werden kann. Da aber für das Funktionieren der Wirtschaft Geld als Tauschmittel notwendig ist, führt das Horten von Geld zu Problemen. Geld sollte daher kontinuierlich an Wert verlieren (z.B. 1% des Nominalwerts zu jedem Monatsersten). Um das Freigeld weiterverwenden zu können, muss von den Besitzer/innen des Geldscheins der Wertverlust ausgeglichen werden (z.B. mittels Aufkleben von Wertmarken). Freigeld konnte als lokales Zahlungsmittel eingesetzt oder bei der lokalen Bank in Geld umgetauscht werden. Das Experiment verlief positiv, unter anderem sanken die Arbeitslosenzahlen sanken, Investitionen in der Gemeinde konnten vorgenommen werden und es wurde sogar auf die Nachbargemeinden ausgeweitet. Allerdings wurde 1933 die Verwendung von Schwundgeld (wie es in der Bevölkerung genannt wurde) verboten, da die Österreichische Nationalbank für sich das alleinige Recht auf die Ausgabe von Geld beanspruchte und damit vor Gericht Recht bekam. (vgl. Ebner 2002, Elsen 2008, Wendel 2003)

Solidarische Ökonomie wird im deutschsprachigen Raum in den letzten 10 Jahren zunehmend zum Thema. Dabei geht es zumeist um Alternativen zum Neoliberalismus, Auswege aus Finanz- und Wirtschaftskrise, Globalisierungskritik oder auch den Versuch nachhaltig zu leben. (vgl. Verein für Solidarökonomie 2009)

Plattformen für die Vernetzung dieser sehr unterschiedlichen Akteur/innen bieten und boten Kongresse zum Thema Solidarische Ökonomie. Solche fanden 2006 in Berlin, 2009 und

2013 in Wien statt. Diese sind (ähnliche wie die (Welt-)Sozialforen) durch ein buntgemischtes Programm und eine basisdemokratische Organisation geprägt. Beim Kongress in Wien 2009 gab es unter anderem Veranstaltungen in den Bereichen:

- Einführung, Überblick Vernetzung z.B. Neues Geld – Neue Arbeit – Permakultur, Bundes-AG Solidarische Ökonomie von Attac Deutschland, Interkulturelle Gemeinschaftsgärten
- Zahlen, Tauschen, Schenken z.B. EDV-Organisation von Tauschringen, Ethisches Bankwesen, Freie Software
- Kein Oben & kein Unten z.B. Demokratie und Solidarität im Betrieb, Öffentliche Dienste – Alternativen zu Liberalisierung und Privatisierung, Zur Urform des Non-Profit
- Kritik der Krise z.B. Bedingungsloses Grundeinkommen, Kapitalismus radikal hinterfragen
- Grundlegende Bedürfnisse z.B. Nahrungsversorgung, Psychische Gesundheit

Dabei wurden auch zahlreiche internationale Beispiele (z.B. Argentinien, Italien, Spanien, Ex-Jugoslawien) vorgestellt. Eines der Hauptziele war es, Initiativen zu vernetzen und sichtbar zu machen, was es im Bereich Solidarischer Ökonomie bereits gibt. (vgl. Verein für Solidarökonomie 2009)

Solidarische Ökonomie ist im öffentlichen und politischen Diskurs in Österreich noch wenig verankert. Es gibt aber schon zahlreiche Initiativen, die sich als Teil der Solidarischen Ökonomie verstehen. Zusätzlich gibt es auch theoretische Ansätze, die den Kriterien der Solidarischen Ökonomie entsprechen, von den Betreiber/innen aber anders bezeichnet werden oder nicht in einen größeren Zusammenhang gestellt werden. Diese werden auf regionaler Ebene z.T. von Politik und Verwaltung unterstützt. Da Solidarische Ökonomie sich in Österreich derzeit zumeist als Alternative zum Mainstream definiert, herrscht bei den meisten Akteur/innen eine kritische Distanz zu den politischen Akteur/innen. Konkrete Beispiele sind in Kapitel 3.3 zu finden.

Solidarische Ökonomie in Italien

In Italien gibt es ein großes lokalpolitisches Interesse an Solidarischer Ökonomie, vor allem in jenen Gegenden, in denen es zu großen Betriebsschließungen und daraus resultierendem Arbeitsplatzmangel gekommen ist. So gibt es eine Vereinigung, der 800 Bürgermeister/innen angehören. Außerdem gibt es ein Netzwerk der Solidarischen Ökonomie (*Réseau d'Economie Solidaire/RES*) und Bezirke der Sozialen Ökonomien, in denen es um Zusammenarbeit, gemeinsames Auftreten der Organisationen und Dezentralisierung geht. Geprägt ist das Netzwerk durch gemeinsame Verhaltensnormen und Wertvorstellungen wie:

- Im Mittelpunkt stehen die Menschen

- Lokale Begrenzung der Initiativen (kleinräumig)
- Respekt vor Natur und Umwelt
- Neue Formen der Leitung in wirtschaftlichen Unternehmen
- Anderer Umgang mit Geld, den Banken und dem Profit
- Organisation in einem Netzwerk
- Öffnung nach außen

Langfristige Lösungen können nur global und nicht individuell erreicht werden. Dieses Erkenntnis auch bei der Umsetzung einzelner Projekte im Auge zu behalten wird als eine der großen Schwierigkeiten erkannt. Auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bereichen wie z.B. Finanzwesen, Handel, Kultur, Bildung, Politik wird dabei als Herausforderung gesehen. Seit 1985 können insolvente Betriebe in Arbeiter/innen-Genossenschaften umgewandelt werden. Innerhalb von 12 Jahren wurden so über 6.000 Arbeitsplätze in 160 Betrieben erhalten bzw. wieder belebt. Die Auswahl der Betriebe beruht auf Machbarkeitsstudien, die auch zahlreiche Projekte, als ungeeignet für eine Umwandlung erachten. Diese Auswahl bewirkt, dass nur wenige der realisierten Projekte scheiterten. Die Arbeiter/innen erhalten vom Staat eine Pauschale, die einer dreijährigen Arbeitslosenunterstützung entspricht. Zusätzlich gibt es Risikokapital einer Finanzgenossenschaft in der Höhe der von den Arbeiter/innen investierten Summe. (vgl. Acquati 2008, Roelants 2008)

3.3 METHODEN UND INSTRUMENTE DER SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE

Die Solidarische Ökonomie ist eine Bewegung von „unten“. Deswegen entstehen Initiativen oft parallel, unabhängig voneinander und angepasst an die jeweilige lokale Situation. Sollen Initiativen nicht nur einmalige Aktionen sein, sondern mittel- und langfristig tragfähige Strukturen entstehen, ist ein Mindestmaß an formaler Organisation und Rechtssicherheit notwendig. Deswegen wird im Folgenden zuerst auf die in Österreich für Solidarische Ökonomie gebräuchlichsten Organisationsformen (Vereine, Genossenschaften, Allmenden) eingegangen. Anschließend werden ausgewählte Instrumente der Solidarischen Ökonomie vorgestellt.

3.3.1 GRUNDSÄTZLICHE ORGANISATIONSFORMEN

3.3.1.1 Vereine

Gemeinschaftliche Tätigkeiten, die nicht ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgen, werden in Österreich vor allem in Form von Vereinen organisiert. Das Bundesministerium für Inneres³ gibt darüber Auskunft, dass bei Vorliegen eines gemeinsamen Zwecks und der Konformität mit geltenden Gesetzen Vereine mit geringem Aufwand und Vorwissen gegründet und betrieben werden können. Eine Vereinsgründung hat auch den Vorteil, dass der Verein eine eigene Rechtspersönlichkeit hat und deswegen ein Stück weit unabhängiger (im Sinne der Austauschbarkeit) von den handelnden Akteur/innen wird. Nachdem Solidarische Ökonomie meist nicht im *For-Profit*-Sektor angesiedelt ist, kann der Verein als Rechtsform gewählt werden, da wirtschaftliche Tätigkeit zulässig ist, „solange die Einnahmen der Verwirklichung des übergeordneten ideellen Vereinszwecks dienen.“⁴

Beispiele aus Wien / Österreich:

- 2009 fand ein Kongress zur Solidarischen Ökonomie in Wien statt. Als Trägerorganisation scheint der Verein für Solidarökonomie auf.⁵
- Auf Basis eines von Attac Österreich erstellten Konzepts ist eine Demokratische Bank in Gründung, die als vorläufige Rechtsform ebenfalls einen Verein hat, den „Verein zur Förderung und Gründung einer Demokratischen Bank“.⁶

³ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Vereinswesen/grundsatzliche/Vereinszweck.aspx (Abfrage am 5.5.2011)

⁴ http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Vereinswesen/grundsatzliche/Rechtsperson.aspx (Abfrage am 5.5.2011)

⁵ Vgl. <http://www.solidarische-oekonomie.at> (Abfrage am 12.5.2011)

⁶ Vgl. <http://www.demokratische-bank.at> (Abfrage am 12.5.2011)

- Auch der Dachverband der Weltläden (Fachgeschäfte für fairen Handel) und zahlreiche Weltläden sind als Vereine organisiert.⁷

3.3.1.2 Genossenschaften

Wie in Kapitel 3.2 erwähnt wurde, haben Genossenschaften nahezu weltweit eine lange Tradition, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Genossenschaften sind auch nach dem österreichischen Genossenschaftsgesetz die Rechtsform für Kooperationsvorhaben: „[...]sie hat eine Mittelstellung zwischen den Formen Verein und Kapitalgesellschaft – Gewinne sind nicht verboten, aber auch nicht zentrales Ziel“ (Temel 2010:49). Sie beruhen auf den Grundwerten: „Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Demokratie, Gleichheit und Solidarität“ (Harbrecht 2001:16). Da sie sowohl als Wirtschaftsunternehmen als auch als Sozial- und Kulturgemeinschaft auftreten, bieten sie ideale Voraussetzungen für solidarisches Handeln, da sie nicht auf hohe Kapitalerträge sondern auf die Förderung ihrer Mitglieder ausgerichtet sind. (vgl. Harbrecht 2001:16-18, Temel 2010:49-50)

Traditionell wird zwischen Produktions- und Fördergenossenschaften unterschieden. Produktionsgenossenschaften sind produzierende Unternehmen, in denen die Arbeitnehmer/innen gleichzeitig Genossenschafter/innen sind. Fördergenossenschaften treten als Beschaffungs- oder Verwertungsgenossenschaften auf. Die Genoss/innen sind Nutznießer/innen der Leistungen der Genossenschaft z.B. Konsum-, Wohnungs-, Wasserversorgungsgenossenschaften. Daneben gibt es auch gemeinwirtschaftliche Genossenschaften, deren Solidarität über das eigene Unternehmen hinaus auf die Umwelt ausgedehnt wird. (vgl. Flieger 2008b, Harbrecht 2001:19-20)

Neben den traditionellen Genossenschaften bilden sich auch neue Formen heraus z.B.:

- Kommunalgenossenschaften (Infrastrukturgenossenschaften, die kommunale und regionale Grundversorgung sichern sollen)
- Energiegenossenschaften
- Dachgenossenschaften (rechtlicher und organisatorischer Rahmen für die Trägerschaft mehrere Wohnprojekte)
- Selbsthilfegenossenschaften wie Stadtteilgenossenschaften, Arbeitslosengenossenschaften (Genossenschaften zur Verbesserung der Lebenssituation von Arbeitslosen), Beschäftigtengenossenschaften (Arbeitslose schaffen gemeinsam Arbeitsplätze)

(vgl. Flieger 2008a)

⁷ Vgl. <http://www.weltlaeden.at> (Abfrage am 12.5.2011)

Beispiele aus Wien / Österreich:

Genossenschaften haben auch in Österreich eine lange Tradition. Allerdings sind die meisten Genossenschaften Fördergenossenschaften, die zunehmend wie herkömmlich *For-Profit*-Unternehmen geführt werden und unter anderem zunehmend kund/innenorientiert auftreten. Beispiele für traditionelle Genossenschaften in Österreich sind z.B.

- Volks- und Raiffeisenbanken: Diese Genossenschaftsbanken entstanden, um v.a. Bauern und Bäuerinnen Zugang zu Kapital zu ermöglichen.⁸
- Raiffeisen Lagerhäuser
- Wohnbaugenossenschaften

Die in Gründung befindliche Demokratische Bank soll ebenfalls eine Genossenschaftsbank werden.⁹

3.3.1.3 Allmenden / Gemeingüter / Commons

Unter Allmenden versteht man Gemeinschaftsgüter, die allen gehören. Diese haben in Europa eine Tradition, die bis ins Mittelalter und noch weiter zurückreicht. Sie bezogen sich meist auf Güter, die von allen genutzt werden (müssen) wie Wasser, Weideland, Almen und Wald. Hierbei handelt es sich um öffentliches Eigentum, das traditionellerweise nicht durch den Staat verwaltet wird, sondern direkt von den Bürger/innen. Dabei zeigen traditionelle Beispiele wie die Alpkooperationen in der Schweiz, wo u.a. mehr Rechte (in dem Fall z.B. mehr Vieh auf der Alp, mehr Käse) auch mehr Pflichten (z.B. wie viel Arbeit für die Pflege der Alp aufgewendet werden muss) bedeutet. Diese Rechte und Pflichten werden jedes Jahr unter allen Nutzer/innen neu ausverhandelt. Solche Beispiele zeigen, dass bei entsprechenden Rahmenbedingungen Gemeingüter zu tragfähigen Strukturen führen können. Allmenden können somit eine Alternative sowohl zu Liberalisierung und Privatisierung als auch zur staatlichen Kontrolle und Regelung von Einrichtungen wie z.B. Bahn, Post, Krankenhäusern, Wasserversorgung sein. (vgl. Bettel 2011, Felber 2009:120-122, Felber 2010:76-78, Notz 2011:133-136)

Ein Beispiel für eine moderne Allmende ist das sechstgrößte öffentliche Energieversorgungsunternehmen in den USA: Smud. Dieses versorgt die kalifornische Hauptstadt Sacramento mit Strom. Das Leitungsgremium wird von der Bevölkerung direkt gewählt. Dies hat zur Folge, dass Service und Umweltschutz weit über das gesetzliche Mindestmaß auf der Prioritätenliste stehen, weil es der Bevölkerung ein Anliegen ist. Bei besonders entscheidenden Fragen wird die Bevölkerung direkt befragt. Dies wurde bis jetzt

⁸ Vgl. <http://www.raiffeisenverband.at/> (Abfrage am 15.3.2011)

⁹ Vgl. <http://www.demokratische-bank.at> (Abfrage am 12.5.2011)

einmal eingesetzt für die Entscheidung das bestehende Atomkraftwerk weiter zu betreiben. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt und die Förderung alternativer Energien befürwortet.

Auch alternative Lizenzmodelle wie *Creative Commons* für kreative Werke oder die Produktion Freier Software fallen unter den Begriff der modernen Allmenden. (vgl. Bettel 2011, Felber 2009:120-122, Felber 2010:76-78, Notz 2011:133-136)

3.3.2 METHODEN UND INSTRUMENTE

3.3.2.1 Regionalwährung / Regiogeld / Freigeld

Wie in Kapitel 3.2.2 erwähnt, sind unterschiedliche Formen von Alternativwährungen keine neue Erfindung und wurden vor allem in Krisenzeiten immer wieder mit unterschiedlichem Erfolg eingesetzt.

Regionalwährungen werden meist in Form eines Gutscheinsystems realisiert. Die Gutscheine sind mit realen Geldwerten gedeckt und verlieren in der Regel 4 bis 12% ihres Wertes pro Jahr. Dieser Wertverlust wird z.B. durch das Aufkleben von Wertmarken ausgeglichen. Aufbau und Erhaltung einer Regionalwährung sind mit einem nicht zu unterschätzenden Verwaltungsaufwand verbunden. (vgl. Herrmann 2008)

Kennedy & Lietaer (2004:127) bezeichnen sieben Kriterien als besonders wichtig für den Erfolg einer Regionalwährung: „

1. ein Gewinn für alle Teilnehmer,
2. gemeinnützig organisiert,
3. professionell umgesetzt,
4. transparent für die Nutzer,
5. demokratisch kontrolliert,
6. nachhaltig finanziert und
7. umlaufgesichert.“

Ziele

Mit Regionalwährungen sollen eine Vielzahl von Zielen erreicht werden. In der Literatur sind folgende Ziele als realistisch einzustufen:

- Regionalwährungen stärken die kleinräumigen und regionalen Wirtschaftsstrukturen vor allem in peripheren oder benachteiligten Regionen, indem Wertschöpfung lokal erfolgt und teilweise von der globalen Wirtschaft entkoppelt ist.
- Die regionale Identität wird gestärkt.

- Transportwege werden verringert und die Beziehung zwischen Produzent/innen und Konsument/innen gestärkt.
- Bessere Liquidität für die kleinen und mittleren Betriebe einer Region.
- Durch den Wertverlust wird das Geld in Umlauf gehalten, weil es keinen Anreiz zum Ansparen der Regionalwährung gibt.
- Regionalwährungen funktionieren umso besser und einfacher, je mehr Unternehmen, Vereine und Institutionen einer Region daran beteiligt sind und je stärker die regionale Wirtschaftsstruktur ist.

(vgl. Herrmann 2008, Kennedy & Lietaer 2004:102)

Akteur/innen

Um eine Regionalwährung in Umlauf zu bringen, braucht es zuerst Initiator/innen, die z.B. einen Verein gründen und eine organisatorische Basis für die Regionalwährung schaffen. Dabei ist die Startphase entscheidend, weil eine Regionalwährung im Normalfall nur eine Chance erhält. Kennedy & Lietaer (2004:133f) führen folgende Möglichkeiten an:

- Initiierung „von unten“: Diese tritt vor allem dort auf, wo eine Unterstützung durch Politik und Verwaltung nicht möglich oder erwünscht ist. Sie ist zumeist mit einer relativ langsamen Einführung verbunden.
- Initiierung „von oben“: Die regionale Politik kann die Einführung durch ideelle aber auch durch finanzielle Unterstützung und gezielte Öffentlichkeitsarbeit beschleunigen und rascher eine breitere Öffentlichkeit erreichen.
- Initiierung aus der Mitte: Dabei werden bestehende Initiativen (Tauschringe,...) verknüpft und ergänzt.

Für die Aufrechterhaltung einer Regionalwährung werden mehrere unterschiedliche Akteur/innen benötigt:

- Betriebe und Unternehmen, die bereit sind die Regionalwährung als Zahlungsmittel anzunehmen.
- Konsument/innen, die bereit sind, die Regionalwährung als Zahlungsmittel zu verwenden.

Bei manchen Regionalwährungen sind lokale Vereine und Institutionen Nutznießer/innen der jährlichen Entwertung.¹⁰

Organisationsform / Strukturen

In Staaten haben die nationalen Notenbanken das Monopol für die Geldausgabe. Orten Notenbanken eine Verletzung des Monopols z.B. durch Regionalwährungen, müssen diese

¹⁰ Vgl. <http://www.styrrion.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

Projekte gestoppt werden. Um dem vorzubeugen, werden Regionalwährungen zumeist in Form eines vereinsinternen Gutscheinsystems organisiert. Konsument/innen und Betriebe, die mitmachen wollen, können zumeist mit geringem organisatorischem Aufwand, unbürokratisch, ohne zeitliche Bindung und ohne Stimmrecht als Fördermitglieder dem Verein beitreten. Daneben gibt es noch Vereinsmitglieder, die sich aktiv um die Aufgaben des Vereins kümmern.¹¹

Nach Kennedy & Lietaer (2004:103) kann eine Regionalwährung auch zu einer vollständigen regionalen Währung werden. Dafür sind neben dem Gutscheinsystem noch ein Kooperationsring und eine Mitgliedsbank erforderlich. Der Kooperationsring dient der bargeldlosen Verrechnung größerer Beträge vor allem zwischen den teilnehmenden Betrieben. Die Mitgliedsbank gewährt zinsenlose Darlehen an ihre Mitglieder.

Räumliche Einbettung

Da eines der Ziele die Verbesserung der regionalen Wertschöpfung ist, beschränkt sich Regionalwährung auf einzelne Gemeinden bis maximal einen Teil eines Bundeslandes („Viertel“). Nach Kennedy & Lietaer (2004:77) sollte eine Regionalwährung für 10.000 bis 1 Million Menschen gültig sein. Für den Erfolg einer Regionalwährung ist die Struktur einer Region ausschlaggebend. Je vielfältiger die wirtschaftliche Struktur einer Region ist, umso größer sind die Erfolgchancen für eine Regionalwährung. Die meisten Regionalwährungen entstanden bis jetzt vor allem im ländlichen Raum, da hier die Benachteiligung gegenüber den städtischen Regionen deutlich wird. (vgl. Kennedy & Lietaer 2004:95)

Beispiele aus Wien / Österreich

- **Waldviertler:**

Beim Waldviertler handelt es sich um eine Regionalwährung, die seit 2005 im Waldviertel (Niederösterreich) und vereinzelt darüber hinaus bei derzeit 198 Betrieben als Zahlungsmittel verwendet werden kann. Getragen wird der Waldviertler vom Verein Waldviertler - Verein für regionales Wirtschaften. Als zentrale Wechselstelle tritt die Volksbank Oberes Waldviertel in Heidenreichstein auf. Waldviertler können auch bei Vereinen bezogen werden, die dafür 3% des Gutscheinwerts erhalten.¹²

Auf der Website vom Waldviertler werden 9 Gründe genannt, warum der Waldviertler für die Region wichtig ist. Zusätzlich zu den allgemeinen Zielen für Regionalwährungen werden auch andere angeführt, wie z.B.: „damit regionale Entwicklung besser vor den Unwägbarkeiten globaler Finanzspekulation geschützt ist [...] um soziale, kulturelle und

¹¹ Vgl. <http://www.styrrion.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

¹² Vgl. <http://www.waldviertler-regional.at/> (Abfrage am 23.5.2011)

ökologischer Projekte, die im offiziellen System Probleme mit der Finanzierung haben zu unterstützen [...] um eine Wirtschaftskultur aufzubauen, die auf gesunde Kooperation anstatt auf Konkurrenz baut“.¹³

- **Styrrion:**

Der Styrrion ist eine Regionalwährung, die es seit 2004 in der sogenannten Steirischen Bucht gibt. Derzeit sind Betriebe, Unternehmen und Initiativen in Graz und Umgebung und Pischelsdorf und Umgebung Mitglieder des Styrrion. Der Styrrion kooperiert auch mit dem Talente Tausch Graz. Als spezielles Ziel wird auf der Website des Styrrion unter anderem die „Bewusstseinsbildung bei Verbrauchern für nachhaltige und qualitativ hochwertige Güter aus der Region“¹⁴ angeführt.¹⁵

3.3.2.2 Tauschringe

Tauschringe wollen Menschen Zugang zu haushaltsbezogenen Dienstleistungen bieten, die diese nicht selbst erbringen können oder wollen. Basis dafür ist die Annahme, dass eine Stunde Zeit immer gleich viel wert ist. Darauf aufbauend bildet sich ein Netzwerk, in dem Dienstleistungen getauscht werden. Weitere Ziele sind neue Arbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten zu finden und die sozialen Beziehungen zwischen den Bewohner/innen zu stärken. Tauschringe entstehen manchmal aber auch als bargeldlose Alternative in alternativen Milieus. Zu unterscheiden sind dabei zeitbasierte (Wert wird nach aufgewendeter Zeit bewertet) und geldbasierte (orientiert an der Freiwirtschaftslehre, die nur das Zinssystem kritisiert) Tauschringe. Die Tauschringe in Österreich sind zumeist zeitbasiert. (vgl. Notz 2011:124-127, Schillat 2008)

Ziele

Obwohl die Ideologien von Tauschringen nicht einheitlich sind, wollen sie alle „ein lokales Gegengewicht zur globalen Geldwirtschaft“ (Notz 2011:124) sein. Auf der Website des Tauschkreisverbundes ist als Ziel angeführt, „eine Gemeinschaft wachsen zu lassen, die auf menschlichen Beziehungen und gegenseitigem Vertrauen aufbaut“¹⁶. Hier soll Bewusstseinsbildung betrieben werden, wobei die Meinungen auseinandergehen, ob Tauschringe helfen, wirtschaftliche Zusammenhänge sichtbarer zu machen oder das herrschende System zu festigen (vgl. Notz 2011:126-127). Tauschkreise sollen den Teilnehmer/innen die Möglichkeit geben, ihre Talente und Fähigkeiten einzubringen und mit

¹³ <http://www.waldviertler-regional.at/> (Abfrage am 23.5.2011)

¹⁴ <http://www.styrrion.at/> (Abfrage am 23.5.2011)

¹⁵ Vgl. <http://www.styrrion.at/> (Abfrage am 23.5.2011)

¹⁶ <http://www.tauschkreis.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

anderen zu teilen und zu tauschen. „Ein Tauschkreis ist ein gegenseitiges Kreditsystem, das nicht gewinnorientiert ist sondern auf Vertrauen und menschlichen Beziehungen aufbaut.“¹⁷

Akteur/innen

Für die Initiierung eines Tauschringes wird eine soziale Gruppe benötigt, die die organisatorische und inhaltliche Basis für den Tauschring schafft. Gibt es diese Struktur, dann kommen laut LETS Wien alle Menschen als Akteur/innen in Frage, die ihre „Talente und Fertigkeiten anderen Menschen zur Verfügung stellen [wollen], die sie nicht am Arbeitsmarkt verkaufen können oder verkaufen wollen“¹⁸.

Politik und Verwaltung können die Entstehung von Tauschringen fördern. So entstanden v.a. in Deutschland viele Tauschringe im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Kritiker/innen werfen Tauschringen aber vor, dass durch die Schaffung von Alternativen der Staat aus der Verantwortung entlassen wird und die Politik deswegen Interesse an Tauschringen hat. Aus politischer Sicht kann eine Unterstützung problematisch sein, da die Grenze zur Schattenwirtschaft keine trennscharfe ist. Von manchen Tauschkreisen wird diese steuertechnische Situation auch thematisiert. (vgl. Notz 2011:125-127)

Organisationsform / Strukturen

Basis für die meisten Tauschringe ist eine Vereinsstruktur, die sich um die Administration und Weiterentwicklung des Tauschkreises kümmert. Vereinsmitglieder müssen zumeist einen Mitgliedsbeitrag in Form eines Geldbetrags und einigen Stunden, die dem Verein zur Verfügung gestellt werden, zahlen. Dies lässt darauf schließen, dass der organisatorische Aufwand recht hoch ist.

Die Tauschkreise, die derzeit in Österreich aktiv sind, sind zumeist folgendermaßen organisiert¹⁹ (vgl. Notz 2011):

- Regelmäßige Treffen: Dabei besteht die Möglichkeit zu persönlichem Kennenlernen und direktem Tauschen.
- Mitgliederzeitung: Diese informiert Mitglieder ohne Internet-Zugang über aktuelle Tauschangebote und wichtige Mitteilungen des Vereins.
- *Online*-Plattform: Hier können sich die Mitglieder gegenseitig über Tauschangebote informieren.

¹⁷ <http://www.tauschkreis.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

¹⁸ <http://www.waffeltausch.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

¹⁹ Vgl. <http://www.tauschkreis.at/>, <http://www.waffeltausch.at/>, <http://www.kaesch.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

- **Konto:** Alle Tauschkreisteilnehmer/innen benötigen ein eigenes Konto. Die Verrechnungseinheiten sind Stunden oder Teile davon und können zumeist nicht in bar abgelöst werden. Auf dem Konto werden alle Leistungen und Konsumationen verbucht.
- **Verrechnungssystem:** War es am Anfang der Tauschring-Bewegung üblich, alle Tausche schriftlich zu dokumentieren und zentral im Verein zu verbuchen, setzen sich zunehmend Online-Verrechnungssysteme durch, die den Vorteil haben, dass sie von den Nutzer/innen selbst administriert werden können. Das derzeit meistverwendete ist das *Open-Source-Programm Cyclos*²⁰. Nachdem die Konten der Teilnehmer/innen ausgewogen sein sollen, ist Transparenz über die Zeitguthaben für alle wichtig.
- Es gibt keine Zinsen.

Räumliche Einbettung

Da in Tauschringen zumeist haushaltsbezogene Dienstleistungen (Stichwort „Nachbarschaftshilfe“) getauscht wird, erstrecken sie sich räumlich zumeist auf einen Stadtteil, eine Stadt oder maximal eine Region. Tauschringe werden oft in Stadtteilen initiiert, in denen die ökonomische Situation es nicht zulässt, Dienstleistungen auf dem Markt zu erwerben. Es entstehen aber auch Initiativen, die Tauschkreise vernetzen und so das Angebot vergrößern wollen. (vgl. Notz 2011:124-127)

Beispiele aus Wien / Österreich

- **LETS Wien:** LETS ist die Abkürzung für *Local Exchange Trading System*, und ist ein Tausch- und Verrechnungssystem, das seit 1995 besteht und aktuell rund 200 Mitglieder hat.²¹
- **Talente Tauschkreis Wien:** Dieser geht auf eine Initiative der Katholischen Jugend zurück und besteht seit 1995.²²
- **KAESCH:** Diesen Wiener Tauschkreis gibt es seit 2010 im 12. und 23. Wiener Gemeindebezirk. Getauscht werden kann hier Dienstleistung gegen Dienstleistung, aber auch gegen Waren. KAESCH will auch gezielt Migrant/innen ansprechen. So werden Informationen auch in türkisch und arabisch zur Verfügung gestellt, auch der Vorstand besteht aus Menschen unterschiedlicher Herkunft.²³
- **Tauschkreis-Verbund:** Der Tauschkreis-Verbund wurde 2010 als Dachorganisation für Tauschkreise im Osten Österreichs (Wien, Niederösterreich, Burgenland)

²⁰ Vgl. http://www.sunflower.ch/index.php?p=site4_cyclos (Abfrage am 27.5.2011)

²¹ Vgl. <http://www.waffeltausch.at/> (Abfrage am 12.5.2011)

²² Vgl. <http://www.talentetauschkreis.at/> (Abfrage am 12.5.2011)

²³ Vgl. <http://www.kaesch.at/> (Abfrage am 23.5.2011)

gegründet. Dadurch wollen die Tauschkreise ihre Angebote vergrößern und der administrative Aufwand soll geringer werden.²⁴

3.3.2.3 Gemeinschaftsgärten

Gemeinschaftsgärten gibt es seit den 1970er-Jahren, sie gehen auf die *Community Gardens* in New York zurück. Dabei wurden gemeinschaftliche Freiräume in Form von Nutzgärten auf städtischen Brachflächen geschaffen. Nach Rosol (2006:37) werden Gemeinschaftsgärten „durch in Gruppen zusammengeschlossene Privatpersonen gepflegt, sind jedoch öffentlich zugänglich, wenngleich z.T. nur temporär und für Teilbereiche der Fläche“. Dabei gibt es Projekte für unterschiedliche Nutzer/innengruppen wie Nachbarschaftsgärten, interkulturelle Gärten, oder Gemeinschaftsgärten für bestimmte Zielgruppen wie Kinder oder alte Menschen. Gemeinschaftsgärten gibt es weltweit in vielen Städten wie Paris, Buenos Aires, Berlin.²⁵ (vgl. Rosol 2006)

Ziele

Rosol (2006:7) definiert Gemeinschaftsgärten folgendermaßen: „Gemeinschaftsgärten sind gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit.“ Sie bieten konkrete Möglichkeiten für Partizipation, Teilhabe, Mitbestimmung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Außerdem tragen sie zur Selbstversorgung der Beteiligten mit gesunden Nahrungsmitteln bei. Gemeinschaftsgärten haben auch ökologisch positive Wirkungen, indem sie zur Umweltbildung vor allem in Projekten mit Kindern beitragen und sie zeigen Möglichkeiten, wie urbane Flächen ökologisch bewirtschaftet werden können.²⁶ (vgl. Rosol 2006)

Akteur/innen

Um einen Gemeinschaftsgarten zu gründen gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- Interessierte schließen sich zusammen und schaffen sich die Strukturen (z.B. Fläche, Wasseranschlüsse) selbst oder mit Hilfe von Institutionen. Später können eventuell auch andere Interessierte Teil des Gemeinschaftsgartens werden.²⁷
- Zum Teil werden Gemeinschaftsgärten auch als Maßnahme in einem Programm der städtischen Verwaltung oder einer Institution vorgesehen. In diesem Fall ist es eine

²⁴ Vgl. <http://www.tauschkreis.at/> (Abfrage am 27.5.2011)

²⁵ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> (Abfrage am 27.5.2011)

²⁶ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> (Abfrage am 27.5.2011)

²⁷ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> (Abfrage am 27.5.2011)

Initiative „von oben“, bei der eine Institution Strukturen schafft und der Bevölkerung zur Verfügung stellt.

- Die Verwaltung muss/sollte zumeist unterstützend tätig sein z.B. durch Beratung, zur Verfügung stellen von Flächen. (vgl. Rosol 2006)

Rosol (2006) identifiziert in ihrer Arbeit drei Haupttypen von Akteur/innen, die in Gemeinschaftsgärten aktiv werden:

- Die gärtnerisch Motivierten, für welche die Tätigkeit des Gärtnerns das Wichtigste ist.
- Die durch die (gesellschaftlichen) Freiräume Motivierten, die zwar auch gerne gärtnern, denen es aber vor allem darum geht, den gebotenen Freiraum selbst gestalten zu können.
- Die „Treuen“ sind vor allem Menschen über 60, die ein hohes Verantwortungsbewusstsein für ihren Gemeinschaftsgarten haben und auch dabei bleiben, wenn es viele negative Erfahrungen gibt. Diese Gruppe ist durch eine hohe Identifikation gekennzeichnet.

Organisationsform / Strukturen

Auch bei Gemeinschaftsgärten treten oft Vereine bzw. Institutionen als Träger/in auf. Die zur Verfügung stehende Fläche ist in einzelne Parzellen aufgeteilt, die individuell genutzt werden können. Mit den einzelnen Nutzer/innen werden zumeist Verträge abgeschlossen, die regeln, wie anfallende Kosten (z.B. für Wasser, Müllentsorgung, Versicherung) aufgeteilt werden. Ist der Andrang größer als das Angebot, werden die Flächen zumeist nur für ein Jahr vergeben, um unterschiedlichen Menschen Zugang zu ermöglichen. Auch die Zugänglichkeit zum Gemeinschaftsgarten ist unterschiedlich geregelt: Manche Gärten haben bestimmte Öffnungszeiten, andere sind immer geöffnet.²⁸

Räumliche Einbettung

Für einen Gemeinschaftsgarten wird eine Fläche benötigt, die dafür (auch temporär) genutzt werden darf. Deswegen sind viele Gemeinschaftsgärten auf öffentlichen Flächen zu finden oder befinden sich im Eigentum von Kirchen oder Stiftungen. Gemeinschaftsgärten werden üblicherweise von Menschen genutzt, die in der unmittelbaren Umgebung wohnen. Sie sind daher stadtteilbezogen. Gemeinschaftsgärten sind kein Ersatz für öffentliche Grünflächen sondern stellen ein Zusatzangebot vor allem auf Brachen dar. In Wien werden Gemeinschaftsgärten nur selten auf Brachen realisiert.²⁹ (vgl. Rosol 2006)

²⁸ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> (Abfrage am 27.5.2011)

²⁹ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> (Abfrage am 27.5.2011)

Beispiele aus Wien / Österreich

- **Nachbarschaftsgarten Heigerlein:** Einer der erste Nachbarschaftsgärten Wiens befindet sich in Ottakring inmitten eines Wohngebiets. Er geht auf eine Initiative der Gebietsbetreuung Ottakring, der Bezirksvorstehung Ottakring, den Wiener Stadtgärten und dem Verein Gartenpolylog zurück. Ziel war, einen interkulturellen und intergenerativen Austausch zu ermöglichen. Als Nutzer/innengruppen³⁰ werden angeführt:
 - 26 Familien und Einzelpersonen
 - Bewohner/innen des Haus der Barmherzigkeit: Diesen steht ein rollstuhlgerechtes Hochbeet zur Verfügung
 - Kinderfreunde Kindergarten Seeböckgasse
 - Schulklassen der Julius Meinl Volksschule
 - Nachbarschaftszentrum Stöberplatz des Wiener Hilfswerks
- **Das Feld** – ein Gemeinschaftsgarten in Floridsdorf: Hierbei handelt es sich um eine private Initiative, die derzeit aus ca. 15 Personen besteht und die seit 2006 eine ca. 1.000 m² große Fläche in der Donaufelderstraße nach permakulturellen Prinzipien bewirtschaftet.³¹
- **Nachbarschaftsgarten vor dem Grätzelzentrum Max-Winter-Platz:** Dieser entstand 2010 auf Initiative von Bewohner/innen des Stuwerviertels und wurde vom Grätzelbeirat Stuwerviertel unterstützt. Der Garten besteht aus 10 Hochbeeten und ist zu den Öffnungszeiten der GB*2 zugänglich. Da die Nachfrage das Angebot übersteigt, wurden die Hochbeete verlost.³²
- **Nachbarschaftsgarten Macondo:** Macondo nennt sich eine Siedlung in und um ein ehemaliges Kasernengelände in Simmering (Wien), die derzeit von Menschen aus über 20 verschiedenen Ländern bewohnt wird. Der Nachbarschaftsgarten geht auf eine Initiative von CABULA6 zurück, die in Macondo 2008 das Kunstprojekt *Life on Earth* starteten. Mit der Projektleitung wurde der Verein Gartenpolylog beauftragt. Seit Anfang 2010 gibt es nun den Nachbarschaftsgarten. Mehr zu diesem Beispiel in Kapitel 6.4.2.

³⁰ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/3/wien/nachbarschaftsgarten-heigerlein> (Abfrage am 28.5.2011)

³¹ Vgl. <http://www.gartenpolylog.org/3/wien/gegarten-floridsdorf> (Abfrage am 12.5.2011)

³² Vgl. <http://www.gbstern.at/projekte/stadtteilmanagement/nachbarschaftsgarten/> (Abfrage am 28.5.2011)

3.3.2.4 *Community Supported Agriculture (CSA)*

Diese aus den USA stammende Idee, die auch in Japan unter dem Namen *Teikei* bekannt ist, ist eine Form von Ernte-Teilhabeprojekt, bei dem für einen landwirtschaftlichen (Bio-) Betrieb auf Basis der zur Verfügung stehenden Fläche ausgerechnet wird, wie viele Menschen mit den Produkten versorgt werden können und was der Betrieb kostet. Diese Kosten müssen von den Mitgliedern der CSA aufgebracht werden. Im Gegenzug werden sie mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt. In Japan ist das Konzept seit den 1960er-Jahren weit verbreitet. In den USA und Kanada gibt es rund 1.000 CSA. In Österreich wird es langsam zum Thema. Henderson & Van En (2007) sehen als einen Hauptgrund für das Entstehen von CSA die Tatsache, dass im Supermarkt viel Geld für Lebensmittel bezahlt wird, die Produzent/innen allerdings davon viel zuwenig erhalten. (vgl. Seiser 2011)

Ziele

Das Hauptanliegen einer CSA ist den „Anbau ganz auf den Bedarf eines konkreten Personenkreises abzustimmen, der von uns verbindlich mit Gemüse versorgt werden will“³³.

Akteur/innen

Für CSA braucht es zwei verschiedene Arten von Akteur/innen:

- Einen landwirtschaftlichen Betrieb.
- Konsument/innen, die Wert auf regionale Produkte legen, die wissen wollen, unter welchen Bedingungen das Obst und Gemüse gewachsen ist das sie konsumieren und dafür auch bereit sind, Anstrengungen auf sich zu nehmen.³⁴

In den USA gibt es einige NGOs, die sich für die Anliegen von CSA einsetzen. Die Entstehung von CSA könnte auch politisch unterstützt werden, was derzeit in Österreich nicht der Fall ist. (vgl. Henderson & Van En 2007)

Organisationsform / Strukturen

Konsument/innen schließen mit dem landwirtschaftlichen Betrieb längerfristige Verträge ab (mindestens ein Jahr Laufzeit). Der landwirtschaftliche Betrieb kann unterschiedliche Organisationsformen haben z.B. eine Genossenschaft, ein Einzelunternehmen mit Angestellten³⁵ Für den Aufbau und Betrieb einer CSA vgl. auch Henderson & Van En (2007).

³³ Vgl. <http://www.ochsenherz.at/> (Abfrage am 26.5.2011)

³⁴ Vgl. <http://www.ochsenherz.at/> (Abfrage am 26.5.2011)

³⁵ Vgl. <http://www.ochsenherz.at/> (Abfrage am 26.5.2011)

Räumliche Einbettung

Für eine CSA ist eine möglichst große räumliche Nähe zwischen Produzent/innen und Konsument/innen erstrebenswert um Transportwege kurz zu halten. Es braucht ausreichend große landwirtschaftlich nutzbare Flächen, die zumeist nur außerhalb von Großstädten zu finden sind. Gleichzeitig wird ein ausreichend großer Kund/innenkreis benötigt.

Beispiele aus Wien / Österreich

Der Demeter-Betrieb Gärtnerhof Ochsenherz in Gänserndorf (Niederösterreich) startete 2011 unter dem Namen „gela“ (gemeinsam landwirtschaften) ein CSA-Projekt in Österreich.³⁶ (vgl. Seiser 2011)

Aufgrund des breiten Angebots an Obst und Gemüse in Supermärkten und Märkten wird dieses Projekt wahrscheinlich eher einkommensstärkere Haushalte bzw. alternative Milieus ansprechen, die Interesse an der Idee „CSA“ haben. Das Projekt hat eine hohe Verbindlichkeit (ein Ausstieg ist erst nach einem Jahr möglich) und ist mit Fixkosten verbunden. Dies dürfte für zahlreiche Haushalte abschreckend sein. Dennoch erscheint die Idee von CSA auch für Wien interessant, da die geforderte Verbindlichkeit zu Sicherheit auf beiden Seiten (Produzent/innen und Konsument/innen) führen kann und der Wegfall von weiten Transportwegen, Marketing, Filialnetzen und dergleichen zu insgesamt niedrigeren Kosten führen könnte.

3.3.2.5 Kost-Nix-Läden

Kost-Nix-Läden bieten eine Plattform, wo Menschen funktionsfähige Gegenstände (z.B. Kleidung, Gebrauchsgegenstände, Bücher, Spielzeug - alles was man selber tragen kann) hergeben und mitnehmen können. Alle Transaktionen laufen dabei ohne Geld.³⁷

Ziele

Die Schenkökonomie, von der Kost-Nix-Läden ein Teil sind, strebt eine Gesellschaft an, die weder am Profit noch am berechnenden Tausch interessiert ist. Hinter der Ökonomie des Schenkens stehe nach Notz (2011:128) ein „mütterliches Paradigma“, das nicht gewinnorientiert ist, geben und nehmen entkoppelt und deswegen gerecht ist. Kritisch wird angemerkt, dass die Herkunft der Dinge nicht hinterfragt wird und der Betrieb eines Kost-Nix-Laden auf Geld angewiesen ist. (vgl. Notz 2011:128)

³⁶ Vgl. <http://www.ochsenherz.at/> (Abfrage am 22.1.2011)

³⁷ Vgl. <http://www.umsonstladen.de/> (Abfrage am 28.5.2011)

Auf der Internet-Plattform <http://www.umsonstladen.de> wird als Ziel der Kost-Nix-Läden formuliert: eine „wirklichen Alternative zur kapitalistischen Warengesellschaft dar[zustellen], in der alles einen ‚Wert‘ hat und folglich Geld kostet“³⁸. Selbstkritisch wird dabei auch festgestellt, dass Kost-Nix-Läden als isolierte Maßnahme nicht sinnvoll sind, sondern nur in einem Bündel von Maßnahmen ihre Ziele verwirklichen können, da sie auf dem Warenüberfluss unserer Gesellschaft beruhen.

Akteur/innen

Für die Gründung eines Kost-Nix-Ladens wird eine soziale Gruppe benötigt, die sich um den Aufbau (z.B. Raumsuche, Adaptierung, Konzept) kümmert. Dies können sowohl bestehende Initiativen oder Organisationen sein, aber auch neu gegründete.

Für den Betrieb eines Kost-Nix-Ladens werden unterschiedliche Akteur/innen gebraucht³⁹:

- Akteur/innen, die Gebrauchsgegenstände zur Verfügung stellen.
- Akteur/innen, die Gebrauchsgegenstände mitnehmen (üblicherweise maximal drei pro Besuch).
- Akteur/innen, die durch Geldspenden die Fixkosten (z.B. Raummiete, Betriebskosten) finanzieren.
- Akteur/innen, die zumeist ehrenamtlich ihre Arbeitszeit zur Verfügung stellen, um den laufenden Betrieb sicherzustellen.

Organisationsform / Strukturen

Als Organisationsform kommen Institutionen oder Vereine in Frage, die als Träger/innen des Kost-Nix-Ladens auftreten.

Räumliche Einbettung

Da Kost-Nix-Läden an konkrete Geschäftslokale gebunden sind, sind sie stadtteilbezogen, haben aber auch Einzugsbereiche über den Stadtteil hinaus und Nutzer/innen, die von weiter weg kommen. Allerdings gibt es vereinzelt auch Bestrebungen mittels Online-Portalen den räumlichen Einzugsbereich zu vergrößern.⁴⁰

Beispiele aus Wien / Österreich

- **Gratis-Bazar Wien:** Dieser wird vom Stadtteilzentrum Bassena am Schöpfwerk (12. Wiener Gemeindebezirk) an drei Tagen der Woche betrieben. Im Jahr wechseln so

³⁸ <http://www.umsonstladen.de/> (Abfrage am 28.5.2011)

³⁹ Vgl. <http://www.umsonstladen.de/> (Abfrage am 28.5.2011)

⁴⁰ Vgl. <http://www.bassena.at/content/site/sozialeinszenierung/gratisbazar/index.html> (Abfrage am 28.5.2011)

rund 30.000 Gegenstände ihre Besitzer/innen. Als positive Effekte werden der Zugang zu neuen Bevölkerungsgruppen und die Verbesserung der Kommunikation genannt. Unterstützt wird das Projekt auch von ehrenamtlichen Helfer/innen.⁴¹

- **Kost-Nix-Laden:** Diese Einrichtung im 5. Wiener Gemeindebezirk besteht seit 2005. Betrieben wird er von der Gruppe W.E.G. (Wertkritische emanzipatorische Gegenbewegung) und ist drei Mal wöchentlich geöffnet.⁴²
- **Schenke Wien:** Diese Einrichtung befindet sich im 8. Wiener Gemeindebezirk und besteht seit 2010. Als Ziel definieren die Betreiber/innen: „Wir möchten einen offenen Raum für alle schaffen, die sich gegenseitig beschenken wollen. Dinge können gebracht und mitgenommen werden ohne dass Geld beteiligt ist. Wir haben keinerlei Gewinnabsichten und finanzieren die Miete über regelmässige Geldspenden, sogenannte Pat*innenschaften“⁴³.

3.3.2.6 Freie Software

Unter Freier Software (*open source*) versteht man Computerprogramme, die so lizenziert sind, dass sie quelloffen sind und eine Weiterentwicklung ermöglicht und erwünscht ist. Freie Software ist automatisch *Open-Source-Software*. Umgekehrt gilt dies nicht zwangsläufig. In der praktischen Umsetzung, Entwicklung und der alltäglichen Anwendungen sind die Unterschiede nur selten wahrnehmbar, weil es sich dabei mehr um ideologische Unterschiede handelt: *Open-Source* vertritt eher die praktischen Aspekte wie Robustheit und Qualität, bei Freier Software geht es auch um Werte. Diese Wertunterschiede sind allerdings entscheidend für die Frage, ob es sich um Instrumente der Solidarischen Ökonomie handelt. Auf Freie Software trifft dies zu, da keine Widersprüche zwischen den Zielen Freier Software und Zielen der Solidarischen Ökonomie auftreten. Auch die Einbettung in ein Gemeinwesen ist gegeben, wenn man davon ausgeht, dass auch virtuelle *Communitys* eine Form von Gemeinwesen sind. (vgl. Dobusch et al. 2011:111-113,123-126, Nahrada 2004:32-33)

Ziele

Richard Stallman, einer der Pioniere Freier Software definiert als Ziel Freier Software „die Freiheit der Nutzer zu respektieren“ (Dobusch et al. 2001:123). Mit Freiheit sind die vier Freiheiten Freier Software gemeint:

- Jede/r darf die Software so benutzen, wie er/sie will.

⁴¹ Vgl. <http://www.bassena.at/content/site/sozialeinszenierung/gratisbazar/index.html> (Abfrage am 28.5.2011)

⁴² Vgl. <http://www.umsonstladen.at/> (Abfrage am 12.5.2011)

⁴³ <http://www.umsonstladen.at/> (Abfrage am 28.5.2011)

- Jede/r darf den Quelltext lesen und das Programm so verändern, wie man mag.
- Jede/r darf Kopien erstellen und das Programm an Dritte weitergeben.
- Jede/r darf veränderte Versionen des Programms verbreiten.

(vgl. Dobusch et al. 2011:123) Stallman weiter: „Die Bewegung für Freie Software basiert auf den ethischen Grundsätzen der Freiheit und der Gemeinschaft.“ (Dobusch et al. 2011:125)

Akteur/innen

Neben Programmierer/innen sind auch zahlreiche Nutzer/innen in die Entstehung Freier Software eingebunden. (vgl. Nahrada 2004:32-33)

Organisationsform / Strukturen

Die übliche Organisationsform sind *Communitys*, die demokratisch funktionieren. Wer mit der Richtung der Entwicklung nicht zufrieden ist, gründet einfach eine neue *Community* und findet hoffentlich genug Mitstreiter/innen, damit das Projekt weiterentwickelt werden kann. Die *Community* wird schon zu einem sehr frühen Stadium des Projekts eingeladen Rückmeldungen zu geben, Fehler zu finden und diese evtl. gleich selbst zu beheben, Erweiterungen vorzuschlagen und zu programmieren. Wichtig dafür ist ein sauber programmierter Code, was wiederum die Weiterentwicklung und Qualität des Produkts steigert. Kommunikation findet dabei hauptsächlich über das Internet statt. (vgl. Dobusch et al. 2001:114-115, Nahrada 2004:32-33)

Räumliche Einbettung

Da Austausch und Weiterentwicklung auf PCs bzw. über das Internet laufen, gibt es räumlich keine Einschränkungen solange die technischen Voraussetzungen erfüllt sind. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass nicht alle Menschen über den Zugang zu den erforderlichen technischen Voraussetzungen verfügen, wobei der Anteil immer geringer wird. Laut Statistik Austria hatten 2010 73% aller österreichischen Haushalte einen Internetzugang. Bei Unternehmen ab zehn Beschäftigten lag der Wert bei 97% aller Unternehmen.⁴⁴

Beispiele aus Wien / Österreich

Die Stadt Linz (Oberösterreich) hat im Rahmen der Kulturhauptstadt 2009 einen *Public Space Server* (<http://pssinfo.public1.linz.at/>) eingerichtet. Seither steht allen Linzer/innen ab 14 Jahren ein Gigabyte *Webpace* mit einer Vielzahl vorinstallierter Freier Software zur freien Verfügung. Damit soll ein virtueller öffentlicher Raum geschaffen werden in dem

⁴⁴ Vgl. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html (Abfrage am 23.6.2011), http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_unternehmen_e-commerce/index.html (Abfrage am 23.6.2011)

Menschen mit ihrem echten Namen auftreten. Unterstützt wird die Benutzung durch Kurse der Volkshochschule. Dadurch ist es gelungen, Bewohner/innen die bereits Internet nutzen zu aktivieren. An Menschen heranzukommen, die bisher keinen Internetzugang haben, stellt sich als schwieriger und langwierig heraus. Auch die Zusammenarbeit mit Schulen soll verstärkt werden. Die Kosten für das Projekt werden von der Stadt Linz getragen, die auch als Vertragspartnerin gegenüber dem *Provider* auftritt. (vgl. Dobusch et al. 2011:161-166)

Die Stadt Linz betreibt seit 2011 auch eine Initiative, die über Freie Software hinausgeht: die *Open Commons Region Linz*. Damit soll die „frei zugängliche Nutzung und elektronische Verbreitung von Daten, Software, Lehr- und Lernmaterialien und anderen als ‚Open Commons‘ bezeichneten, digital gespeicherten Inhalten“⁴⁵ gefördert werden. Diese Initiative soll sowohl dem Gemeinwohl dienen als auch die Wirtschaft unterstützen. So wird unter anderem in Linzer Pflichtschulen als Bürosoftware die Freie Software *Open Office* eingesetzt. In diesem Rahmen entstand auch eine Studie (Pomberger & Kempinger 2011), die aufbauend auf Erhebungen über die derzeitige *Open Source* Aktivitäten Maßnahmen zur Umsetzung der *Open Commons Region Linz* nennt und als Basis für die weiteren Aktivitäten dient.⁴⁶

3.3.2.7 Selbstorganisierte Wohnprojekte

Vor allem seit den 1960er-Jahren gibt es selbstorganisierte Wohnprojekte, die den Charakter von Pilotprojekten hatten. In Deutschland haben sich diese zu etablierten Projektformen weiterentwickelt, in Österreich sind sie über den Status von Pilotprojekten bis jetzt nicht hinausgekommen. Allerdings erleben sie unter dem Stichwort Baugruppen derzeit einen Aufschwung.⁴⁷ Um ein solches Wohnprojekt erfolgreich umzusetzen können, werden 4 Dinge benötigt:

- Eine Gruppe, die das Projekt trägt
- Ein geeignetes und verfügbares Grundstück
- Ausreichend Geld bzw. Fördermittel
- Zugang zu fachlichen Informationen und Beratung

Als Hindernis erweist sich z.T. die lange Umsetzungsdauer (von der ersten Projektidee bis zur Besiedelung). (vgl. Temel 2010:11)

⁴⁵ <http://www.linz.at/leben/55472.asp> (Abfrage am 23.6.2011)

⁴⁶ Vgl. <http://www.linz.at/leben/55472.asp> (Abfrage am 23.6.2011)

⁴⁷ <http://gemeinsam-bauen-wohnen.org> (Abfrage am 3.6.2011)

Nicht alle selbstorganisierten Wohnprojekte sind der Solidarischen Ökonomie zuzurechnen, vor allem wenn es vorrangig darum geht, kostengünstig und individuell zu bauen und Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens sich nicht in baulichen Maßnahmen oder Einrichtungen und Initiativen z.B. der organisierten Nachbarschaftshilfe niederschlagen. Als Instrument der Solidarischen Ökonomie bieten selbstorganisierte Wohnprojekte eine Alternative zu individueller Eigentumsbegründung. So gibt es auch Initiativen, die Wohnprojekte vernetzen wollen um so auch die Solidarität untereinander zu fördern. Ein Beispiel dafür ist das Mietshäuser-Syndikat in Deutschland. Dieses versucht, „die anti-kapitalistische Idee der sozialistischen Genossenschaftsbewegung [...] in aktualisierter Form und auf Grundlage der Prinzipien Basisdemokratie, Eigentumsneutralisierung und Solidartransfer umzusetzen“ (Möller 2008:30). Dadurch soll die Zahl der realisierten Wohnprojekte gesteigert werden und sichergestellt werden, dass Wohnprojekte auch nach Abschluss des Baus selbstorganisierte und gemeinsam getragene Projekte bleiben und nicht etwa Wohnungseigentum begründet wird. (vgl. Möller 2008:30-31)

Ziele

Als entscheidendes Ziel und auch Abgrenzung selbstorganisierter Wohnprojekte definiert eine Studie der MA50 (Stadt Wien) „die Mitbestimmung der BewohnerInnen bei der Entwicklung ihrer zukünftigen Wohnumgebung, von der Wohnung selbst bis zum Wohnhaus samt Gemeinschafts- und Gewerberäumen und zu privaten Außenflächen – und zwar die gemeinschaftliche Mitbestimmung“ (Temel et al. 2009:4). Dabei haben sich die Ziele in den letzten Jahrzehnten verändert. Standen zu Beginn in den 1970er- und 1980er-Jahren vor allem ideologische Ziele im Mittelpunkt, werden selbstorganisierte Wohnprojekte in den 2000er-Jahren zunehmend auch pragmatischer angegangen z.B. erhoffte Kostenersparnis. (vgl. Temel et al. 2009:4)

Akteur/innen

In den 1970er- bis 1990er-Jahren gingen selbstorganisierte Wohnprojekte zumeist auf die Initiative von sozialen Gruppen mit ähnlichen weltanschaulichen Einstellungen zurück, die auf der Suche nach einer Alternative zur Kleinfamilie, Wohnen im Einfamilienhaus und den typisch städtischen Wohnformen (Mietwohnung, Eigentumswohnung) waren. In den 2000er-Jahren differenziert sich diese Bild aus. Auffallend ist, dass eine gewisse Homogenität der Gruppe eine Voraussetzung für das Gelingen eines Projektes sein dürfte. Nebensächlicher wird zunehmend die Tatsache, von wem die Initiative ausgeht. Das können sowohl Architekt/innen als auch Netzwerke sein. Die Gruppengröße kann dabei von einer Kleingruppe bis zu 250 Personen betragen. Die meisten Projekte im städtischen Raum haben zwischen 15 und 30 Wohnungen. (vgl. Temel et al. 2009:7, Temel 2010:37)

Organisationsform / Strukturen

Die Organisationsform hängt zumeist davon ab, ob gemeinschaftliches Bauen oder gemeinschaftliches Bauen und Wohnen angestrebt wird. Bei ersterem bietet sich Wohnungseigentum an. Bei zweiterem kommen zusätzlich Vereine oder Genossenschaften in Frage. Organisatorisch wird z.T. auch die Form des Wohnheims gewählt, da es dadurch z.B. in Wien möglich ist, Wohnbauförderung zu lukrieren⁴⁸. Manche Wohnprojekte sind auch als GmbH, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Personengesellschaft, Stiftung, Fonds oder Aktiengesellschaft organisiert. Jede dieser Organisationsformen hat Vor- und Nachteile, deswegen muss vor Beginn jedes Projekts die am besten passende ausgewählt werden. Auch Kooperationen mit Bauträgern oder Wohnbaugenossenschaften sind möglich. (vgl. Temel et al. 2009:7, Temel 2010:42-46)

Räumliche Einbettung

Wohnen ist zumeist an einen konkreten Ort gebunden. Bei den Projekten gibt es dennoch zwei grundsätzlich unterschiedliche Zugänge. Entweder wird zuerst ein Grundstück gesucht und anschließend potentielle Interessent/innen oder es bildet sich zuerst eine Gruppe, die gemeinsam ein geeignetes Grundstück sucht. Beide Varianten bieten Konfliktstoff. Da allerdings viele Menschen Vorstellungen davon haben, wo sie unbedingt bzw. überhaupt nicht wohnen wollen, stellen Projekte, die zuerst räumlich verortet sind schon zu Beginn Ausschließungsgründe zur Verfügung.

Da sich das Finden eines entsprechenden Grundstücks in der Vergangenheit oft als größtes Hindernis erwiesen hat, gibt es in Wien eine Initiative des Wiener Wohnbauressorts, das Grundstücke (z.B. in der geplanten Seestadt Aspern) speziell für Baugemeinschaften durch den wohnfonds_wien vergibt. (vgl. Temel 2010:65-66)

Beispiele aus Wien / Österreich

- **Sargfabrik:** Die Sargfabrik im 14. Wiener Gemeindebezirk ist nach Eigendefinition „Österreichs größtes selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt“⁴⁹. Träger des Projekts ist der gemeinnützige Verein VIL (Verein für Integrative Lebensgestaltung), der Mitte der 1980er-Jahre von einer Gruppe Engagierter gegründet wurde, die „einen Wohnungsverband verwirklichen [wollten], der gemeinschaftlich verschiedene Lebensmodelle und kulturelle Möglichkeiten beherbergt“⁵⁰. Seit 1996 bietet die

⁴⁸ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbauforderung/foerderungen/neubau/index.html> (Abfrage am 3.6.2011)

⁴⁹ <http://www.sargfabrik.at/> (Abfrage am 29.5.2011)

⁵⁰ <http://www.sargfabrik.at/> (Abfrage am 29.5.2011)

Sargfabrik neben Wohnungen zwischen 30 und 130 m² auch ein Kulturhaus, einen Kindergarten, ein Badehaus, Gemeinschaftseinrichtungen, Seminarräume und ein Restaurant. Der Verein tritt dabei sowohl als Grundeigentümer als auch als Bauherr, Betreiber der Wohnanlage und Vermieter auf. Intern erfolgt die Organisation ähnlich wie bei einer Genossenschaft, rechtlich handelt es sich um ein Wohnheim. Zwei Mal jährlich findet eine Mitgliederversammlung statt, wo wichtige Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

Wegen des großen Erfolgs wurde die Sargfabrik im Jahr 2000 um ein zweites Grundstück, die „Miss Sargfabrik“ erweitert, auf dem 39 Wohneinheiten, eine Bibliothek, eine Gemeinschaftsküche, ein Clubraum und ein Büro entstanden.⁵¹

- **B.R.O.T.:** Die Abkürzung steht für Beten, Reden, Offensein, Teilen und stellt damit das Programm einer Initiative dar, die 1983 in der römisch katholischen Pfarre Hernals (17. Wiener Gemeindebezirk) ihren Ursprung hatte. Als Organisationsform wurde ein Verein gewählt, dessen Zweck so formuliert wird: „Der Verein, [...] bezweckt seinen Mitgliedern und anderen Menschen zu helfen zum Frieden, zur Freiheit und zum vollen Menschsein zu gelangen. Diese Vision wird sich erfüllen, wenn im alltäglichen Leben Freude und Trauer, Erfolg und Enttäuschung, Glück und Leid geteilt werden, und die Gemeinschaft Geduld und Vertrauen, Offenheit und Wahrhaftigkeit, Vergebung und Versöhnung sowie Solidarität und Toleranz lebt.“⁵² Die Vereinsmitglieder planen und bauen die Wohnheime gemeinsam. Rechtlich wird dabei nur Nutzungsrecht, kein Eigentum begründet. Dabei soll eine Balance zwischen individuellem und gemeinschaftlichem Wohnen geschaffen werden. Das erste Wohnheim in der Geblergasse (Wien 17) wurde 1990 besiedelt, 2006 wurde der Grundstein für ein zweites Projekt in Kalksburg (Wien 23) gelegt. Derzeit ist in der Seestadt Aspern (Wien 22) ein drittes Projekt im Entstehen. Weitere Projekte auch außerhalb Wiens sind in Planung. Bei der Umsetzung eines neuen Projekts wird zuerst ein geeignetes Grundstück gesucht bevor Interessent/innen gesucht werden.

2007 wurde der B.R.O.T.-Verband gegründet, der seine Mitglieder bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützt und sich zum Ziel gesetzt hat „die Idee gemeinschaftlicher, solidarischer und selbst organisierter Wohnformen in Staat und Gesellschaft zu vertreten“⁵³. Deswegen möchte er auch generell als Trägerverband auftreten.⁵⁴

⁵¹ Vgl. <http://www.sargfabrik.at/> (Abfrage am 29.5.2011)

⁵² <http://www.brot-verband.at/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁵³ <http://www.brot-verband.at/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁵⁴ Vgl. <http://www.brot-verband.at/> (Abfrage am 29.5.2011), <http://www.brot-hernals.at> (Abfrage am 3.6.2011)

3.3.2.8 *Food-Coops* / Lebensmittelkooperativen

Die deutsche Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen definiert: Lebensmittelkooperativen „kaufen gemeinsam für ihre Mitglieder ein. Dabei steht der Handel mit ökologischer, regionaler und fair gehandelter Ware im Vordergrund.“⁵⁵ Unterschieden wird zwischen Bestellgemeinschaften, die sofort nach Lieferung verteilen, *Food-Coops* mit eigenem Lagerraum bis hin zu *Food-Coops*, die auch Angestellte haben und auch Nicht-Mitgliedern offenstehen.⁵⁶

Ziele

Food-Coops wollen nach Sense.Lab e.V. (2009) einen Gegenpol zu profitorientierten Unternehmen schaffen. Verbraucher/innen sollen sensibilisiert und gebildet werden. Waren sollen möglichst direkt von den Erzeuger/innen bezogen werden und dadurch auch kurze Transportwege und regionale Lebensmittelherstellung gefördert werden. Die anfallenden Arbeiten werden von den Mitgliedern übernommen, dafür erfolgt die Verteilung (anders als bei herkömmlichen Geschäften) zum Selbstkostenpreis.⁵⁷

Akteur/innen

Food-Coops stehen allen Menschen offen, die bereit sind, ihre Einkäufe längerfristig zu planen und aktiv mitzuarbeiten z.B. Ladendienste, Putzaktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Abrechnung. Deswegen sehen sich *Food-Coops* auch als Ergänzung zu Bioläden, für Menschen, die mehr Zeit als Geld haben.⁵⁸

Organisationsform / Strukturen

Im Handbuch zur Gründung einer *Food-Coop* ist definiert: „*Food-Coops* sind freiwillige, kooperative Zusammenschlüsse, in denen alle Mitglieder eine Stimme haben, ähnlich einer Genossenschaft.“ (Sense.Lab e.V. 2009:15) In Österreich sind die meisten *Food-Coops* als Verein organisiert, der Leistungen ausschließlich für Mitglieder zur Verfügung stellt. Da viele *Food-Coops* auch die Aufhebung der Trennung von Angestellten und Konsument/innen anstreben, werden alle anfallenden Arbeiten auf die Mitglieder aufgeteilt. Laufende Aufgaben sind zumeist verschiedenen Arbeitskreisen zugeordnet.⁵⁹

⁵⁵ <http://www.lebensmittelkooperativen.de/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁵⁶ Vgl. <http://www.lebensmittelkooperativen.de/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁵⁷ Vgl. <http://www.bioparadeis.org/> (Abfrage am 3.6.2011), <http://www.lebensmittelkooperativen.de/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁵⁸ Vgl. <http://www.krautkoopf.at/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁵⁹ Vgl. <http://www.lebensmittelkooperativen.de/> (Abfrage am 3.6.2011)

Räumliche Einbettung

Um das Ziel kurzer Wege und regionaler Produkte erreichen zu können, agieren *Food-Coops* lokal und kooperieren soweit möglich mit Produzent/innen in ihrer Umgebung.

Beispiele aus Wien / Österreich

- **Bioparadeis:** Diese als Verein organisierte *Food-Coop* besteht seit 2007 und verfügt über ein Ladenlokal im 18. Wiener Gemeindebezirk. Sie formuliert, dass die *Food-Coop* „Ausdruck der Kritik an der gängigen Lebensmittelproduktion bzw. des Handelssystems“⁶⁰ sein soll. Zur Verteilung gelangen Produkte von Bauernhöfen aus Wien und Niederösterreich und Produkte von Vereinsmitgliedern z.B. Brot, Marmelade.⁶¹
- **D´Speis:** Diese ist ebenfalls als Verein mit einem Ladenlokal im 8. Wiener Gemeindebezirk organisiert, der es sich zum Ziel gesetzt hat, „eine alternative Form der Lebensmittelversorgung in der Praxis umzusetzen und diese Alternative einer breiteren Masse an Leuten zugänglich zu machen.“⁶²

⁶⁰ <http://www.bioparadeis.org/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁶¹ Vgl. <http://www.bioparadeis.org/> (Abfrage am 3.6.2011)

⁶² <http://www.speis.org> (Abfrage am 3.6.2011)

3.3.3 ÜBERBLICK ÜBER ORGANISATIONSFORMEN, METHODEN UND INSTRUMENTE DER SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE

Organisationsformen/ Instrumente	Ziele	Akteur/innen	Organisationsform / Struktur	Räumliche Einbettung
Vereine	Gemeinnützig, nicht ausschließlich wirtschaftliche Interessen	Gemeinsamer Zweck, Verein ist eigene Rechtspersönlichkeit		Lokal bis landesweit
Genossenschaften	Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Demokratie, Gleichheit, Solidarität	Kapitalgeber/innen = Nutznießer/innen	Förder- oder Produktionsgenossenschaft	Lokal bis global
Allmenden	Gemeinschaftsgüter, die allen gehören	theoretisch alle Bürger/innen	direkt demokratische Instrumente (z.B. Wahlen)	lokal bis landesweit
Regionalwährung	Regionale Wirtschaftsstrukturen stärken	Unternehmen und Handelsbetriebe / Konsument/innen	v.a. Vereine	regional
Tauschringe	Talente und Fähigkeiten anderen zur Verfügung stellen und mit anderen teilen und tauschen	Alle, die die Ziele durch aktiven Einsatz teilen wollen	v.a. Verein	lokal bis regional
Gemeinschaftsgärten	Öffentlichen Raum schaffen, Nutzgärten im städtischen Umfeld schaffen	Soziale Gruppen, die am gärtnern oder am sozialen Prozess interessiert sind	v.a. Verein	lokal
CSA	Verbindliche Beziehung zwischen Produzent/in und Konsument/innen	Ein landwirtschaftlicher Betrieb, Konsument/innen, die langfristige Abnahme zusichern und Risiko mittragen	Unterschiedlich z.B. Verein, Genossenschaft	Lokal bis regional
Kost-Nix-Läden	Plattform zum Hergeben und Mitnehmen von gebrauchsfähigen Gegenständen ohne finanziellen Einsatz	Nutzer/innen (die Gegenstände bringen oder mitnehmen), Trägerstruktur	v.a. Verein / bestehende Institutionen	lokal
Freie Software	Software zu produzieren, die quelloffen und frei benutz- und veränderbar ist	Programmierer/innen, Nutzer/innen, die Rückmeldungen geben	formaler Organisationsgrad gering, über virtuelle <i>Community</i>	virtuelle <i>Communitys</i>
Selbstorganisierte Wohnprojekte	Mitbestimmung bei der Entwicklung der zukünftigen Wohnumgebung	Soziale Gruppe, die gemeinsam bauen und wohnen will	Verein / Wohnheim / Genossenschaft	an einem konkreten Standort
<i>Food Coops</i>	Regionale Versorgung mit Lebensmitteln, Aufhebung der Trennung Angestellte/r – Konsument/in	Aktive Mitarbeit erforderlich, Kostenersparnis durch Weitergabe zum Selbstkostenpreis	v.a. Verein	lokal

Tabelle 1: Überblick über die Organisationsformen und Instrumente der Solidarischen Ökonomie

Quelle: eigene Darstellung

Die meisten dargestellten Instrumente haben einen lokalen Bezug und können somit auf eine Stadtteils- oder Quartiersebene bezogen sein. Da Solidarische Ökonomie unter anderem in Krisenregionen entsteht, können sich hier Überschneidungen zu Stadterneuerungsgebieten ergeben, da es sich hierbei zumeist auch um benachteiligte Stadtteile handelt. Mögliche Synergien zwischen Solidarischer Ökonomie und Stadterneuerung werden im Kapitel 5 dargestellt.

4 STADTERNEUERUNG

4.1 BEGRIFFSDEFINITION UND ABGRENZUNG „STADTERNEUERUNG“

Der Begriff Stadterneuerung wird zumeist im Gegensatz zur Stadterweiterung als eine der beiden Möglichkeiten zur Veränderung einer Stadt verwendet. Dabei meint Stadterneuerung Veränderungen innerhalb des bebauten Gebietes, Stadterweiterung den Neubau außerhalb des bisherigen Stadtgebietes.

Stadterneuerung und Stadterweiterung gibt es, seit es Städte gibt, da sich Städte laufend verändern. Im Mittelalter bezog sich Stadterneuerung weitgehend auf regulierende Maßnahmen wie z.B. die Festlegung von Standorten für Märkte, Kirchen oder Klöster. Später waren z.B. Vertreibung von Minderheiten wie Juden oder Slawen aber auch der Wunsch nach Veränderung sozialer Strukturen durch die Räumung von Slums oder die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Ursachen für Veränderungen. Dabei war Stadterneuerung viele Jahrhunderte lang geprägt von Abriss und Neubau. Erst seit der Zeit nach 1945 spielt auch die Frage der Sanierung und des Erhalts alter Bausubstanz eine zunehmende Rolle. (vgl. Stimmer 2007)

Stadterneuerung impliziert im allgemeinen Sprachgebrauch zumeist eine Verbesserung der Lebensqualität durch die Sanierung von Wohnhäusern. Stadterneuerung umfasst allerdings auch Veränderungen im öffentlichen Raum, Änderung der Verkehrsorganisation, Infrastrukturmaßnahmen und Schaffung neuer Grünflächen. Stadterneuerung stellt sich somit als eine Querschnittsaufgabe dar, die eine Vielzahl an Abteilungen der städtischen Verwaltung und weitere Akteur/innen betrifft. Die damit verbundenen Herausforderungen und Lösungsansätze für Wien werden in den Kapiteln 4.3.1 und 4.4.2 beschrieben. (vgl. Berger et.al. 1991:6)

Svoboda & Knoth (1985:7ff) stellen fest, dass die Vielfalt der Maßnahmen, Strategien und Philosophien, die mit dem Begriff der Stadterneuerung verbunden werden, sehr groß ist. Gemeinsam ist ihnen, dass sie „Reorganisation städtebaulicher und sozialer Strukturen“ (Svoboda & Knoth 1985:7) zum Ziel haben. Wie dieses erreicht werden soll, kann nur für den jeweiligen Teilbereich untersucht werden. Allerdings werden Stadterneuerungsprogramme einander vor allem in Europa immer ähnlicher und sind zunehmend von der Devise „weniger staatliche Regulierungen und mehr Einfluss dem Markt“ geprägt. (vgl. Förster 2005)

Viele Städte stehen zunehmend vor der Herausforderung, dass Arbeitsplätze in der Industrie und auch in Klein- und Mittelbetrieben zunehmend in Länder mit niedrigerem

Lohnniveau verlagert werden. Hier ist die Politik gefordert, nach Alternativen zu suchen. Zum Teil werden diese in innovativen bzw. hochtechnologisierten Produkten und Dienstleistungen gesucht. Eine weitere Möglichkeit ist das Fördern (schon vorhandener) lokaler Ökonomien. So versuchen einzelne Kommunen aus der Not mangelnder Arbeitsplätze eine Tugend zu machen und sich auf das Eigene zu besinnen, es zu fördern und wertzuschätzen. (vgl. Selle 2005:197ff)

In Österreich gab es für den ländlichen Raum ab 1979 eine Aktion des Bundeskanzleramts zur Förderung lokaler Ökonomie wo Genossenschaften, Vereinen und Gemeinschaften Förderungen erhielten. Diese waren Vorläufer der noch bestehenden Regionalmanagements.

4.1.1 AUFGABE UND ROLLENVERSTÄNDNIS VON PLANER/INNEN

Stadterneuerung ist eine Aufgabe, die traditionell von Raumplaner/innen und Architekt/innen wahrgenommen wird. War in den Anfängen der Stadterneuerung zunächst fachliche Kompetenz das Wichtigste, müssen Planer/innen heute eine Vielzahl von auch widersprüchlichen Rollen und Aufgaben erfüllen. Dazu zählen unter anderem fachliche Kompetenz, Moderation des Prozesses, hoheitliche Aufgaben (z.B. Flächenwidmungspläne), Umsetzen von (zumeist Infrastruktur-)Maßnahmen, die die Standortqualität beeinflussen, Marktteilnahme wie Grundstückskäufe, Vergabe von Förderungen Ziel ist dabei eine Abwägung der unterschiedlichen Interessen aller Betroffenen. (vgl. Selle 2005:52ff)

Kooperation in der Planung

Nach Selle (2005) kommt es zunehmend zu Kooperation zwischen staatlichen und privaten Akteur/innen. Dabei werden Aushandlungsprozesse in den intermediären Bereich ausgelagert. Dies ersetzt aber nicht die traditionelle Planung, sondern diese muss Grundlage für Kooperation sein (als Ausgangsbasis für staatliche Handlungen und Interventionen). Manche Akteur/innen entziehen sich auch der Kooperation. Der Staat als Träger der Planung hat nur im eigenen Hoheitsbereich Einfluss auf die Umsetzung der Planung (und auch das nicht immer). Deswegen sind Kooperationen mit Akteur/innen aus allen anderen Bereichen notwendig, wenn auch nicht immer einfach. (vgl. Selle 2005:52ff)

Damit ist aber nicht sichergestellt, dass die Planung bzw. Umsetzung „besser“ oder „richtiger“ wird als ohne Kooperation, vor allem wenn einzelne Akteur/innen großen Einfluss ausüben oder wichtige Gruppen nicht berücksichtigt werden. (vgl. Selle 2005:67)

An der Schnittstelle zwischen staatlicher Regulierung und Marktverhalten müssen Formen der Mitbestimmung, Selbstverwaltung und des Interessenausgleichs gefunden werden, die es den Akteur/innen ermöglichen, verantwortlich und solidarisch zu handeln. Dazu müssen nicht zwangsläufig neue Instrumente entwickelt werden sondern historische Beispiele können klug adaptiert werden wie z.B. gemeinnütziger Wohnbau. (vgl. Selle 2005:62f)

4.1.2 DAS WIENER MODELL DER SANFTEN STADTERNEUERUNG

„Die Reflexion der Mängel, der Qualitäten und der Potenziale der historischen, dicht verbauten Stadt und der Zielsetzungen einer sozial und ökologisch orientierten Verbesserung schufen die Grundlagen für das ‚Wiener Modell‘ der ‚sanften Stadterneuerung‘.“ (Pirhofer 2007:77) Aufgrund der geringeren wirtschaftlichen Dynamik und der Lage am Rande Europas setzten in Wien viele internationale Entwicklungen erst später ein. So konnte aus den Fehlern anderer Großstädte gelernt werden und das Modell der „sanften Stadterneuerung“ entstehen. Ausschlaggebend waren dafür vor allem erste Erfahrungen und die Kritik an den neu entstandenen Stadtrandsiedlungen, die zumeist monofunktional waren, eine kritische Betrachtung der zunehmenden Suburbanisierung und die Wahrnehmung von Strukturdefiziten in den dichtbebauten Stadtgebieten.

Kainrath (1979:106f) stellt in den Leitzielen der Stadterneuerung ein Phänomen fest, das auch heute noch Gültigkeit hat: Stadterneuerungsprozesse führen zumeist zu einer Intensivierung der Bodennutzung, also einer Verdichtung und einer Verdrängung zugunsten höherwertiger Funktionen. Das führt wiederum zu einer Verschlechterung der Umweltqualitäten. Kainrath fordert deswegen im dichtbebauten Stadtgebiet den Schutz und die Förderung von Flächen wie Naherholungsflächen aber auch größere Betriebsflächen und damit die Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Umweltbedingungen. Stadterneuerung wird dabei als Aufgabe beschrieben, „die nicht durch wenige Großprojekte, sondern nur durch eine Vielzahl von kleinen, in weiten Stadtgebieten fein gestreuten Maßnahmen gelöst werden kann.“ (Kainrath 1979:108) Stadterneuerung sollte unter anderem dazu dienen Naherholungsflächen zu schaffen, Wohnungsverbesserungen durch Wohnungszusammenlegungen zu realisieren, Höfe zu entkernen, Gewerbehöfe anzusiedeln, Verkehrsorganisation zu verändern, Fußgängerzonen zu schaffen. Coffey & Köppl (1983) fordern, dass die Flächenwidmung eine weitere Verdichtung verhindern soll und Abzonungen auf oder sogar unter den Bestand erfolgen soll. Sie stellen fest, dass Stadterneuerung in Zukunft vermehrt Bewohner/inneninteressen berücksichtigen muss. Dies soll durch Bevölkerungsbeteiligung und Sozialplanung erreicht werden. (vgl. Coffey & Köppl 1983, Kainrath et.al. 1980:166, Pirhofer 2007, Förster 2008)

Im Stadtentwicklungsplan 1984 steht: „Sanfte Stadterneuerung heißt, daß die Interessen der Bewohner der Erneuerungsgebiete im Vordergrund stehen, heißt damit, der Erhaltung und Verbesserung Vorrang vor dem Abbruch geben.“ (Magistrat der Stadt Wien 1984b:24) Die Lebensbedingungen der Bewohner/innen sollen in ihrer gewohnten Umgebung verbessert werden. Die Mitwirkung der Bewohner/innen wird erwartet. Dafür sollen sie auch umfassend informiert werden. Stadterneuerung wird als Aufgabe aller Betroffenen gesehen. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1984b:25)

Im STEP 94 wird das Wiener Modell der sanften Stadterneuerung folgendermaßen charakterisiert: „Sie besteht in einer erhaltenden und bewohnerorientierten Sanierung, die auf einer möglichst breiten Kooperation zwischen Hauseigentümern und Mietern beruht und eine Verdrängung der Bewohner ausschließt.“ (Magistrat der Stadt Wien 1994:111) Es sollen zeitgemäße Wohnformen für Innenstädte geschaffen, das Wohnumfeld verbessert und sowohl Wohn- als auch Arbeitsstätten erhalten und geschaffen werden. Ein Merkmal der sanften Stadterneuerung ist deswegen auch der Schutz der Bewohner/innen vor Absiedlung und Spekulation. „Sanfte Stadterneuerung bedeutet ein höheres Maß an MieterInnenberücksichtigung als dies das Mietrecht allgemein als ohnehin einzuhaltender Mindeststandard vorschreibt.“ (Kessler 2010:105) (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1994:111)

4.2 HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER STADTERNEUERUNG

4.2.1 STADTERNEUERUNG IN WIEN SEIT 1945

Auch wenn Stadterneuerung ein Prozess ist, den es so lange wie die Stadt selbst gibt, so wird Stadterneuerung in Wien erst seit Ende des 2. Weltkriegs auch als solche benannt. Die Zeit nach 1945 war vom Wiederaufbau der zerstörten Bausubstanz und der Beseitigung des akuten Wohnungsmangels geprägt. Saniert bzw. wiederaufgebaut wurden vorwiegend die kulturhistorisch wichtigen Bauten (z.B. Zentrum, Ringstraße). Die gründerzeitlichen Wohnbauten genossen vor allem aufgrund schlechter Wohnungsausstattung (kein Wasseranschluss in der Wohnung, kein WC in der Wohnung, kein Badezimmer) einen schlechten Ruf. Dennoch kam es in Wien zu wesentlich weniger Flächensanierungen (großflächiger Abbruch und Neubau) als in anderen europäischen Großstädten, da Wien aufgrund seiner geopolitischen Randlage und der stagnierenden Bevölkerungszahl in der Entwicklung einige Jahre hinter anderen Großstädten zurücklag und so aus Fehlern anderer Städte gelernt werden konnte. (vgl. Stimmer 2007)

In den 1950er-Jahren hieß auch in Wien Stadterneuerung normalerweise Abriss und Neubau. Großflächig geschah dies in Lichtental (9. Bezirk) und Alt-Erdberg (3. Bezirk). Ein erster Bereich, in dem bestehende Bausubstanz in einem Viertel erhalten und renoviert worden ist, war das Blutgassenviertel (1. Bezirk), für das bereits Pläne zur Flächensanierung vorlagen. 1956 wurden Ideen für Alternativen zu einem Totalabbruch gesammelt. Der Abbruch konnte verhindert werden, allerdings um den Preis der Schaffung von Luxuswohnungen und dem Vertreiben der bisherigen Bevölkerung. Dieses Prinzip wurde auch bei weiteren Sanierungen im ersten Bezirk angewandt, wenngleich der öffentliche Widerstand zunahm. (vgl. Dolanski 2009:26, Stadt Wien 2005:9)

In den 1970er-Jahren bildete sich eine alternative Szene, der auch zahlreiche Architekten angehörten die sich für den Erhalt alter Bauten wie z.B. dem Amerlinghaus (7. Bezirk) und dem heutigen WUK (9. Bezirk) einsetzten. In dieser Zeit war auch der akute Wohnungsmangel der Nachkriegsjahre beseitigt. Allerdings ließen die Qualität und Ausstattung vieler Wohnungen zu wünschen übrig: 1978 gab es 237.000 Substandardwohnungen (kein WC in der Wohnung). Dies entsprach 32,7% aller bewohnten Wohnungen in Wien. Nur 57% der bewohnten Wohnungen verfügten über ein Badezimmer. (vgl. Dolanski 2009:52-53)

1974 wurde das Stadterneuerungsgesetz als Bundesgesetz beschlossen. Dieses ermöglicht in verordneten Assanierungsgebieten Flächensanierung durchzuführen, d.h. großflächigen

Abbruch alter Bausubstanz und Neubau. Damit verbunden ist auch das Recht Flächen zu enteignen und Erneuerungsgemeinschaften zu bilden. In Wien wurde 1974 in Ottakring das erste Untersuchungsgebiet festgesetzt und eine erste „Gebietsbetreuung“ zur Durchführung der Untersuchungen und Information der Bevölkerung eingerichtet. Das Team der Gebietsbetreuung führte mit 200 Betroffenen Interviews. Dabei stellte sich heraus, dass eine Flächensanierung nicht erwünscht war und Alternativen gefragt waren. Auf Grundlage der Erhebungen wurden deswegen Thesen zur Stadterneuerung und ein erstes Sanierungskonzept formuliert. Nachdem dieses von der Bezirksvertretung beschlossen wurde, wurde das Untersuchungsgebiet zu einem Experimentierfeld für die Stadterneuerung. Maßnahmen, die heute selbstverständlich sind, wurden hier erstmalig – und teils mit Widerstand – umgesetzt: Die Wichtelgasse wurde zur ersten Wohnstraße, noch ohne entsprechende Rechtsgrundlage. In einer Baulücke entstand der Wichtelpark und auch die erste Feuermauer wurde bunt bemalt. (vgl. Seiss 2005, Sterk 2004)

Dies war der Grundstein für die Entwicklung des Modells der Sanften Stadterneuerung (siehe Kapitel 4.1.2). Methoden und Verfahren, die in diesem Projekt entwickelt wurden, dienten als Basis für allgemeine Vorgangsweisen in der Stadterneuerung. Dass es im Assanierungsgebiet in Ottakring nicht zu einer Flächensanierung kam, lag zum Großteil an den beteiligten Beamten, die das Konzept der Sanften Stadterneuerung auf Basis der Beobachtungen der Entwicklung in Berlin entwickelt hatten. Diese Vorgangsweise wurde politisch toleriert. (vgl. Sterk 2004, Kainrath 1988:135-137)

In den folgenden Jahren wurden weitere Untersuchungsgebiete nach dem Stadterneuerungsgesetz 1974 ausgewiesen und extern beauftragte Gebietsbetreuungen eingerichtet: Gumpendorf (6. Bezirk), Ulrichsberg (7. Bezirk), Storchengrund (15. Bezirk). Im nächsten Ausbauschnitt wurden größere Bearbeitungsgebiete ausgewählt: Himmelpfortgrund (9. Bezirk), Wilhelmsdorf (12. Bezirk), Währing (18. Bezirk). Hier wurde modellhaft Partizipation erprobt und in Kooperation Bebauungspläne erstellt. In diesen Gebieten wurden nicht nur konkrete Projekte umgesetzt sondern auch allgemeine Prinzipien für die Stadterneuerung in Wien entwickelt z.B. umfassende Hausverbesserung, Wohnstraßen, Schaffung neuer Grünanlagen, Umgang mit Bürgerinitiativen. (vgl. Berger 2005, Pirhofer 2007, Kainrath 1988)

Zwei weitere wegweisende Projekte waren der Spittelberg (7. Bezirk) und das Planquadrat (4. Bezirk).

Anfang der 1970er-Jahre lagen für den Spittelberg bereits konkrete Pläne für eine Flächensanierung vor. Anstelle der bestehenden Bebauung sollten 4 große Wohnscheiben errichtet werden. Der rathauseigene Bauträger hatte dafür schon einen Großteil der Häuser aufgekauft. In diesem Fall ging die Initiative zur Erhaltung und Renovierung von einer Gruppe junger Architekt/innen, Künstler/innen, engagierter Beamt/innen und Bürger/innen aus, die ein Gegenmodell zur Assanierung schufen. Im Fall Spittelberg brachte die Renovierung eine geänderte Bevölkerungsstruktur mit sich. Viele der Engagierten siedelten sich hier an und machten den Spittelberg zu einem Künstler/innenviertel. (vgl. Seiss 2005, Stadt Wien 2010:5)

Beim Planquadrat handelt es sich um einen Baublock im 4. Wiener Gemeindebezirk. Auch hier sollte Anfang der 1970er-Jahre ein Drittel der bestehenden Häuser abgebrochen werden und der Wohnungsneubau mit einer zusätzlichen Verdichtung im Blockinneren verbunden werden. Die Stadt Wien hatte schon einen Großteil der Häuser aufgekauft. ORF-Journalist/innen wollten anhand dieses Baublocks den dramatischen Verfall der historischen Bausubstanz thematisieren und dokumentieren. Eine Gruppe Architekt/innen hatte einen Bürger/innenbeteiligungsprozess gestartet um Alternativen zu Abriss und Verdichtung zu entwickeln und umzusetzen. Die eingesetzten Methoden waren: wöchentliche Mieter/innenversammlungen, Organisation von Ausstellungen und Festen, Vermittlung zwischen Eigentümer/innen, Bewohner/innen und Beamt/innen, politisches Lobbying. Erste Erfolge waren die Gründung des Gartenhofvereins und die Renovierung der ersten Häuser. Es kam zu einer teilweisen Hofentkernung und der Schaffung eines gemeinsamen grünen Innenhofs. Das Planquadrat kann als das Pilotprojekt für die seit 1989 bestehende Blocksanierung bezeichnet werden. (vgl. Seiss 2005)

1984 war ein bedeutendes Jahr für die Stadterneuerung in Wien. Das Wohnhaus-sanierungsgesetz (WSG) wurde beschlossen, das zu einer Umschichtung öffentlicher Mittel vom Neubau zur Wohnungsverbesserung (Einbau von Wasserleitungen, WCs, Badezimmern, Zentralheizungen, neuen Fenstern, Zusammenlegung von Kleinstwohnungen, u.ä.) führte. Mit der Sockelsanierung wurde ein Instrument geschaffen, das großflächige Stadterneuerung aufgrund eindeutiger Förderkriterien (z.B. Alter, Ausstattungskategorie) ermöglichte. Damit wurde die Förderwürdigkeit einer Sanierungsmaßnahme von der Lage des Objekts entkoppelt (vgl. Förster 2008:20). Als Ziele wurden v.a. soziale Kriterien formuliert: „Vorrang der Bestandsschonung und -erhaltung vor Abbruch und Neubau, Vermeidung von Verdrängung und sozialer Segregation, Einbeziehung der Bewohnerwünsche in das Sanierungskonzept, Bewahrung einer kleinteiligen Nutzungsmischung und eine Verbesserung der städtebaulichen Struktur und der

Umweltqualität im dicht bebauten Gebiet“ (Sterk 2004:17f). Außerdem wurde der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF, heute wohnfonds_wien) mit den beiden Hauptaufgaben Liegenschaftsmanagement für den geförderten Wohnbau und Vorbereitung und Durchführung von geförderten Stadterneuerungsmaßnahmen (Beratung, Koordination und Kontrolle der geförderten Wohnhaussanierung) gegründet. Auch vier neue Gebietsbetreuungen wurden eingerichtet: Karmeliterviertel – Im Werd (2. Bezirk), Margareten-Ost (5. Bezirk), Innerfavoriten (10. Bezirk) und Neulerchenfeld (16. Bezirk). 1986 wurde die Mobile Gebietsbetreuung eingerichtet. Diese steht allen Bewohner/innen zur Verfügung, die von Absiedlungsversuchen und Wohnhausspekulation betroffen sind. Die Gebietsbetreuungen Kalvarienbergviertel (17. Bezirk) und Augartenviertel (2. Bezirk) wurden 1988 beauftragt. (vgl. MA50 2000, Sterk 2004, Dolanski 2009, Kessler 2010:106)

Seit 1989 fällt die Zuständigkeit für die Wohnbauförderung in die Kompetenz der Bundesländer. Für Wien gilt seither das Wohnbauförderungs- und –sanierungsgesetz (WWFSG). Auch die Blocksanierung ist ein Instrument, das in diesem Rahmen geschaffen wurde und in die Zuständigkeit des WBSF fällt. Damit soll nicht nur die Wohnhaussanierung forciert sondern auch Wohnumfeldverbesserungen z.B. im öffentlichen und privaten Freiraum oder der Nahversorgung erreicht werden. Projektmanagement, Information und Beratung obliegen dabei einer/einem Blocksanierungsbeauftragten, der/die den Ausgleich der Interessenslagen zwischen Bewohner/innen, Eigentümer/innen, Investor/innen und Betrieben gewährleisten soll. Die Blocksanierung ermöglicht das Ausprobieren neuer Maßnahmen wie z.B. Errichtung von sozialer Infrastruktur, Kombination von geförderter Sanierung mit gefördertem Wohnbau, Einsatz von Solarenergie, Nutzungsmischung im Rahmen der Stadterneuerung. (vgl. Sterk 2004, Berger et al. 1991, Berger 2010:102)

In den Jahren 1991 bis 1994 wurden weitere Gebietsbetreuungen eingerichtet: Leopoldstadt (2. Bezirk), Erdberg (3. Bezirk), Simmering (11. Bezirk) und die Gebietsbetreuung Gumpendorf erhielt auch die Zuständigkeit für Teile des 7. Bezirks. (vgl. MA50 2000)

Die Gebietsbetreuungen (siehe Kapitel 4.4.2) übernehmen neben der Bewohner/innen-Beratung zunehmend Managementaufgaben wie Vernetzen lokaler Institutionen, Übernehmen koordinativer Aufgaben. Auch im internationalen Vergleich geht der Trend in Richtung Gebietsmanagement. So wurde 2002 ein Grätzelmanagement im 2. und 20. Bezirk als Pilotprojekt beauftragt, vermehrt als Vermittlerin zwischen den verschiedenen Interessen und als zentrale Anlaufstelle zu fungieren (mehr dazu im Kapitel 4.4.4). Weitere Pilotprojekte haben auch zunehmend mit sozioökonomischen Problemlagen wie zunehmender Leerstand von Erdgeschoßzonen, fehlender Branchenmix, Zunahme von Wettcafes und 1-Euro-Shops

zu tun: z.B. Gebietsmanagement Arnethgasse (17. Bezirk), Erneuerungsinitiative Brunnenviertel (16. Bezirk), Wolke 7 – Kaiserstraße (7. Bezirk), Viertel4 – Heumühlviertel (4. Bezirk), Lebendige Straßen. Diese werden im Kapitel 4.5 näher dargestellt. (vgl. Berger 2005, Berger 2010:103, Breiffuss et al. 2010:115)

4.3 ORGANISATION DER STADTERNEUERUNG

Bei Stadterneuerung handelt es sich um eine Querschnittsmaterie, die eine Vielzahl an kommunalen Dienststellen und Akteur/innen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung betrifft. Diese zu koordinieren stellt die zumeist sektoral und hierarchisch aufgebaute Stadtverwaltung vor große Herausforderungen. (vgl. Berger et.al. 1991:6)

4.3.1 ORGANISATION DER STADTERNEUERUNG IN WIEN

Die Verwaltung der Stadt Wien ist monokratisch organisiert, d.h. an der Spitze der Dienststellen stehen die Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter. Sie tragen die Gesamtverantwortung für die jeweilige Dienststelle und sind gegenüber allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weisungsberechtigt beziehungsweise weisungsverpflichtet. Die amtsführenden Stadträt/innen leiten die zugeordneten Geschäftsgruppen, wobei jede Geschäftsgruppe genau einer/einem Stadträtin/Stadtrat zugeordnet ist. In ihrer Geschäftsgruppe sind sie sowohl weisungsberechtigt als auch politisch verantwortlich. Jeder Geschäftsgruppe sind wiederum Magistratsdienststellen zugeordnet. Die Magistratsdirektion ist der Vorstand des Magistrats.⁶³

Diese Organisationsform führt dazu, dass Aufgabenbereiche wie Stadterneuerung, die inhaltlich in viele Ressorts hineinpassen würden, dennoch einem/einer Stadträt/in zugeordnet sind. Kooperationsprojekte mit anderen Stadträt/innen gestalten sich aufgrund dieser Struktur oftmals schwierig oder es kommt zu einer Aufteilung inhaltlich zusammenhängender Aufgabenstellungen (siehe konkrete Zuordnung der Aufgaben weiter unten). Auch innerhalb der Verwaltung ist die Problematik bekannt und so will das Magistrat seit den 1990er-Jahren ein modernes Dienstleistungsunternehmen werden. Dafür soll von den linearen Strukturen abgegangen werden und eine Querschnittsorientierung angestrebt werden. In der Praxis erweist sich dies immer noch als nicht erreichtes Ziel. (vgl. Breiffuss et al. 2004:81)

Das Thema „Stadterneuerung“ ist in der Geschäftsgruppe – Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung angesiedelt. Die zuständige Magistratsabteilung (MA) ist die MA 25 – Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser. Diese hat unter anderen folgende Aufgaben:

- Beurteilung von Bauaufträgen in Schutzzonen

⁶³ Vgl. <http://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/koerperschaft/gemeinde/magistrat-aufbau.html>
(Abfrage am 13.6.2011)

- Führung von Gebietsbetreuungen (siehe Kapitel 4.4.2)
- Antragstellung für Erfordernisse der Stadterneuerung
- diverse Belange der Wiener Wohnbauförderung

Zu dieser Geschäftsgruppe zählen auch die MA 37 (Baupolizei), MA 50 (Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten), MA 69 (Liegenchaftsmanagement). (vgl. Schmid 2009:22, 82-83)

Auch die Geschäftsgruppe – Stadtentwicklung und Verkehr hat in ihren Aufgabengebieten Belange festgelegt, die unter den Bereich der Stadterneuerung fallen können z.B. Regional- und Stadtentwicklungsplanung, Stadtplanung, Stadt- und Ortsbildpflege, städtebauliche und architektonische Gestaltung, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung. Die MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung), MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung), MA 21A (Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West) und MA 21B (Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost) haben auch mit dem Thema Stadterneuerung zu tun. (vgl. Schmid 2009:20)

Außerdem gibt es in der Magistratsdirektion einen Geschäftsbereich Bauten und Technik, die Stadtbaudirektion (MD-BD). Dort gibt es eine Gruppe Planung und eine Geschäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung welche die dienststellenübergreifende Erfüllung von Aufgaben gewährleisten soll. (vgl. Schmid 2009:34f)

Viele zentrale Aufgaben der Stadterneuerung sind nicht im Magistrat angesiedelt, sondern aus der Verwaltung ausgelagert. Dazu zählen die Gebietsbetreuungen und der wohnfonds_wien. Diese werden im folgenden Kapitel näher beschrieben.

4.4 METHODEN UND INSTRUMENTE DER STADTERNEUERUNG

Stadterneuerung ist ein Teilbereich der Raumplanung. Deswegen sind Methoden und Instrumente der Stadterneuerung zumeist deckungsgleich mit Instrumenten der Raumplanung. Selle (2005:310ff) unterscheidet dabei folgende Instrumente der Raumplanung:

- Regulative Instrumente (rechtliche Rahmenbedingungen wie Bau-, Naturschutzrecht und dergleichen)
- Kommunikation (Überzeugung der Beteiligten)
- Finanzielle Anreize (z.B. Förderungen)
- Marktteilnahme (z.B. Ankauf von Grundstücken)
- Öffentliche Investitionen zur Entwicklung von Standorten (z.B. Ausbau von Infrastruktur, Freiräume)
- Prozessmanagement (z.B. Ermöglichen von Meinungsbildung, Gestaltung von Kooperationen, Vernetzung)

Bei der Auswahl der in Folge näher dargestellten Methoden und Instrumente wurde auch in Hinblick auf den empirischen Teil der Schwerpunkt auf die in der Stadt Wien eingesetzten Methoden und Instrumente gelegt.

4.4.1 STADTENTWICKLUNGSPLAN FÜR WIEN

Entwicklungspläne und Entwicklungsprogramme geben politische und administrative Vorgaben für die mittel- bis langfristige Entwicklung der betroffenen Gebiete und sind Grundlage für nachgereichte (Fach-)Planungen. Die Verbindlichkeit von Entwicklungsplänen ist in den jeweiligen gesetzlichen Grundlagen geregelt. Sie bestehen aus Plandarstellungen und räumlichen Festlegungen sowie textlichen Erläuterungen und Konkretisierungen. (vgl. Hein 1998)

Da Wien zugleich Bundesland und Stadt ist, fallen hier örtliche und überörtliche Raumplanung zusammen. In Wien gib es seit 1984 Stadtentwicklungspläne (STEP), die auch den gesamten Ballungsraum Wien sowie die gesamte Centrope-Region einbeziehen. Die Centrope-Region umfasst Gebiete in Österreich (Wien, Niederösterreich, Burgenland), Tschechien (Südmähren), der Slowakei (Landschaftsverbände Bratislava und Trnava) und Ungarn (Komitate Győr-Moson-Sopron und Vas). Stadtentwicklungspläne erscheinen ungefähr im Abstand von 10 Jahren neu. Im Abstand von 5 Jahren finden Evaluation und Fortschreibung statt. Daneben gibt es zahlreiche Fachkonzepte, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Stadtteilplanungen und ähnliches, die als Grundlage für die

Weiterentwicklung der Stadtentwicklungspläne dienen. Auch Stadterneuerung wird in den Stadtentwicklungsplänen thematisiert. Allerdings handelt es sich (anders als z.B. der Flächenwidmungsplan) bei den Stadtentwicklungsplänen für Wien um ein informelles Instrument, das keinen Rechtsanspruch begründet, sondern nur selbstbindende Wirkung für Politik und Verwaltung hat.⁶⁴

Im Folgenden wird dargestellt, wie das Themenfeld Stadterneuerung in den bisher erschienen Stadtentwicklungsplänen verankert ist:

Stadtentwicklungsplan 1984

Mit dem Stadtentwicklungsplan 1984 kommt es zu einem Paradigmenwechsel in der Stadtplanung: der Stadterneuerung wird gegenüber der Stadterweiterung der Vorrang gegeben. Als ein Grund wird dabei die verschlechterte Einnahmensituation der Stadt aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums seit dem Ende der 1970er-Jahre genannt. Es wurde angenommen, dass dadurch der finanzielle Spielraum enger wird. Das würde für eine Priorität der Stadterneuerung sprechen. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1984a, Magistrat der Stadt Wien 1984b, Pirhofer 2007)

Im Stadtentwicklungsplan 1984 werden Grundsätze für die Wiener Stadtentwicklungspolitik formuliert. Neben Verbesserung der Lebensqualität werden unter anderem soziale Gerechtigkeit und Solidarität, Mitwirkung und Selbstbestimmung genannt. Die gründerzeitliche Stadt soll in ihrem Aussehen großflächig erhalten werden und sich auf diesem historischen Hintergrund weiterentwickeln. Stadterneuerung wird dabei als umfassende Qualitätsverbesserung definiert. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1984a, Pirhofer 2007)

Im Räumlichen Entwicklungskonzept ist unter dem Stichwort „Räumliche Verteilung der künftigen Siedlungsschwerpunkte“ (Magistrat der Stadt Wien 1984b:39) die Aussage zu finden, „das Schwergewicht der Stadtentwicklung soll in Zukunft in der Stadterneuerung liegen“ (Magistrat der Stadt Wien 1984b:39). Allein dadurch kann der zusätzliche Flächenbedarf nicht gedeckt werden, eine umweltverbessernde Stadterneuerung ist mit mäßiger Stadterweiterung zu kombinieren. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1984b)

Zum Stichwort Stadterneuerungsschwerpunkte wurde festgehalten: „Stadterneuerung soll die Lebensverhältnisse innerhalb des dichtbebauten Stadtgebietes verbessern.“ (Magistrat

⁶⁴ Vgl. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step> (Abfrage am 10.10.2010, 11.6.2011)

der Stadt Wien 1984b:28) Aufgrund der vielfältigen und z.T. von Baublock zu Baublock verschiedenen Problemlagen wird eine differenzierte Vorgangsweise für notwendig erachtet. Als Schwerpunkte werden definiert:

- Zu dichte Bebauung auflockern/verhindern
- Wohnstruktur verbessern (z.B. sanitäre Ausstattung, Wohnungsgröße)
- Mangelhafte Wohnumweltbedingungen (z.B. Grünflächen, Lärmbelästigung, Belichtungsmängel, Verkehrsbelastung, Stellplatzmangel)
- Gefährdung der Kleinbetriebe
- Gefährdung der kulturhistorisch wertvollen Bausubstanz

Zwischen der Forderung nach Hofentkernung und dem Erhalt der Nutzungsmischung (Wohnen, Arbeiten, Gemeinschaftseinrichtungen) wird ein Spannungsfeld geortet, das zugunsten des Erhalts der Kleinbetriebe gelöst werden soll. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1984b)

Stadtentwicklungsplan 1994 (STEP 94)

Zehn Jahre später haben sich die Rahmenbedingungen in Wien massiv geändert: War Wien 1984 eine schrumpfende Großstadt am Rande des Eisernen Vorhangs, so ist Wien 1994 nach der Ostöffnung ein wachsende Stadt in der Mitte Europas. Dies schlägt sich auch im Stadtentwicklungsplan 1994 (STEP 94) nieder.

Auch wenn die Formulierung nicht mehr so deutlich wie im Stadtentwicklungsplan 1984 sind, ist noch immer festgehalten, dass Stadterneuerung ein zentraler Schwerpunkt der Stadtentwicklung sein muss und eine anhaltende Stadterneuerung erforderlich ist. Dabei wird die kleinteilige Parzellenstruktur als Basis für eine urbane Vitalität und Nutzungsmischung sowie einer Stadt der kurzen Wege genannt. Gefordert wird die Stadt „als attraktiver Lebensraum durch Verbesserung der städtebaulichen Struktur (Wohnen, Hofentkernung, Grün, Straßen/Plätze/öffentlicher Raum)“ (Magistrat der Stadt Wien 1994:183). Dabei wird Flächensanierung abgelehnt, der Charakter der Stadtteile soll erhalten bleiben. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1994:183)

Verfallserscheinungen in den dichtbebauten Gründerzeitvierteln werden mit dem vermehrten Zuzug von Ausländer/innen in Zusammenhang gebracht:

- „Die in den letzten Jahren eingetretene vor allem durch Ausländerzuwanderung charakterisierte Bevölkerungsentwicklung [...] darf die Bemühung der Stadterneuerung zur Vermeidung von Verfallstendenzen in Gebieten mit eher niedriger Wohnqualität nicht in Gefahr bringen.“ (Magistrat der Stadt Wien 1994:103)

- „Für diese Gebiete besteht die Gefahr beginnender Verfallserscheinungen, Slumbildung und zunehmender sozialer Spannungen, wenn es nicht gelingt, durch entsprechende Stadterneuerungsmaßnahmen die wirksam werdende Entwicklungsspirale ‚steigender Ausländeranteil – Verfallserscheinungen – Investitionsstopp‘ zu bremsen oder zu durchbrechen.“ (Magistrat der Stadt Wien 1994:110)

Explizit werden die Weiterführung der Sanften Stadterneuerung und die Arbeit der Gebietsbetreuungen als erfolgreiche Strategie festgeschrieben. Damit einher geht auch das Verständnis, dass Stadterneuerung mehr ist als Wohnungsverbesserung. Die Verbesserung der städtebaulichen Struktur bzw. der Wohnumgebung (z.B. Grünflächen, öffentlicher Raum, Plätze, Nutzungsmischung) treten in den Vordergrund. Den Gebietsbetreuungen fällt zunehmend die Aufgabe der stadtteilbezogenen Gemeinwesenarbeit zu: breite Kooperation der in die Stadterneuerungsprozesse involvierten Gruppen und Akteur/innen, Vermittlung zwischen divergierenden Nutzungsinteressen und dergleichen. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1994)

Stadtentwicklungsplan 2005 (STEP 05)

Im STEP 05 steht „die Entwicklung und Festigung Wiens als Metropole im südlichen Zentraleuropa im Vordergrund“ (Stadtentwicklung Wien 2005:16). Für den Bereich der Stadterneuerung wird gefordert, dass Stadterneuerung, Stadterweiterung und innere Stadtentwicklung parallel betrieben werden sollen. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005:106)

Zum Thema „Sanfte Stadterneuerung“ ist festgehalten, dass die grundsätzliche Strategie beibehalten werden soll. Es wird eine zunehmende Standortkonkurrenz in innerstädtischen Bereichen festgestellt und wie schon im STEP 94 wird auch im STEP 05 daraus die Befürchtung „des Abwanderns der aktiveren und ökonomisch stärkeren Bevölkerungsschichten“ (Stadtentwicklung Wien 2005:108) abgeleitet. Diesem soll mit einer „Zuwanderung aktiver und jüngerer Bevölkerungsgruppen“ (Stadtentwicklung Wien 2005:108) entgegengewirkt werden, denen Wohnen im Gründerzeitviertel schmackhaft gemacht werden soll. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005:108)

Als Potenziale der gründerzeitlich geprägten Stadterneuerungsgebiete werden die große Nutzungseignung der Bebauung und das Gestaltungspotenzial in den Dachgeschoßbereichen genannt. Demgegenüber stehen folgende Schwächen:

- hohe Dichten und geringer Grünflächenanteil

- Mangel an PKW-Stellplätzen, der Verbesserungen im öffentlichen Raum oft schwierig macht

(vgl. Stadtentwicklung Wien 2005:110)

Vorgesehene Maßnahmen:

- „Entwicklungsimpulse durch die Ansiedlung moderner Einrichtungen und Attraktivitätsverbesserungen im Bestand“ (Stadtentwicklung Wien 2005:108)
- „Ermöglichung und forcierte Förderung von nutzungsflexiblen Erdgeschoßzonen im Falle von Gebäudesanierungen und Neubauten (z.B. für Geschäftsnutzung, Ateliers, Begegnungs- und Kontakträume, Vereinslokale ...).“ (Stadtentwicklung Wien 2005:111)
- „Auch im Falle von Sanierung/Dachgeschoßausbau sollte der Attraktivierung der Erdgeschoßzonen gegenüber zusätzlichen Pkw-Stellplätzen (Kleingaragen) bzw. sonstigen Abstellräumen der Vorzug gegeben werden.“ (Stadtentwicklung Wien 2005:111)
- Die Stadt Wien bekennt sich dazu, ihr Engagement in den Gründerzeitvierteln sowohl durch qualitative Festlegungen wie Anforderungsprofile für Neu- und Umbauten als auch durch Sanierungs- und Neubaumaßnahmen zu verstärken. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005:111-112)

Dem Thema Wirtschaft und Arbeit ist ein ganzes Kapitel im STEP 05 gewidmet. Dabei ist die Wirtschaft in den Stadterneuerungsgebieten nur ein Randthema, auch wenn Klein- und Mittelbetriebe, die sich auch in Stadterneuerungsgebieten finden, einen überwiegenden Anteil an den Arbeitsstätten in Wien ausmachen. Im Jahr 2001 hatten 73% der Arbeitsstätten in Wien weniger als 5 Mitarbeiter/innen und 93% weniger als 20 Mitarbeiter/innen. Das entsprach 35% aller Arbeitsplätze in Wien. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005:122) In den gründerzeitlichen geprägten Viertel wird eine umfassende Funktionsschwächung der Wirtschaft geortet. Diese beruhe auf sinkender Bevölkerungszahl und dem Rückzug von Gewerbe und Industrie. Chancen dieser Stadtteile werden in weichen Standortfaktoren wie Urbanität oder Image und innovativen Milieus geortet, die „durch sinnstiftende, gemeinwesenorientierte Arbeitsformen unterstützt werden“ (Stadtentwicklung Wien 2005:128) sollen. Potenziale werden unter anderem im Bereich der Einkaufsstraßen geortet. Im räumlichen Wirtschaftsleitbild ist die „Sicherung von Standorträumen für KMUs im dicht bebauten Stadtgebiet“ (Stadtentwicklung Wien 2005:141) festgeschrieben. Vor allem in den Bereichen Wirtschafts- und Rechtsdienste, Gesundheitscluster und Creative Industries werden wenige Konflikte mit Wohnnutzung festgestellt. Zum Thema Versorgungsqualität in Stadterneuerungsgebieten hält der STEP 05 fest: „Die Erhaltung der kleinräumigen

Mindestversorgungsqualität an Gütern und Dienstleistungen, Service etc. darf sich nicht nur an marktwirtschaftlichen Kalkülen orientieren, sondern folgt der Vorstellung der möglichst ‚kompletten Ausstattung‘ kleinerer Stadteinheiten.“ (Stadtentwicklung Wien 2005:141) Erreicht werden soll dies mit den bisherigen Förderungen für KMUs und dem Einbeziehen eines Raumbezugs bei Förderungen. Fraglich erscheint, ob diese Maßnahmen dafür ausreichen. Auch bestehende Betriebsgebiete sollen erhalten und gesichert werden sowie vermehrt gemischtes Baugebiet ausgewiesen werden. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005:119-144)

4.4.2 WIENER GEBIETSBETREUUNG STADTERNEUERUNG

Gebietsbetreuungen entstanden in den 1970er-Jahren im Zuge der Entwicklung der „Sanften Stadterneuerung“. Für viele Projekte der Stadterneuerung ist ein Mitwirken und vor allem Zusammenarbeiten mehrerer Magistratsdienststellen notwendig. Gebietsbetreuungen haben keine Entscheidungsbefugnisse, sondern sie agieren als intermediäre Organisation und haben informellen Charakter. Weil sie keinen Rechtsstatus in der Verwaltung haben, hängt ihr Erfolg und Einfluss von den persönlichen Kontakten der Gebietsbetreuer/innen ab. (vgl. Berger et.al. 1991:71, Breitfuss et al. 2004:97-98)

Die erste Gebietsbetreuung wurde 1974 in Ottakring zur Umsetzung der Flächensanierung eingerichtet (siehe Kapitel 4.1.2) und sollte als Vermittlerin zwischen Bevölkerung und Politik dienen (vgl. Förster 2008:20). Von 1974 bis 1983 wurden weitere Gebietsbetreuungen eingerichtet. Zuerst in kleineren Gebieten (Wilhelmsdorf, Storchengrund, Ulrichsberg), später auch großflächiger (Gumpendorf, Ottakring, Währing, Elterleinplatz, Himmelpfortgrund). 1984 wurden die Gebietsbetreuungen Karmeliterviertel – Im Werd, Neulerchenfeld, Margareten Ost und Innerfavoriten eingerichtet. (vgl. Pirhofer 2007)

Im STEP 1994 sind die Aufgaben der Gebietsbetreuungen folgendermaßen beschrieben: „Zur Verwirklichung der sanften Stadterneuerung tragen in besonderem Maße die Gebietsbetreuungen bei.“ (Magistrat der Stadt Wien 1994:111) Gebietsbetreuungen sollen die Kooperation verschiedener Gruppen, die in Erneuerungsprozesse involviert sind fördern, ein koordiniertes Vorgehen ermöglichen, unterschiedliche Interessen ausgleichen und stadtteilbezogene Gemeinwesenarbeit leisten. Sie sollen dabei helfen, die Probleme die bei Sanierungsprozessen auftreten zu lösen und Erneuerungskonzepte zu entwickeln, die an die jeweiligen Grätzler angepasst sind, da Sanierungsprozesse vielfältige Auswirkungen auf die Bewohner/innen haben. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1994:111-112)

Seit dem Jahr 2007 gibt es differenziert nach den unterschiedlichen Aufgabenstellungen drei verschiedene Gebietsbetreuungen:

- die Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*)
- die Gebietsbetreuung Städtische Wohnhausanlagen (diese wird seit 2010 unter dem Namen Wohnpartner geführt und ist organisatorisch in das Wohnservice Wien integriert)
- die mobile Gebietsbetreuung (GB*mobil) als Ansprechpartner/in für alle, die außerhalb der Stadterneuerungsgebiete wohnen

(vgl. Stadt Wien 2009)

GB* gibt es derzeit in Stadterneuerungsgebieten die nach folgenden Kriterien räumlich definierten wurden:

„Quantitative Kriterien

- Gebietsgrößen und Einwohnerzahl

Qualitative Kriterien

- Baulich, sozialer Erneuerungsbedarf (erneuerungsdringliche Gebiete im Verhältnis zu den Gebietsgrößen)
- Wirtschaftlicher Erneuerungsbedarf (Geschäftsstraßen und Märkte)
- Freiflächenversorgung (pro EinwohnerIn im Gebiet)

Sonstige Einflussfaktoren

- ‚STEP 05‘ Zielgebiet
- Innerstädtische Wohnbaupotenziale“

(Stadt Wien 2008:10)

Die GB* arbeiten im Auftrag der Stadt Wien und werden von unterschiedlichen Auftragnehmer/innen geführt. Die Teams setzen sich zumeist multidisziplinär zusammen: z.B. Architekt/innen, Raumplaner/innen, Landschaftsplaner/innen, Jurist/innen, Sozialarbeiter/innen, Mediator/innen, Wohnrechtsexpert/innen. (vgl. Stadt Wien 2008)

Durch die Vorortpräsenz sind die GB* nicht nur für die Bevölkerung eine bezirks- oder grätzelbezogene Anlaufstelle für Fragen der Stadterneuerung. Es ergeben sich auch regional unterschiedliche Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte. Generell gibt es folgende Schwerpunkte:

- Allgemeine und fallbezogene Auskunft und Beratung für Bewohner/innen, Hauseigentümer/innen und andere
- Bauliche Erneuerung: Erhebung erneuerungsbedürftiger Gebäude und Initiierung von Sanierungen bzw. Neubauprojekten

- Öffentlicher Raum: Analyse, Ausarbeitung von Konzepten
- Vernetzungstätigkeit: Die GB* tritt als Kommunikationsdrehscheibe auf und vernetzt die Institutionen im Bezirk
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen wie Ausstellungen, Grätzelführungen, Fachvorträge, Informationsveranstaltungen

(vgl. Stadt Wien 2008:12ff)

4.4.3 WOHNFONDS_WIEN – FONDS FÜR WOHNBAU UND STADTERNEUERUNG

Den wohnfonds_wien (früher Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds) gibt es seit einem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1984. Er ist mit 30 Millionen Euro aus dem Vermögen der Stadt Wien dotiert und hat zwei Hauptaufgaben:

- „Liegenschaftsmanagement, Projektentwicklung und Qualitätssicherung für den sozialen Wohnbau
- Vorbereitung und Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen, insbesondere Beratung, Koordination und Kontrolle der geförderten Wohnhaussanierung sowie Entwicklung von Blocksanierungen“⁶⁵

Folgende Arten der Wohnhaussanierung werden vom wohnfonds_wien gefördert:

- Totalsanierung (auch Abbruch und Neubau, neue Bewohner/innen)
- Sockelsanierung (Bewohner/innen können großteils im Haus verbleiben)
- Einzelverbesserungsmaßnahmen z.B. Aufzugseinbau, Schallschutzfenster
- Erhaltungsmaßnahmen
- Blocksanierung (liegenschaftsübergreifendes Gesamtkonzept) siehe Kapitel 4.4.5

In den 1980er-Jahren überstiegen die Förderansuchen die vorhandenen Mittel, was zu langen Wartezeiten führte. Auch fehlte für die gewünschte Auflockerung und die dafür notwendigen großflächige Flächenkäufe im dicht bebauten Stadtgebiet das Geld. Stattdessen wurden Flächen an der Peripherie erworben. Der wohnfonds_wien gibt an, dass bisher Grundstücke für insgesamt 51.400 geförderte Neubauwohnungen bereitgestellt wurden. Außerdem wurden 40 Bauträgerwettbewerbe für 15.800 Wohneinheiten durchgeführt. Im Bereich der Sanierungsförderung sind Baumaßnahmen bei 5.800 Häusern abgeschlossen.⁶⁶ (vgl. Dolanski 2009)

⁶⁵ <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 6.1.2012)

⁶⁶ Vgl. <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 6.1.2012)

4.4.4 STADTTEILMANAGEMENT / GRÄTZELMANAGEMENT

Die Aufgaben der Stadterneuerung beschränken sich nicht mehr auf die Aufwertung von Wohnungen sondern werden zunehmend differenzierter: die Gestaltung des öffentlichen Raums, Verkehrsorganisation, kleinstrukturierte Nahversorgung, Freizeitangebote vor allem für Kinder und Jugendliche, Zusammenleben von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung. „Neben der klassischen Managementaufgabe 'strategische Orientierung an Entwicklungszielen', also strategische Stadtteilentwicklungsplanung, wird im Rahmen von Stadtteilmanagement verstärkt am Aufbau horizontaler (im Gebiet selbst) und vertikaler Kooperationsbeziehungen (zwischen der Stadtverwaltung und der lokalen Ebene) gearbeitet.“ (Breitfuss et al. 2010:115) Dieser integrierte Handlungsansatz beinhaltet nach Breitfuss et.al. (2004:86) darüber hinaus auch noch Kooperation zwischen staatlichem, lokalem und privatem Sektor, eine nachhaltige Regionalentwicklung, Setzen von Schwerpunkten basierend auf vorhandenen Ressourcen und heranzuführen der Stadtteile an den Durchschnitt. Dadurch soll die Entwicklung von Stadtteilen unterstützt werden um die Situation der Bewohner/innen zu verbessern. (vgl. Seiss 2005, Breitfuss et.al. 2004:86, Breitfuss et al. 2010:115)

Für Dangschat & Breitfuss (2002) soll Grätzelmanagement die klassischen Aufgaben der Sanften Stadterneuerung mit Arbeitsmarktpolitik, Bewohner/innen-Beteiligung, Verwaltungsmodernisierung und der Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen verknüpfen, um das betroffene Grätzeln zu stabilisieren. Dies soll mit den Menschen vor Ort gemeinsam entwickelt werden, was wiederum zu einer „Entwicklung der vorhandenen (Human-)Ressourcen als ‚endogenes Potenzial‘“ (Dangschat 2001:4) beitragen soll. Zusammenarbeit soll dabei auf unterschiedlichen Ebenen gefördert werden: im betroffenen Grätzeln, zwischen unterschiedlichen Verwaltungsebenen, zwischen verschiedenen Fachressorts und zwischen Bürger/innen und der Verwaltung. Aufgabe des Grätzelmanagements sind dabei Information, Koordination und Vermittlung auf lokaler Ebene. (vgl. Dangschat 2001, Dangschat & Breitfuss 2002)

Begonnen wurde Stadtteilmanagement im Rahmen der Arbeit der Gebietsbetreuung mit dem Pilotprojekt Grätzelmanagement im 2. und 20. Bezirk, das organisatorisch bei den Gebietsbetreuungen angesiedelt wurde. Dieses fand im Rahmen von der Zielgebiet-2-Förderung der EU statt. Als Projektträger trat der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in Kooperation mit der MA 25 und dem Wissenschaftszentrum Wien auf. Es gelang aber nicht, weitere Projektpartner/innen wie die Wirtschaftskammer Wien, den Wiener Integrationsfonds oder den Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds einzubinden.

Ein großer Schwerpunkt im Stadtteilmanagement ist die Einbeziehung der Menschen vor Ort: Unterstützung und Initiierung von Projekten und Ideen, die aus der Bevölkerung, von den Geschäftsleuten, von lokalen Vereinen und Institutionen kommen. Die konkrete Umsetzung hängt dabei entscheidend von räumlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen im jeweiligen Gebiet ab. Als besonders sinnvoll hat sich dabei die Etablierung des Grätzelzentrums erwiesen: ein eigener Raum für Begegnungen und Veranstaltungen. Als schwierig erweist sich die fehlende institutionelle Koordinierung der betroffenen Institutionen, die es bräuchte um innovative Projekte innerhalb der Verwaltung umzusetzen. Auch die Kommunikation mit der Bevölkerung und vor allem die Einbeziehung in wesentliche Entscheidungen ist noch nicht ausreichend. Hinderlich sind zudem auch die unterschiedlichen Interessen von Bezirk und Verwaltung. (vgl. Breiffuss et al. 2004:99, Breiffuss et al. 2010:115)

Stadtteilmanagementansätze finden sich in etlichen Projekten der Gebietsbetreuungen Stadterneuerung z.B. „Mehrwert Sanierungsinitiative“ (siehe Kapitel 4.5.5). Seit 2007 sind die Gebietsbetreuungen im 3. und im 11. Bezirk zusätzlich mit der Durchführung von Stadtteilmanagement beauftragt. Stadtteilmanagement findet damit vor allem in Stadterneuerungsgebieten statt, die sich in unmittelbarer Umgebung von großen innerstädtischen Neubaugebieten z.B. Hauptbahnhof, Aspanggründe, Gasometervorfeld befinden. Mit dem Stadtteilmanagement ist auch das Ziel verbunden, ein Zusammenwachsen zwischen alten und neuen Vierteln zu unterstützen. (vgl. Breiffuss et al. 2010:115)

Beispiele für Projekte, die im Rahmen des Stadtteilmanagements umgesetzt wurden:

- **Grätzelzentrum:** Am Max-Winter-Platz im 2. Bezirk gibt es seit 2009 ein Grätzelzentrum, in dem sich das Stadtteilbüro der Gebietsbetreuung Stadterneuerung und ein Mehrzwecksaal befinden. Der Mehrzwecksaal kann für Veranstaltungen die dem Zusammenleben im Grätzel förderlich sind verwendet werden z.B. Informationsabende, Vorträge, Treffen aktiver Bürger/innen, Ausstellungen, Seminare, Workshops. Mit dieser breiten Palette können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aus dem Stadtteil angesprochen werden, aktive Bewohner/innen werden unterstützt und die Bildung einer lokalen Community gefördert. (vgl. Breiffuss et al. 2010:116f)
- **Runde Tische der Institutionen:** Runde Tische dienen als Kommunikations-, Informations- und Ideenplattform und ermöglichen die themenspezifische Vernetzung von Institutionen und Expert/innen aus Verwaltung und Bezirk. Analysen werden gemeinsam diskutiert und gemeinsam Projekte entwickelt und umgesetzt. Dies

ermöglicht allen beteiligten Institutionen ihre Ressourcen sinnvoll einzusetzen und Synergieeffekte zu nutzen. (vgl. Breiffuss et al. 2010:119)

- **Nachbarschaftsgärtchen:** Vor dem Grätzelzentrum am Max-Winter-Platz im 2. Bezirk entstanden auf Initiative einer Bewohnerin 16 Hochbeete, die von Hobbygärtner/innen aus dem Grätzel eine Saison lang bepflanzt werden können. Die Vergabe erfolgt per Los. (vgl. Breiffuss et al. 2010:116)

4.4.5 BLOCKSANIERUNG

Blocksanierung wird im WWFSG⁶⁷ „als eine im Rahmen eines Sanierungskonzeptes erfolgende liegenschaftsübergreifende gemeinsame Sanierung von mehreren Gebäuden oder Wohnhausanlagen in Verbindung mit Maßnahmen zur städtebaulichen Strukturverbesserung“⁶⁸ definiert. Dieses Instrument gibt es seit 1987. Damit sollen laut Eigendefinition folgende Ziele erreicht werden:

- Wohnhaussanierung
- Verbesserung der Belichtungs- und Belüftungsverhältnisse
- Dachgeschoßausbau, Aufstockungen
- Nachverdichtung
- Verbesserungen im Wohnumfeld
- Nutzungsmischung fördern
- Infrastruktureinrichtungen (technisch und sozial) schaffen⁶⁹

Bei einer Blocksanierung wird zumeist vom wohnfonds_wien in Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteur/innen ein Baublock (rund zehn Liegenschaften) ausgewählt, der sich durch schlechten Gebäudezustand und hohe Bebauungsdichte auszeichnet. Bei der Auswahl spielen unter anderem die Lage des Gebiets und die vorhandene Infrastruktur eine Rolle. Mit der Durchführung der Blocksanierung wird der/die sogenannte Blocksanierungsbeauftragte/r betraut. Die erste Aufgabe besteht in einer städtebaulichen Analyse, in der die Chancen und Potenziale des Gebiets erhoben werden. Diese bildet die Basis für die Abschätzung von Realisierungswahrscheinlichkeiten durch den wohnfonds_wien als Grundlage für Konzept und Durchführung der Blocksanierung. Im Blocksanierungskonzept werden zulässige Nutzungen genauso festgelegt wie maximal verträgliche Gebäudehöhen. Ziel ist neben der Sanierung von Wohnhäusern die Durchführung liegenschaftsübergreifender Verbesserungen z.B. Hofentkernungen, Hofzusammenlegungen. Dies scheitert allerdings in vielen Fällen an

⁶⁷ Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz

⁶⁸ <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 10.8.2011)

⁶⁹ Vgl. <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 10.8.2011)

den Hauseigentümer/innen. Auch die Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen im Rahmen von Blocksanierungen war bisher nur selten umsetzbar, da der Nutzungsdruck privater Eigentümer/innen überwog. (vgl. wohnfonds_wien 2007, Dolanski 2009)

Im Rahmen des Pilotprojekts Mehrwert Sanierungsinitiative (siehe Kapitel 4.5.5) wurde der Versuch unternommen, die Zusammenarbeit zwischen Gebietsbetreuungen - die über viel lokales Wissen verfügen - und den Blocksanierungsbeauftragten zu intensivieren.

4.4.6 PROGRAMM „SOZIALE STADT“

Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein Beispiel für ein Instrument, das in Deutschland infolge des Strukturwandels entwickelt wurde. Die Schließung von Zechen und Industrieanlagen und der damit einhergehende Verlust von tausenden Arbeitsplätzen führte dazu, dass sich auch die Politik mit den geänderten Rahmenbedingungen auseinandersetzen musste. Deswegen wurde in Nordrhein-Westfalen 1993 unter dem Titel „Integriertes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ein Programm ins Leben gerufen, das eine Antwort auf die negativen Entwicklungen sein sollte. Dabei sollte ein interdisziplinäres Herangehen Kompetenzen bündeln, die Qualitäten von Stadtteilen entdeckt und genutzt und Impulse gesetzt werden, die zukünftig eine eigenständige Weiterentwicklung ermöglichen. 1999 wurde das Programm unter dem Namen „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet. 2009 waren 571 Gebiete in 355 Gemeinden daran beteiligt.⁷⁰ (vgl. Selle 2005:351ff)

Ein Schwerpunkt des Programms liegt dabei auch auf der Förderung der lokalen Ökonomie. Darunter werden alle Unternehmen und Einrichtungen im Quartier verstanden, die Einkommen und Gewinn bringen (siehe Kapitel 3.1.1). Dabei geht es nicht darum, die großen Probleme zu lösen, sondern den Menschen neue Perspektiven zu geben. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ werden dabei vor allem folgende Ansätze verfolgt:

- Förderung lokaler Ökonomien kann die Lebensqualität im Stadtteil verbessern und führt damit zu einer Aufwertung des Stadtteils, was sich wiederum positiv auf die Standortqualität auswirkt.
- Aufsuchende Wirtschaftsförderung: Quartiersmanager/innen unterstützen die Klein- und Kleinstbetriebe durch z.B. Beratung, Vernetzung, Vermittlung von Arbeitskräften.

⁷⁰ Vgl. <http://www.sozialestadt.de/programm/> (Abfrage am 18.2.2011)

- Beschäftigungspolitische Brücken in die Gesamtstadt zu schlagen: Gibt es im Stadtteil nicht genug Arbeitsplätze so kann eine Kontaktaufnahme mit Betrieben im Umfeld helfen, konkrete Ansatzpunkte für gezielte Qualifizierungsmaßnahmen zu haben.

(vgl. Löhr 2004)

Für Rosol (2006) ist das problematische an diesem Ansatz, dass zwar lokale Verbesserungen erzielt werden können, es aber zu keinem gesamtgesellschaftlichen oder gesamtstädtischen Ausgleich kommt. Außerdem sieht sie die Gefahr, dass Marginalisierte noch weiter verdrängt werden könnten und Minderheitenschutz in den meisten Formen der Bürger/innen-Beteiligung vernachlässigt wird. Auch werden Lösungen für Probleme auf lokaler Ebene gesucht, wo der lokale Handlungsspielraum begrenzt ist, weil deren Ursache gesamtgesellschaftliche Entwicklungen sind.

4.5 PILOTPROJEKTE DER STADTERNEUERUNG IN WIEN

In Wien gibt es gerade im Bereich der Stadterneuerung eine Vielzahl an Pilotprojekten und Initiativen. Manche dieser Pilotprojekte halten Einzug in das Instrumentenregister der Stadt Wien. Die meisten bleiben allerdings zeitlich begrenzte Pilotprojekte. Problematisch daran erscheint die Tatsache, dass viele dieser Projekte auf maximal drei Jahre angesetzt sind. Dies ist in vielen Fällen zu kurz um substantielle Veränderungen herbeizuführen.

Im Folgenden werden einige Projekte vorgestellt, die entweder direkt die Förderung der lokalen Wirtschaft zum Ziel haben, oder integrierte Programme, die Maßnahmen in verschiedenen Bereichen zu einer umfassenden Verbesserung eines Stadtteils setzen.

4.5.1 AKTUELLE DISKURSE IN DER STADTERNEUERUNG

Der gezielte Anstoß von Diskursen erfolgt zumeist auf Initiative von Einzelpersonen, die im Rahmen von Projekten zu Workshops oder Veranstaltungsreihen einladen. Wie bei anderen Pilotprojekten erfolgt auch hier selten eine gezielte Weiterarbeit. Dennoch tragen sie zur Weiterentwicklung der alltäglichen Praxis der Stadterneuerung bei.

4.5.1.1 OVERVIEW – Fachdiskurs zu Themen der Wiener Stadterneuerungspraxis

Im Jahr 2009 fand zu sechs Themenbereichen ein Fachdiskurs mit Fachexpert/innen aus den Gebietsbetreuungen und der Verwaltung der Stadt Wien und externen Expert/innen statt. „Ziel der thematischen Workshops war es, dort Modifizierungen vorzuschlagen, wo Stadterneuerungsprozesse und -projekte dadurch optimiert und forciert werden können.“ (Stadt Wien 2010:17)

Die Themen der Workshops waren:

- **Beteiligung bei Sanierung:** Hier wurde diskutiert, wie Bewohner/innen beteiligt und informiert werden können und die Vision von Sanierungscoaches entwickelt, die im Sanierungsverfahren eine neutrale Position einnehmen und die Kommunikation zwischen den Beteiligten sicherstellen.
- **Finanzielle Rahmenbedingungen:** Ein Fokus lag auf dem Thema Eigentümer/innen von kleinen Häusern (800 bis 1.000 m²) und wie diesen der Zugang zu geförderter Sanierung erleichtert werden kann. Auch mögliche Änderungen in der Sanierungsförderung wurden angediskutiert z.B. neue Instrumentarien für die Verbesserung von Geschäftslokalen, Anreize für den Abriss von Hintertrakten.

- **Sanierung versus Neubau:** Hier wurden Themen wie die Vor- und Nachteile von Neubau und Sanierung, sinnvolle Bebauungsdichten, Baulückenschlüsse, Fragen des öffentlichen Raums und der Möglichkeiten der Stellplatzreduzierung und die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung diskutiert.
- **Stadtteilbezogene Strategien:** In diesen Workshops wurde ausgehend von der Analyse wichtiger Player im Stadtteil diskutiert, wie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil verbessert und lokale Netzwerke für die Ziele der Stadterneuerung nutzbar gemacht werden können. Darüber hinaus wurden fachliche Strategien für Stadtteile in Bezug auf Themen wie Höfe, öffentlichen Raum, Nutzungsmischung, Dichte diskutiert.
- **Entwicklung von Strategien zur Revitalisierung der Erdgeschoßzonen:** Hier wurde versucht, das Thema Leerstand in den Erdgeschoßzonen in einem größeren Zusammenhang zu diskutieren und auch gesamtstädtische Strategien z.B. in Bezug auf Einkaufszentren, Entwicklung von Einkaufsstraßen in Frage zu stellen. Auch alternative und innovative neue Nutzungen sowie Umfeldverbesserungen und Verschränkung von Straßenraum und Erdgeschoßzonen waren Thema.
- **Partizipative Stadtteilentwicklungsprozesse:** In diesen Workshops wurden die Einsatzmöglichkeiten von unterschiedlichen Methoden für unterschiedliche Zwecke diskutiert. Dabei wurden Methoden für die folgende 4 Themenbereiche vorgeschlagen:
 - Information: Internet/Websites, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen (Grätzelfeste als Informationsträger)
 - Konsultation: Aktivierende Befragung, Expert/innen-Interviews, Fragebogenaussendung
 - Mitsprache: Zukunftswerkstatt, Arbeitskreis, Workshop
 - Mitentscheidung: Bürger/innenbeteiligungsverfahren, Grätzelbeirat, Abstimmung (Stadtverfassung), Bürger/innenhaushalt

Auffallend ist, dass manche Themen in mehreren Workshops behandelt wurden. Hierbei scheint es sich auch um Themen zu handeln, die in Wien derzeit aktuell sind wie die Nutzung von Erdgeschoßzonen, öffentlicher Raum inklusive dem Thema Stellplätze, Flexibilität von Instrumenten wie Sanierungsförderung. Die Ergebnisse der Workshops wurden den Entscheidungsträger/innen übergeben und sollen zu einer Adaptierung bestehender Instrumente, Methoden und Rahmenbedingungen führen. (vgl. Stadt Wien 2010:16f)

4.5.1.2 SOCIAL POLIS - Praxis trifft Wissenschaft trifft Verwaltung

Im Rahmen des EU-Projekts „*Social Polis – Educational Grant*“ fand im Jahr 2010 eine Workshop-Reihe statt, die den Wissenstransfer zwischen Wissenschaftler/innen, Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung und Mitarbeiter/innen der Gebietsbetreuungen zum Ziel hatte. „Ausgangsbasis des Projekts ist die Rolle von Gebietsbetreuungen in Bezug auf Sozialen Zusammenhalt vor dem Hintergrund einer immer diverser werdenden Gesellschaft“ (Breitfuss 2010) und damit die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Sozialer Zusammenhalt, Pluralisierung der Gesellschaft und die Rolle von Stadtteilarbeit“. Die Workshops sollten dazu dienen, ein Netzwerk bzw. ein Expert/innenpool aufzubauen, „der sich auch in Zukunft zu Methoden und Instrumenten der Stadtteilarbeit austauscht, die der Stärkung des sozialen Zusammenhalts in erneuerungsdringlichen Stadtquartieren dienen“⁷¹.

Die Themen für die Workshops wurden beim ersten Treffen wie folgt festgelegt:

- Was ist sozialer Zusammenhalt? Begriffe und Ansätze
- Sozialen Zusammenhalt herstellen
- Aufgaben der Gebietsbetreuungen
- Wissensaustausch

Ausgehend von den Themen wurden Fragen gesammelt und gemeinsam Antworten darauf gesucht bzw. durch Einzelne ergänzt. Die Fragen und Antworten, die in diesem Rahmen entstanden, sind in dem Blog <http://socialpolis.wordpress.com> dokumentiert. Als weiteres Ergebnis sind sowohl einige konkrete Projektideen (z.B. gemeinsame Pilotprojekte, Diplomarbeitsthemen werden von Praktiker/innen angeregt, Weiterbildung, Einbeziehung von Praktiker/innen in Lehrveranstaltungen) für den vermehrten Wissenstransfer auch über das Projekt hinaus entstanden, als auch ein persönliches Kennenlernen ermöglicht worden, das eine zukünftige Zusammenarbeit erleichtern sollte.⁷² (vgl. Breitfuss 2010)

4.5.2 VIEW – VISION ENTWICKLUNG WESTGÜRTEL

Der Westgürtel ist eines der 13 Zielgebiete der Stadtentwicklung die im STEP 05 (siehe Kapitel 4.4.1) definiert wurden. Das Projekt VIEW ist ein bezirksübergreifendes Kooperationsprojekt an dem mehrere Gebietsbetreuungen beteiligt sind und das die Bereiche um den Gürtel in den Bezirken 6 bis 9 und 15 bis 18 betrifft. Dabei sollen neue Wege und Strategien für die Stadterneuerung entwickelt und erprobt werden. (vgl. Stadt Wien 2008:118f)

⁷¹ <http://socialpolis.wordpress.com/> (Abfrage am 8.8.2011)

⁷² Vgl. <http://socialpolis.wordpress.com/> (Abfrage am 8.8.2011)

Die Stadt Wien verfolgt damit folgende Ziele:

- Beteiligung der Bewohner/innen
- Leerstehende Erdgeschoßzonen sollen belebt werden
- Verbesserung der Grün- und Freiraumsituation
- Verkehrsberuhigung z.B. verbesserte Querungsmöglichkeiten über den Gürtel
- Veranstaltungen, die die Aufmerksamkeit auf die positiven Aspekte des Westgürtels legen sollen

Es sollen Strategien für Aufwertung und Identifikation mit dem Westgürtel über die Bezirksgrenzen hinweg entwickelt werden. Begleitend dazu soll die positive Imagebildung mit zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. So wurde eine eigene Homepage (www.view.wien.at) erstellt und eine Veranstaltungspost informierte über laufende Aktivitäten. (vgl. Stadt Wien 2009, 2010)

Einige der durchgeführten Projekte und Veranstaltungen:

- Ohrensausen: Höhenwanderung durch den Kulturraum „Spange Gürtel – Währinger Straße“. Besichtigt wurden WIFI, Volksoper und WUK mit dem Ziel neue Einblicke zu gewinnen und ein anderes Gefühl für die Orte zu entwickeln. (vgl. Stadt Wien 2010:136)
- Kultur als Motor der Stadterneuerung: Unter diesem Motto finden regelmäßig Diskussionen statt, die den Zusammenhang zwischen Kunst- und Kulturinitiativen und dem Stadtraum thematisieren. (vgl. Stadt Wien 2010:121)
- Fahrradtage: Dabei gibt es bei teilnehmenden Geschäftsleuten und Initiativen spezielle Angebote für Radfahrer/innen wie z.B. einen Sicherheitsparcours, ein Straßenfest, Ausprobieren von Testbikes, Fahrradreparatur. (vgl. Stadt Wien 2010:110,121)
- Partizipationsprojekt Mariahilfer Spange: Dabei sollte die fußläufige Verbindung zwischen Innerer und Äußerer Mariahilfer Straße gemeinsam mit lokalen Akteur/innen verbessert werden. (vgl. Stadt Wien 2010:120)

4.5.3 ERNEUERUNGSMOTOR BRUNNENVIERTEL

Das Brunnenviertel ist ein Teil von Neulerchenfeld im 16. Bezirk, das sich in Gürtelnähe befindet, ca. 0,4km² groß ist und in dem rund 7.000 Menschen leben. Das Viertel ist durch einen hohen Anteil (rund 41%) an Bewohner/innen mit Migrationshintergrund, einem hohen Anteil an gründerzeitlicher Bausubstanz und dem längsten Straßenmarkt Europas, dem rund 600m langen Brunnenmarkt, geprägt. Das Viertel war u.a. durch zunehmenden Verfall, leerstehende Geschäftslokale und dem Zuzug von sozial Benachteiligten geprägt. Deswegen

wurde im Jahr 2001 mit der Planung eines Aufwertungsprozesses begonnen, der sowohl eine Sanierungsoffensive im gesamten Viertel, Veränderung und Aufwertung des Marktes und städtebauliche Begleitmaßnahmen beinhaltet. Am Anfang stand ein einjähriges Bürger/innenbeteiligungsverfahren, bei dem sich Bewohner/innen, Betreiber/innen der Marktstände und Gewerbetreibende einbringen konnten und in sechs Planungsgruppentreffen an der Erarbeitung eines Ziel- und Maßnahmenkatalogs mitwirken konnten. Eine der großen Herausforderungen an dem Projekt war die geschäftsgruppen- und dienststellenübergreifende Herangehensweise, die auch Bezirkspolitiker/innen und Vertreter/innen von wohnfonds_wien und Wirtschaftskammer miteinschloss. Involviert waren 16 Dienststellen aus fünf Geschäftsgruppen. (vgl. Smetana 2010:125ff)

Einige der umgesetzten Maßnahmen:

- Neugestaltung der Fußgeherzone Brunnenmarkt
- Errichtung von neuen Lokalen an der Payergasse
- Neugestaltung der Marktstände
- Einführung eines Marktmanagements
- Neugestaltung des Yppenplatzes
- Erweiterung des Huberparks
- 20 geförderte Sockel- bzw. Totalsanierungen
- 10 umfassende Sanierungen durch private Investoren
- 4 Neubauprojekte
- Neuorganisation des motorisierten Individualverkehrs im Viertel

(vgl. Smetana 2010:126ff)

4.5.4 GEBIETSMANAGEMENT ARNETHGASSE (17. BEZIRK)

Das Gebiet um die Arnethgasse im 17. Bezirk besteht aus ca. 20 gründerzeitlich geprägten Baublöcken an der Grenze zwischen Ottakring und Hernals und war seit 2001 von zahlreichen Entwicklungen betroffen. Es ist durch 4 Großbetriebe geprägt und zu Beginn des Projekts waren zahlreiche Wohnungsneubauprojekte in Planung bzw. Umsetzung. Gleichzeitig gibt es in unmittelbarer Umgebung zwei Blocksanierungsgebiete (zum Instrument der Blocksanierung siehe Kapitel 4.4.5). Deswegen wurde das Gebietsmanagement Arnethgasse eingerichtet, das einen ähnlichen Ansatz wie Stadtteilmanagement und Grätzelmanagement (siehe Kapitel 4.4.4) verfolgte: das Schaffen von Strukturen, die die Kooperation von Magistratsdienststellen, der Bevölkerung sowie öffentlichen und privaten Institutionen ermöglichen. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2002)

Als Ziele für das Gebietsmanagement wurden u.a. definiert:

- Die Neubauprojekte sollen in die soziale und bauliche Struktur des Bezirksteils eingebunden werden.
- Bewohner/innen und Nutzer/innen sollen sich mit ihrem Grätzel identifizieren.
- Alle lokal relevanten Gruppen sollen eingebunden werden.
- Nutzung von Synergieeffekten der unterschiedlichen Maßnahmen.

(vgl. Stadtentwicklung Wien 2002)

Erreicht werden sollten die Ziele durch eine enge Kooperation der Gebietsbetreuungen im 16. und 17. Bezirk, die dafür einen eigenen Verein gründeten um eine rechtliche Basis für die Kooperation zu schaffen. Auch die Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen, Information der Bevölkerung und die Ausarbeitung von Planungsvorschlägen sollten zum Erfolg beitragen. Von Beginn an war eine begleitende Dokumentation und Analyse des Prozesses vorgesehen. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2002)

Einige der umgesetzten Maßnahmen:

- Das geplante Bauvorhaben Gartensiedlung Ottakring wurde der Bevölkerung direkt auf dem zukünftigen Baugelände in Form einer mehrtägigen Informationsveranstaltung präsentiert.
- Während der Sommermonate wurde der Bauplatz durch verschiedene Zwischennutzungen vor allem für Kinder und Jugendliche bespielt und damit ein bisher unzugänglicher Ort in der Bevölkerung bekannt gemacht.
- Bier und Schokolade: Mit dieser Informationsveranstaltung wurde zusätzlich auf zwei lokale Firmen (Manner und Ottakringer) und ihre Produkte aufmerksam gemacht und so Identifikation thematisiert.
- Informationsabend für Hauseigentümer/innen zum Thema Althausanierung.
- Begleitend wurde eine regelmäßige Präsenz in den Medien sichergestellt.

(vgl. Stadtentwicklung Wien 2002)

4.5.5 MEHRWERT SANIERUNGSINITIATIVE

Mehrwert Sanierungsinitiative ist ein Pilotprojekt in Blocksanierungsgebieten (zum Instrument der Blocksanierung siehe Kapitel 4.4.5). Nachdem sich Blocksanierungsgebiete oft in Stadterneuerungsgebieten befinden in denen Gebietsbetreuungen oftmals auf langjährige Erfahrung und viel lokales Wissen zurückgreifen können, soll im Rahmen der Mehrwert Sanierungsinitiative dieses Wissen für die Blocksanierung nutzbar gemacht werden. Diese Pilotprojekte laufen im 10., 11. und 17. Bezirk. Die Aufgaben der

Gebietsbetreuung sind dabei vor allem die Aktivierung z.B. der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden und Aktivitäten im öffentlichen Raum.⁷³

Einige der umgesetzten Maßnahmen am Beispiel Schneiderviertel (11. Bezirk):

- Ein Schanigarten vor dem Stadtteilzentrum Centro Once dient als Vor-Ort-Lokal der Gebietsbetreuung und ist Ausgangspunkt für Aktivitäten und Veranstaltungen.
- Bierkistenbauaktion: Der öffentliche Raum im Schneiderviertel ist geprägt von parkenden Autos. Um die Bevölkerung auf andere mögliche Nutzungen aufmerksam zu machen, wurde ein Platz gesperrt. Mit Bierkisten konnten Passant/innen ihre Ideen für Nutzungen sichtbar machen.
- Fotowettbewerb und Wanderausstellung: Kinder fotografierten im Rahmen einer Veranstaltung das Schneiderviertel. Die Fotos wurden von einer lokal zusammengesetzten Jury bewertet und in Geschäften und Institutionen im Viertel ausgestellt.
- Stadtteilkonferenz: Mit Vertreter/innen lokaler Institutionen, lokalen Politiker/innen aber auch wichtigen Kooperationspartner/innen wurden gemeinsam Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen analysiert und mögliche Aktivitäten im Viertel geplant.
- Nachbarschaftsgärten in der Dopplergasse: Mit einer ersten Pflanzaktion in einem derzeit nicht genutzten Ballspielkäfig sollte die Bevölkerung mit der Idee von Nachbarschaftsgärten in Kontakt kommen.

4.5.6 PROJEKTE ZUR FÖRDERUNG DER LOKALEN WIRTSCHAFT IN STADTERNEUERUNGSGEBIETEN

Förderung lokaler Ökonomien hat in der Wirtschaftspolitik immer noch einen untergeordneten Stellenwert. Für die Entwicklung der Stadt und dabei vor allem für die Stabilisierung von Stadtteilen ist die Förderung lokaler Beschäftigung aber ein wichtiges Ziel. Die Wiener Projekte zur Förderung der lokalen Wirtschaft im Rahmen der Stadterneuerung haben meist die Förderung von Geschäftsstraßen/-vierteln zum Ziel, da vor allem offensichtlicher Leerstand von Bevölkerung und Politik wahrgenommen und Handlungsbedarf geortet wird. Andere lokale Ökonomien (wie z.B. produzierendes Gewerbe) unterliegen zwar auch einem Verdrängungs- und Veränderungsprozess, werden aber weniger wahrgenommen und sind damit selten Ausgangspunkt für Pilotprojekte. (vgl. Läßle & Walter 2003)

⁷³ Vgl. <http://www.gbsterne.at/projekte/bauliche-erneuerung/mehrwert-sanierungsinitiative/einleitung/>
(Abfrage am 19.10.2011)

4.5.6.1 Lebendige Straßen

Im Rahmen des Pilotprojekts „Lebendige Straßen“ sollten die Innere Hernalser Hauptstraße, die Lerchenfelder Straße und die Wallensteinstraße während der dreijährigen Projektdauer (2008-2010) deutlich aufgewertet werden. Getragen wurde das Projekt von der MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) und den jeweiligen Bezirken. Unterstützt wurde es von der MA 25 (Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser), durchgeführt in enger Zusammenarbeit mit den Gebietsbetreuungen. In allen drei Straßen gab es Projektlokale, die auch für Veranstaltungen genutzt werden und allen Beteiligten als Informationsdrehscheibe zur Verfügung stehen. (vgl. Stadt Wien 2009:114)

„Ziel des Pilotprojekts ist, weiterführende und selbsterhaltende Strukturen und die Entwicklung neuer Anreize bzw. Fördermodelle für Hauseigentümer und GeschäftsinhaberInnen zu schaffen.“⁷⁴ Angestrebt wird dabei die Form des Gebietsmanagements, das einen Großteil der Betroffenen einbezieht um auch alle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Vor allem soll eine Attraktivierung der Einkaufsstraßen durch neue Nutzungen für die leerstehenden Erdgeschoßlokale erfolgen. Dabei sollen *best-practice*-Modelle entwickelt werden.⁷⁵

Einige durchgeführte Projekte:

- Aufbruch in die Nähe: Ausstellung in der Lerchenfelder Straße, in der Lebenswege von lokal tätigen Unternehmer/innen dokumentiert wurden. (vgl. Stadt Wien 2010:72)
- Salon Blümchen: Eine Baulücke in der Hernalser Hauptstraße wurde temporär als Garten zur Verfügung gestellt. (vgl. Stadt Wien 2010:132)
- Hauseigentümer-Stammtisch: Hier werden speziell für Hauseigentümer/innen Fachvorträge angeboten. (vgl. Stadt Wien 2010:132)
- Nachbarschaftstag: Anlässlich des Internationalen Nachbarschaftstags gelang eine Veranstaltung, bei der Geschäftsleute, Institutionen und Bewohner/innen gemeinsam unterschiedliche Aktionen in der Hernalser Hauptstraße und den angrenzenden Höfen durchgeführt haben. (vgl. Stadt Wien 2010:133)
- Wallensteiner-Weihnachts-Wichtel: Diese boten Unterstützung beim Tragen der Weihnachtseinkäufe an und verteilten kleine Geschenke. (vgl. Stadt Wien 2009:129)

⁷⁴ <http://www.lebendigestrassen.at/projekt/> (Abfrage am 7.10.2010)

⁷⁵ Vgl. <http://www.lebendigestrassen.at/projekt/> (Abfrage am 7.10.2010)

4.5.6.2 SOHO in Ottakring

SOHO in Ottakring ist ein Kunstprojekt, das seit 1999 im Bereich rund um Brunnenmarkt und Yppenplatz im 16. Bezirk stattfindet. SOHO in Ottakring hat ein dynamisches Konzept, das laufend weiterentwickelt wird und sich verändert. In den ersten Jahren wurden für jeweils zwei Wochen leerstehende Erdgeschoßlokale im Brunnenviertel von Künstler/innen und Galerien als temporäre Ausstellungsflächen genutzt. Die Einbindung von lokal ansässigen Künstler/innen war dabei ein wichtiger Aspekt. Das Festival etablierte sich rasch und hatte bald mehr als 200 beteiligte Künstler/innen und die Unterstützung der Wirtschaftskammer, des Bezirks und der Gebietsbetreuung. Diese Kooperationen führten immer wieder zu Interessenskonflikten z.B. ist das Interesse der Wirtschaftskammer ein wirtschaftliches, das mit künstlerischen Interessen nicht immer kompatibel ist und deswegen auch zur Beendigung mancher Kooperationen geführt hat. Die Projekte wandelten sich zusehends von reinen Ausstellungen hin zu sozialpolitisch engagierten Projekten, die auch die gesellschaftlichen Prozesse im Brunnenviertel reflektierten. 2004 fanden „Podiumsdiskussionen über Rolle und Verantwortungen von Kunstprojekten“ (Schneider 2008:20) statt. Seit 2005 gibt es die Zeitung *art in migration* und eine monatliche Fernsehsendung auf dem Wiener Privatsender okto. Seit 2006 hat SOHO in Ottakring ein permanentes Lokal, das als Büro und für Veranstaltungen genutzt wird. Seit 2011 ist SOHO in Ottakring eine Ganzjahresinitiative, das Festival findet alle zwei Jahre statt.⁷⁶ (vgl. Schneider 2008:13-22)

Laut Initiatorin Ula Schneider ist das Besondere an SOHO in Ottakring, „der pragmatische Ansatz, eine flexible praxisorientierte Vorgehensweise, in der auch über Fehler und Widersprüche gesprochen wird“ (Schneider 2008:22). Auf der Website der Wiener Einkaufsstrassen wird SOHO in Ottakring als Auslöser oder zumindest Beteiligter am Wandel des Brunnenviertels beschrieben. „SOHO IN OTTAKRING ist ähnlich wie der Brunnenmarkt kleinstrukturierter Nahversorger. ‚Das große Ganze‘ ist das Ergebnis der kleinen Teile, aus denen sich das Projekt zusammensetzt.“⁷⁷ Im Jahresbericht der Gebietsbetreuung Stadterneuerung 2008 wird die Frage der Nachhaltigkeit von SOHO in Ottakring thematisiert: „Wie wirken die Projekte auf die BesucherInnen und wie können wichtige Akteure im Viertel davon profitieren?“ (Stadt Wien 2009:103) SOHO in Ottakring wurde seitens der Stadt Wien die Funktion „Kunst und Kultur als Motor der Stadterneuerung“ (Schneider 2008:16) zugewiesen. Dabei wird von Ula Schneider kritisiert, dass „Kunst keinen Niederschlag in der städtebaulichen Praxis findet. SOHO IN OTTAKRING ist für die Stadtplanung ein Geschenk

⁷⁶ Vgl. <http://www.sohoinottakring.at/blog/> (Abfrage am 13.6.2011)

⁷⁷ <http://www.einkaufsstrassen.at/einkaufsgebiete/16-ottakring/brunnenviertel/soho-in-ottakring/> (Abfrage am 12.6.2011)

und biete mediale Ablenkung von der im Gebiet wachsenden Zahl an Wettbüros und Massagesalons.“ (Schneider 2008:16) Anhand von SOHO in Ottakring werden unterschiedliche Interessen und Sichtweisen von Akteur/innen deutlich. Mit diesen produktiv umzugehen ist ausschlaggebend für einen nachhaltigen Erfolg.

4.5.6.3 Viertel4 – Heumühlviertel

Das Heumühlviertel liegt im 4. Bezirk. Auslöser für das Projekt war ein Beschluss der Bezirksvertretung Wieden. Viertel4 wurde gemeinsam mit der Wiener Magistratsdirektion und der Wiener Wirtschaftskammer initiiert „um dem anscheinend stagnierenden bzw. schleichend 'herunterkommenden' Heumühlviertel wieder 'auf die Sprünge zu helfen'.“⁷⁸ Das Projekt startete im Juni 2004 und versuchte, Netzwerke zu gründen und identitätsstiftende Maßnahmen zu setzen. In meist gassenbezogenen Workshops konnten Bewohner/innen und Gewerbetreibende über die Qualitäten und Chancen der Gassen nachdenken und gemeinsame Projektideen entwickeln, die dann auch gemeinsam umgesetzt wurden.⁷⁹

Einige der durchgeführten Projekte:

- In der Kettenbrückengasse stellten Geschäftsleute große, orange Blumentöpfe auf.⁸⁰
- „drink-in“: In der Großen und Kleinen Neugasse stellten Geschäftsleute und Institutionen an einem Abend Sessel und Stühle vor ihre Lokale und boten so der Bevölkerung Getränke und Möglichkeiten für Gespräche an.⁸¹
- Heumühlbogenfest: Ein Straßenfest mit einem abwechslungsreichen Programm: eine Ausstellung über die Arbeit des in Wien lebenden Bildhauers Florian Schaumberger, Straßentheater, eine Lesung und musikalische Unterhaltung.⁸²
- Verkehrslösung „Wiedner Stern“: Am Wiedner Stern treffen Margaretenstraße, Freundgasse, Heumühlgasse, Pressgasse und Waaggasse sternförmig zusammen. Um sowohl die Qualität des Platzes als auch die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wurden von Planer/innen Vorschläge für die Umgestaltung ausgearbeitet, die in zwei

⁷⁸ <http://www.plansinn.at/plansinn/index.php?id=projekte&res=27&cHash=57678ef5fd> (Abfrage am 15.10.2010)

⁷⁹ Vgl. <http://www.plansinn.at/plansinn/index.php?id=projekte&res=27&cHash=57678ef5fd> (Abfrage am 15.10.2010)

⁸⁰ Vgl. <http://www.plansinn.at/plansinn/index.php?id=projekte&res=27&cHash=57678ef5fd> (Abfrage am 15.10.2010)

⁸¹ Vgl. <http://www.plansinn.at/plansinn/index.php?id=projekte&res=27&cHash=57678ef5fd> (Abfrage am 15.10.2010)

⁸² Vgl. <http://www.heumuehlviertel.at/html/heu.html> (Abfrage am 15.10.2010)

Werkstattgesprächen mit Bewohner/innen und Unternehmer/innen diskutiert wurden.⁸³

4.5.6.4 Wolke 7 – Kaiserstraße

Die Kaiserstraße ist eine Einkaufsstraße im 7. Bezirk, die parallel zum Gürtel durch den Bezirk verläuft. Geprägt ist sie durch dichte Verbauung, eine Straßenbahnlinie (Linie 5) und die Nähe zur Mariahilfer Straße. „Von September 2004 bis Dezember 2006 fanden die Projektes WOLKE 7 unter dem Titel ‚WOLKE 7 Kaiserstraße‘ im Rahmen des InterregIIIc-Projektes POSEIDON statt.“⁸⁴ Ausgangspunkt für das Projekt „Wolke 7“ waren hohe Leerstandsdaten, Dominanz des (motorisierten) Verkehrs, kein Grünflächenangebot und zunehmende Verwahrlosung. (vgl. Förster 2008:91)

In den Assessment Missions wird festgestellt: „Das Projekt Wolke 7 bedient sich äußerst innovativer Methoden, um ein gemeinsames Stadtteilmanagementproblem anzugehen“ (Förster 2008:90). Das Gebiet wurde als heruntergekommen wahrgenommen und sollte durch künstlerische Aktivitäten und den Einsatz verschiedener Informationstechnologien neu belebt werden. Aus Sicht der Verantwortlichen hatte ein lokales Wirtschaftsforum, das innerhalb eines Jahres entstanden ist, eine zentrale Bedeutung für den Erfolg. (vgl. Förster 2008:90)

Eine der zentralen Aktivitäten war die Etablierung einer Website, die über alle Angebote der Straße und über die Aktivitäten und Veranstaltungen im Rahmen des Projekts informierte. Weitere Aktionen waren Feste wie „Hinterhof7“, ein Kurzfilmfestival, ein Kunstsackerl-Wettbewerb, eine Designaktion, Architekturführungen, Präsentationen der Kaufleute. Ergebnisse waren eine starke Einbeziehung der Bevölkerung, die Belebung der Interessensgemeinschaft der Kaufleute, die Initiierung von Netzwerken und etliche Verbesserungsmaßnahmen in Höfen und im Straßenraum. (vgl. Förster 2008:91ff)

Als Schwierigkeit stellte sich die Aktivierung der unterschiedlichen Gruppen heraus. Viele Unternehmer/innen waren nicht per E-Mail erreichbar und mussten persönlich aufgesucht werden. Auch die Einbeziehung der Hauseigentümer/innen war schwierig. Die Bevölkerung konnte über diverse Veranstaltungen erreicht werden. (vgl. Förster 2008:93f)

⁸³ Vgl. <http://www.heumuehlviertel.at/html/stern.html> (Abfrage am 15.10.2010)

⁸⁴ <http://www.wolke7.at/> (Abfrage am 1.10.2010)

4.6 ÜBERBLICK ÜBER DIE DARGESTELLTEN METHODEN, INSTRUMENTE UND PILOTPROJEKTE DER STADTERNEUERUNG

Methoden und Instrumente der Stadterneuerung sind zumeist deckungsgleich mit Instrumenten der Raumplanung. Wie schon eingangs erwähnt, klassifiziert Selle (2005:310ff) die Instrumente der Raumplanung. Viele der in Kapitel 4 dargestellten Methoden, Instrumente und Pilotprojekte umfassen ein Bündel an Maßnahmen und Herangehensweisen. Deswegen werden in Tabelle 2 die dargestellten Methoden, Instrumente und Pilotprojekte den grundsätzlichen Instrumenten der Raumplanung zugeordnet.

Methoden, Instrumente und Pilotprojekte	Regulative Instrumente (rechtliche Rahmenbedingungen wie Bau-, Naturschutzrecht,...)	Kommunikation (Überzeugung der Beteiligten)	Finanzielle Anreize (z.B. Förderungen)	Marktteilnahme (z.B. Ankauf von Grundstücken)	Öffentliche Investitionen zur Entwicklung von Standorten (z.B. Ausbau von Infrastruktur, Freiräume)	Prozessmanagement (z.B. Ermöglichen von Meinungsbildung, Gestaltung von Kooperationen, Vernetzung)
Stadtentwicklungsplan für Wien	X	(X)	-	-	-	-
Wiener Gebietsbetreuung Stadterneuerung	-	X	-	-	(X)	X
wohnfonds_wien – Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung	-	-	X	X	X	-
Stadtteilmanagement / Grätzelmanagement	-	X	(X)	-	(X)	X
Blocksanierung	-	(X)	X	-	-	(X)
Programm „Soziale Stadt“	-	X	X	-	(X)	X
Aktuelle Diskurse in der Stadterneuerung	-	X	-	-	-	-
VIEW – Vision Entwicklung Westgürtel	-	X	X	-	X	X
Erneuerungsinitiative Brunnenviertel	-	X	X	-	X	X
Gebietsmanagement Arnethgasse (17. Bezirk)	-	X	(X)	-	(X)	X
Mehrwert Sanierungsinitiative	-	X	-	-	(X)	X
Lebendige Straßen	-	X	(X)	-	(X)	X
SOHO in Ottakring	-	X	(X)	-	-	X
Viertel4 - Heumühlviertel	-	X	(X)	-	(X)	X
Wolke 7 - Kaiserstraße	-	X	(X)	-	(X)	X

Tabelle 2: Überblick über Methoden, Instrumente und Pilotprojekte der Stadterneuerung und ihre Zuordnung zu übergeordneten Kategorien (X = zutreffend, (X) = mit Einschränkung zutreffend, - = nicht zutreffend)

Quelle: eigene Darstellung

5 SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND STADTERNEUERUNG – ÜBEREINSTIMMUNGEN UND WIDERSPRÜCHE

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurden die Themenfelder Solidarische Ökonomie und Stadterneuerung unabhängig voneinander dargestellt. Bei einer oberflächlichen Analyse ist zu erkennen, dass manche Instrumente der Solidarischen Ökonomie auch als Maßnahmen in den Projekten der Stadterneuerung vorkommen, beispielsweise Gemeinschaftsgärten. Dies lässt auf eine zumindest teilweise Überschneidung schließen, auch wenn diese nicht bewusst gesteuert ist. Einen möglichen Zusammenhang zwischen den Themenfeldern thematisiert Klaer (2008:203): „Beide [Kommunen und Solidarwirtschaft] verfolgen mehrdimensionale Zielsetzungen, die sich verschiedenen Aspekten nachhaltiger lokaler Entwicklung zuordnen lassen“. Als zentral wird dabei die Verwurzelung der Solidarischen Ökonomie auf lokaler Ebene, *Empowerment* und Gemeinwohlorientierung eingeschätzt. Dies solle von den Kommunen durch ein Klima der Mitbestimmung gefördert und genutzt werden (vgl. Klaer 2008:203ff). Im nun folgenden Kapitel wird darauf aufbauend exemplarisch (für Wien) dargestellt, ob und wie Instrumente der Solidarischen Ökonomie für die Stadterneuerung einsetzbar sind.

5.1 ÜBEREINSTIMMUNGEN UND WIDERSPRÜCHE AUF EBENE DER PRINZIPIEN

Wo sich Stadterneuerung nicht ausschließlich auf die bauliche Erneuerung von Wohnungen und Gebäuden beschränkt sondern zunehmend strategische Stadtteilentwicklungsplanung ist, kann es zu Überschneidungen zwischen Stadterneuerung und Solidarischer Ökonomie kommen. Dies ist vor allem dort der Fall, wo Stadtteilmanagement-Ansätze verfolgt werden.

In Kapitel 3.1.3 werden 7 Prinzipien für Solidarische Ökonomie genannt (demokratische Unternehmenskultur und Selbstverwaltung, Solidarität, Nachhaltigkeit, bedarfswirtschaftliches Handeln, *Not For Private Profit*, soziale Einbindung der Initiative in ein Gemeinwesen, und - mit Einschränkung - auch Bildung). Von den Interviewpartner/innen werden prinzipiell keine Widersprüche zwischen Prinzipien der Solidarischen Ökonomie und Prinzipien der Stadterneuerung gesehen. (vgl. I1:Z180-185, I3:Z109-132, I4: Z273-274)

Bei näherer Betrachtung treten mögliche Widersprüche hervor, die im Folgenden exemplarisch für vier Prinzipien dargestellt werden.

5.1.1 DEMOKRATISCHE UNTERNEHMENSKULTUR UND SELBSTVERWALTUNG

Partizipation ist neben Lebensqualität, Nachhaltigkeit, *Gender Mainstreaming* und Diversität auch einer der Grundsätze und Prinzipien, die dem STEP 05 zu Grunde liegen (vgl. Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 2005:22). Exemplarisch werden Lokale Agenda21-Prozesse genannt, die „ein Maß an Selbstorganisation“ (Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 2005:25) benötigen. Außerdem soll vor allem bei größeren Planungsvorhaben bereits im Vorfeld eine Einbeziehung der Akteur/innen auf unterschiedliche Weise (Information, Konsultation bis hin zu Mitentscheidung) erfolgen. Dabei setzt sich die Stadt Wien selbst zum Ziel, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen (vgl. Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 2005:25-26).

Diesen programmatischen Übereinstimmungen stehen zum Teil Aussagen von Interviewpartner/innen gegenüber. So äußern mehrere Interviewpartner/innen, dass Politik und Verwaltung Vorbehalte gegenüber Partizipation haben (vgl. I1:210-216): „Und die Stadt Wien fürchtet Partizipation.“ (I2:Z234) Er/Sie meint, dass das Vertrauen in die Beteiligten fehlt. Das ist eine Grundvoraussetzung nicht nur für das Fördern Solidarischer Ökonomie (vgl. I2:Z235-237). Aber auch versorgungsstaatliches Denken der Verwaltung (vgl. I4:Z184) führt u.a. dazu, dass „im Wesentlichen die Stadt bestimmt, was wo wie gestaltet wird.“ (I4:Z292-293)

Es wird aber auch geäußert, dass Institutionen wie die Gebietsbetreuung Stadterneuerung sehr wohl nach diesen Prinzipien arbeiten, vor allem aufgrund ihrer Struktur (vgl. I1:Z197-200). Auch die Lokale Agenda 21 agiert nach diesen Prinzipien und fördert eine kooperative Erarbeitung von Projekten durch die Einbindung unterschiedlicher Akteur/innen wie Bürger/innen, Politiker/innen, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft.⁸⁵

5.1.2 SOLIDARITÄT

Im STEP 05 ist als Grundsatz der Nachhaltigkeit unter anderem „Solidarität und Gerechtigkeit schaffen, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen verringern bzw. beseitigen“ (Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 2005:25) genannt. Ein/e Interviewpartner/in weist darauf hin, dass Solidarität ein sehr dehnbarer Begriff ist, sowohl im Rahmen der Stadterneuerung als auch bei der Definition von Solidarischer Ökonomie: „Natürlich unser ganzes Staatswesen beruht auf einer Solidarität im

⁸⁵ Vgl. <http://la21wien.at/la-21-plus/3d%20steuerung> Abfrage am 26.1.2012

Grunde genommen, aber dann wirklich Solidarität mit den Schwächeren, da bin ich schon nicht mehr so sicher, ob das das Ziel ist.“ (I2:Z190-192)

5.1.3 NACHHALTIGKEIT

Hier gibt es Übereinstimmung in den Prinzipien: Die Stadt Wien hat im Strategieplan 2004 unter dem Titel „Wien – Stadt mit zukunftsfähiger Entwicklung“ (Magistrat der Stadt Wien 2004:11) festgehalten, dass eine nachhaltige Entwicklung „auf Lebensqualität, auf Gerechtigkeit unter den Menschen sowie zwischen den Generationen und auf gemeinsame Verantwortung für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ab[zielt]“ (Magistrat der Stadt Wien 2004:11). Darunter fällt auch ein zukunftsbeständiges Wirtschaftssystem. Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das in alle Bereiche von Politik und Verwaltung fällt und somit auch Stadterneuerung betrifft (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2004:11). Nachhaltigkeit ist neben Lebensqualität, Partizipation, *Gender Mainstreaming* und Diversität auch einer der Grundsätze und Prinzipien, die dem STEP 05 zu Grunde liegen (vgl. Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 2005:22). Zum Thema ökonomische Nachhaltigkeit werden als Grundsätze unter anderem formuliert: regionale Kreislaufwirtschaften aufbauen, regionale Kooperationen ausbauen, Nahversorgung forcieren, Nutzungsmischung fördern, Wirtschaftskraft lokal verankern (vgl. Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 2005:25).

5.1.4 NOT FOR PRIVATE PROFIT

Bei diesem Prinzip ergeben sich Übereinstimmungen und Widersprüche, die zum Teil auf unterschiedliche Sichtweisen oder Definition von *Private Profit* beruhen. Während ein/e Interviewpartner/in die Meinung äußert, dass Stadterneuerung keinesfalls gewinnorientiert ist, weil der Großteil auf Förderbasis basiert (vgl. I3:Z11-112), vertritt ein/e Andere/r die Meinung, dass vor allem Sanierung schon zu einer tatsächlichen monetären Aufwertung beiträgt und damit Gewinne für Private abwirft (vgl. I2:Z25-26). Die Institutionen, die im Auftrag der Stadt Wien tätig werden, wie z.B. die Gebietsbetreuung Stadterneuerung arbeiten nach diesem Prinzip, werfen allerdings für die Auftragnehmer/innen auch Profit ab (vgl. I1:Z180-182).

5.2 CHANCEN UND SCHWIERIGKEITEN FÜR DEN EINSATZ VON INSTRUMENTEN DER SOLIDARISCHER ÖKONOMIE IM RAHMEN DER STADTERNEUERUNG

Von den Interviewpartner/innen werden sowohl Chancen als auch Schwierigkeiten, die sich durch den Einsatz von Instrumenten der Solidarischen Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung ergeben, genannt. Im folgenden Kapitel wird sowohl auf die in den Interviews vertieft behandelten Instrumente der Solidarischen Ökonomie, als auch auf die Praxis der Stadterneuerung in Wien in Bezug auf die Förderung von Instrumenten der Solidarischen Ökonomie näher eingegangen.

Unabhängig von den Möglichkeiten der Förderung wird das Vorhandensein Solidarischer Ökonomie in einem Stadtteil von den Interviewpartner/innen grundsätzlich als positiv bzw. als keinesfalls schädend bewertet. (vgl. I1:230-232, I3:236-247)

Derzeit ist eine grundsätzliche Schwierigkeit die Tatsache, dass Solidarische Ökonomie innerhalb von Politik und Verwaltung der Stadt Wien noch kein Thema ist. Allerdings haben die Untersuchung der konkreten Instrumente gezeigt, dass Instrumente der Solidarischen Ökonomie bereits eingesetzt werden, wenn auch nicht unter dem Begriff der Solidarischen Ökonomie z.B. Gemeinschaftsgärten. (vgl. I4:Z174-175)

5.2.1 ZUORDNUNG DER ORGANISATIONSFORMEN UND INSTRUMENTE DER SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE ZU DEN STEUERUNGSTRUMENTEN DER RAUMPLANUNG

Um mögliche Übereinstimmungen und Widersprüche auf Ebene der Instrumente herauszufinden werden in einem ersten Schritt Organisationsformen, Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie (siehe Kapitel 3.3) mit Steuerungsinstrumenten der Raumplanung (klassifiziert nach Selle (2005:310ff)) in Beziehung gesetzt (siehe Tabelle 3).

Organisationsformen/ Instrumente	Regulative Instrumente (rechtliche Rahmenbedingungen wie Bau-, Naturschutzrecht,...)	Kommunikation (Überzeugung der Beteiligten)	Finanzielle Anreize (z.B. Förderungen)	Marktteilnahme (z.B. Ankauf von Grundstücken)	Öffentliche Investitionen zur Entwicklung von Standorten (z.B. Ausbau von Infrastruktur, Freiräume)	Prozessmanagement (z.B. Ermöglichen von Meinungsbildung, Gestaltung von Kooperationen, Vernetzung)
Vereine	-	x	-	(x)	-	x
Genossenschaften	-	x	(x)	(x)	(x)	x
Allmenden	-	x	(x)	(x)	(x)	x
Regionalwährung	(x)	x	(x)	-	-	x
Tauschringe	(x)	x	(x)	(x)	-	x
Gemeinschaftsgärten	-	x	(x)	(x)	-	x
CSA	-	x	(x)	(x)	-	x
Kost-Nix-Läden	-	x	(x)	(x)	-	x
Freie Software	-	x	(x)	-	-	x
Selbstorganisierte Wohnprojekte	-	x	(x)	(x)	-	x
Food Coops	-	x	(x)	(x)	-	x

Tabelle 3: Überblick über Organisationsformen, Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie und ihre Zuordnung zu den Instrumenten der Raumplanung nach Selle (X = zutreffend, (X) = mit Einschränkung zutreffend, - = nicht zutreffend)

Quelle: eigene Darstellung

Da es sich bei den Instrumenten der Solidarischen Ökonomie um keine Instrumente der hoheitlichen Verwaltung handelt, kann es sich um keine regulativen Instrumente handeln, sondern die Instrumente sind teilweise auf das Vorhandensein von regulativen Instrumenten wie rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen z.B. selbstorganisierte Wohnprojekte. Wie schon in Kapitel 3.3.2.2 erwähnt, gibt es für Tauschringe nur wenige gesetzliche Vorgaben. Umso wichtiger ist die Beachtung rechtlicher Rahmenbedingungen an den Schnittstellen zu anderen Wirtschaftsbereichen. Bei den finanziellen Anreizen handelt es sich zumeist um eine Ersparnis z.B. durch Tausch, gemeinsame Nutzung. Wie schon in Kapitel 3.3.1 erwähnt, können Genossenschaften und Vereine auch als Organisationsform für öffentliche Güter Anwendung finden. Aus dem Grundprinzip der demokratischen Unternehmenskultur

und Selbstverwaltung resultiert, dass Kommunikation und Prozessmanagement ein wichtiger Bestandteil der Instrumente Solidarischer Ökonomie sind.

5.2.2 STADTTEILMANAGEMENT

Stadtteilmanagement (siehe Kapitel 4.4.4) hat die Entwicklung eines Stadtteils ressortübergreifend und mit Blick auf alle Betroffenen zum Ziel, und viele Pilotprojekte der Stadterneuerung (siehe Kapitel 4.5) basieren auf einem Stadtteilmanagementansatz.

Ein wichtiger Aspekt des Stadtteilmanagements ist die Aktivierung der Ressourcen vor Ort. Das Interesse von Bewohner/innen, lokalen Gewerbetreibenden, Institutionen vor Ort und anderen für das eigene Grätzel soll geweckt und Initiativen zur Verbesserung der lokalen Situation unterstützt werden. Dies können auch Projekte der Solidarischen Ökonomie sein. Für eine Geschäftsstraße kann z.B. ein Kost-Nix-Laden oder eine Food-Coop eine gute Ergänzung des Angebots sein, zur Belebung der Erdgeschoßzonen beitragen und andere zur Nachahmung anregen. Wichtig ist dabei, dass die Projekte auf Langfristigkeit angelegt sind (vgl. I3:Z220-234, I3:Z247-249). Projekte der Solidarischen Ökonomie ermöglichen ein gemeinsames Tun von Menschen, die sich vorher nicht unbedingt kannten. Das Gemeinsame Tun fördert ein kennen lernen und bringt Menschen zusammen (vgl. I2:Z254-257, I4:Z356-357).

Langfristiges Ziel von Stadtteilmanagement und Solidarischer Ökonomie ist der Aufbau selbst tragender Strukturen. Wenn Initiativen zugelassen oder unterstützt werden, besteht die Chance, dass selbst tragende Strukturen entstehen (vgl. I2:Z259-261, I4:Z329-334). Damit Projekte jeglicher Art funktionieren und am Laufen gehalten werden bedarf es einer kontinuierlichen und langfristigen Begleitung. Diese kann institutionalisiert sein (z.B. im Rahmen des Stadtteilmanagements) oder durch Privatpersonen übernommen werden (vgl. I2:Z271-273, I3:Z290-316).

Projekte und Initiativen (nicht nur jene der Solidarischen Ökonomie) haben die Tendenz sich nach außen abzugrenzen. Das kann unter Umständen die positiven Effekte für das Grätzel schmälern (vgl. I2:Z383-385). Hier wäre dann Aufgabe des Stadtteilmanagements eine gewisse Offenheit der Projekte für alle Bewohner/innen zu gewährleisten.

Stadtteilmanagements verfügen meist über ein geringes Projektbudget und sind auf die Kooperation und das Mittun von Bewohner/innen und die Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Gewerbetreibenden im Grätzel angewiesen. Viele Projekte der Solidarischen Ökonomie benötigen nur geringe monetäre Förderung. Projekte der

Solidarischen Ökonomie zu fördern ist daher für die Stadt ökonomisch sinnvoll (vgl. I4:Z325-327).

5.2.3 REGIONALWÄHRUNG

Projekte zur Förderung der lokalen Wirtschaft in Stadterneuerungsgebieten (siehe Kapitel 4.5.6) haben zumeist die Förderung einzelner Geschäftsstraßen/-vierteln zum Ziel. In der konkreten Umsetzung geht es oft um die Stärkung der lokalen Identität und die Einbeziehung von Gewerbetreibenden, Bewohner/innen und Institutionen vor Ort. Die Stärkung der lokalen/regionalen Identität ist auch eines der Ziele von Regionalwährungen (siehe Kapitel 5.2.3). Ein/e Interviewpartner/in weist auf den möglichen Einsatz von Regionalwährungen auch in Städten hin und führt ein entsprechendes Projekt der Bassena am Schöpfwerk an. Seiner/Ihrer Meinung nach sind Regionalwährungen ideal, weil Wertschöpfung im Gebiet bleibt. (vgl. I2:Z50-54)

5.2.4 GEMEINSCHAFTSGÄRTEN

Gemeinschaftsgärten (siehe Kapitel 3.3.2.3) erfüllen (je nach Ausrichtung des konkreten Projekts) vielfältige Funktionen: Sie versorgen z.B. die Beteiligten mit Nahrungsmitteln, fördern den sozialen Zusammenhalt, tragen zur Umweltbildung bei, ermöglichen Teilhabe. Gemeinschaftsgärten werden bereits als Maßnahme der Stadterneuerung in Wien (Projekte im 2., 12., 15., 16., 20. und 21. Bezirk⁸⁶) eingesetzt und auch von Gebietsbetreuungen unterstützt. Die Interviewpartner/innen nennen als Funktionen von Gemeinschaftsgärten für die Stadterneuerung: ermöglichen von Kommunikation, gemeinschaftliches gestalten und betreuen, Versorgung mit Nahrungsmitteln, Nutzung von Brachflächen, Menschen zusammen zu bringen (vgl. I1:Z313-315, I2:Z304-306, I3:Z272-276, I4:Z355-361). Schwierigkeiten werden unter anderem in der Notwendigkeit der kontinuierlichen Betreuung, bestehende Vorbehalte der Anrainer/innen, vorhandene Vorschriften und dass jene, die von Gemeinschaftsgärten profitieren würden, eventuell nicht die nötigen sozialen, emotionalen und finanziellen Ressourcen für die Beteiligung an Gemeinschaftsgärten haben, gesehen (vgl. I1:Z369-379, I3:Z290-300, I4:Z374).

5.2.5 SELBSTORGANISIERTE WOHNPROJEKTE

Wie im Stadtentwicklungsplan für Wien (siehe Kapitel 4.4.1) ausgeführt, sind die Ziele der Stadterneuerung in Wien u.a. Wohnungsverbesserung, Sanierung und Neubau von

⁸⁶ Vgl. <http://www.gbstern.at> (Abfrage am 3.5.2013)

Wohnungen im Grätzel. Selbstorganisierte Wohnprojekte können zu einer Diversifizierung der handelnden Akteur/innen in einem Stadtteil oder Stadterneuerungsgebiet beitragen und Alternativen zum großmaßstäblichen geförderten Wohnbau sein. Ein/e Interviewpartner/in nennt selbstorganisierte Wohnprojekte als die Akteure, die in der Lage sind, Stadt zu bauen und nicht nur Wohnbau zu betreiben, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Erdgeschoßzonen anders genutzt werden müssen als für Wohnen oder Abstellflächen. Als gelungenes Beispiel in einem Transformationsgebiet wird die Südstadt in Tübingen genannt. Auch im Bereich der Sanierung von z.B. gründerzeitlicher Bausubstanz könnten selbstorganisierte Wohnprojekte positiv für die Entwicklung eines Stadterneuerungsgebiets sein, weil hier Menschen Wohnraum für sich selbst schaffen und damit Interesse an ihrem Wohnumfeld haben. Als Schwierigkeit könnten sich die derzeitige Wohnbauförderung und der Mangel an guten Beispielen herausstellen. Für den Fall, dass selbstorganisierte Wohnprojekte Förderungen erhalten, wäre es auch möglich bzw. sinnvoll, dies auch mit Auflagen zu verbinden wie z.B. Erdgeschoßzonen anders zu nutzen oder Gemeinschaftsräume und Infrastruktur zu schaffen, die auch andere im Grätzel nutzen können. (vgl. I1:Z397-465, I2:Z391-409, I3:349-354, I4:Z436-447 und Z474-479)

5.2.6 ALLMENDEN

Wie im Kapitel 4.1 ausgeführt, beschränkt sich Stadterneuerung nicht auf die Verbesserung der Wohnsituation, sondern hat auch Veränderungen im öffentlichen Raum, Änderung der Verkehrsorganisation, Infrastrukturmaßnahmen und Schaffung neuer Grünflächen zum Ziel. (vgl. Berger et.al. 1991:6)

Wie schon in Kapitel 3.3.1.3 erwähnt, haben Allmenden in Europa eine lange Tradition vor allem für Güter, die von allen genutzt werden wie Wasser, Weideland, Almen und Wald. Allmenden könnten deswegen im Rahmen der Stadterneuerung als Organisationsform für öffentliche Güter eingesetzt werden z.B. öffentliche Grünflächen. Von den Interviewpartner/innen wird betont, dass es um die Generierung eines möglichst großen Nutzens für die Gemeinschaft z.B. für die Bewohner/innen eines Grätzels geht. Das Fördern von Allmenden wird dort als relevant betrachtet, wo der Staat nicht mehr willens oder in der Lage ist bestimmte Aufgaben wie die Pflege von öffentlichen Grünflächen zu übernehmen. Das ist derzeit in Wien seitens Politik und Verwaltung noch kein Thema. (vgl. I1:Z482-523, I2:Z432-462, I4:Z546)

Allmenden sollten als Ressource betrachtet werden, die gemeinwohlorientierte Nutzungen ermöglichen können, und damit wieder eine wichtige Funktion für Stadtteile und Stadterneuerungsgebiete spielen können. Als Beispiel wurde von einem/r Interviewpartner/in die Nachnutzung der Psychiatrischen Anstalt in Triest genannt. (vgl. I1:Z482-523, I2:Z432-462, I3:Z444-456, I4:Z546)

5.3 CHANCEN UND SCHWIERIGKEITEN FÜR DIE FÖRDERUNG SOLIDARISCHER ÖKONOMIE IM RAHMEN DER STADTERNEUERUNG

Ergänzend zum vorigen Kapitel wird nun der Frage nachgegangen, welche Chance und Schwierigkeiten sich aus der expliziten Förderung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung ergeben können. Auf die konkreten Möglichkeiten der Förderung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung wird in Kapitel 6.5 eingegangen.

Folgende Themen kamen bei den Interviews zur Sprache:

- **Solidarische Ökonomie vertritt Prinzipien**

In Kapitel 5.1 wurde festgestellt, dass es auf Ebene der Prinzipien keine großen Widersprüche mit den Prinzipien der Stadterneuerung bestehen. Dennoch wird von den Interviewpartner/innen die Befürchtung geäußert, dass die explizite Förderung eines Ansatzes zu einer Aufgabe der neutralen Position (der Gebietsbetreuung Stadterneuerung bzw. des Stadtteilmanagements) führen könnte und dies wäre insgesamt negativ für die Arbeit. (vgl. I1:218-225)

- **Misstrauen in der Gesellschaft nimmt zu**

„In Wien ist halt jetzt ein Klima – das wird immer stärker, wenn man nicht bald etwas macht – des gegenseitigen Misstrauens von verschiedenen Gruppen und so weiter, und das wird natürlich auch geschürt“ (I2:Z284-286). Dies macht es schwieriger Bewohner/innen für ein gemeinsames Engagement zu gewinnen. Außerdem haben auch Projekte der Solidarischen Ökonomie, genauso wie andere Projekte, die Tendenz sich nach außen hin abzuschotten (vgl. I2:383-385). Auch hier besteht für die Stadterneuerung die Gefahr, eine derzeit neutrale Position aufzugeben und dadurch insgesamt negative Effekte für die Stadterneuerung zu erzielen indem der Vorwurf entsteht Interessen einzelner Gruppen zu unterstützen und nicht für alle dazu sein (vgl. I1:218-225).

- **Politik und Verwaltung haben Vorbehalte gegen Solidarische Ökonomie**

Die Prinzipien der Solidarischen Ökonomie stellen das herrschende Wirtschaftssystem (siehe Kapitel 3.1) infrage. Wenn Solidarische Ökonomie nicht nur ein Nischenthema bleibt, dann hat das Auswirkungen auf das gesamte Wirtschafts- und Umverteilungssystem, was zu Schwierigkeiten in Politik und Verwaltung führen könnte (vgl. I1:Z264-267, I4:Z454, I4:Z505-516). Andererseits können derzeit bestehende Verwaltungsstrukturen das Entstehen Solidarischer Ökonomie behindern, weil sie dem Selbstverständnis der Verwaltung widersprechen, die noch stark in einem versorgungsstaatlichen Denken verankert ist. (vgl. I4:Z184-187).

- **Förderung Solidarischer Ökonomie ist ökonomisch sinnvoll**

Die finanzielle Situation von Kommunen wird immer enger. Deswegen ist es für eine Stadt wirtschaftlich sinnvoll, Projekte Solidarischer Ökonomie zuzulassen, geringfügig zu unterstützen und das ehrenamtliche Engagement zu würdigen (vgl. I4:Z325-333). Dafür bedarf es auch einer neuen strategischen Linie die sich im Bereich der Stadterneuerung in Wien derzeit im Aufbau befindet (vgl. I4:Z345-348).

- **Solidarische Ökonomie fördert Eigenverantwortung und sozialen Zusammenhalt**

Projekte Solidarischer Ökonomie haben, wenn sie für alle Bewohner/innen zugänglich sind, das Potential den sozialen Zusammenhalt in einem Grätzel zu verbessern und die Wohnzufriedenheit der Bewohner/innen zu erhöhen. Sie fördern auch Eigenverantwortung und soziale Kontrolle. Seitens der Verwaltung wird Eigenverantwortung teils auch mit Misstrauen begegnet, weil es dem derzeitigen Selbstverständnis eines Großteils der Verwaltung widerspricht. Dem Erreichen der Ziele der Stadterneuerung kommen diese Effekte entgegen und sprechen damit für eine Förderung Solidarischer Ökonomie. Als große Herausforderung wurde das versorgungsstaatliche Denken genannt, das in Wien sowohl bei den Bewohner/innen als auch seitens der Stadt Wien stark verwurzelt und verbreitet ist und dem eigenverantwortlichen Engagement Einzelner entgegensteht. (vgl. I4:Z184, I4:Z300-313, I4:Z335-348)

- **Unterschiedliche Logiken von politischen Handlungsfeldern**

Wie schon in Kapitel 5.1 gezeigt, besteht eine grundsätzliche Übereinstimmung der Prinzipien von Stadterneuerung und Solidarischer Ökonomie. In anderen Politikfeldern scheinen derzeit andere Prinzipien vorherrschend zu sein, was z.B. zur Privatisierung des öffentlichen Raums, Privatisierung der Nutzung von öffentlichen Flächen oder der Errichtung von Gebäuden zur Erzielung möglichst hoher Renditen führt. Dies wurde als eine problematische Entwicklung auch für den Bereich der Stadterneuerung thematisiert. (vgl. I2:Z448-454, I4:Z423-434).

6 FALLBEISPIEL STADTERNEUERUNGSGEBIET SIMMERING (WIEN)

Anhand des Stadterneuerungsgebiets Simmering werden die theoretischen Ergebnisse auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten hin untersucht und Synergie- und Fördermöglichkeiten identifiziert.

6.1 RAHMENBEDINGUNGEN IN WIEN

6.1.1 POLITISCH-ADMINISTRATIVE STRUKTUR

Die Stadt Wien wird seit den 1920er-Jahren mit einer großen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Mehrheit regiert. Seit der Gemeinderatswahl 2010 hat Wien eine Koalitionsregierung von SPÖ und den Grünen.

Durch diese Kontinuität sozialdemokratischer Regierungen (Alleinregierungen und Koalitionsregierungen) konnte sich eine spezielle politische Kultur entwickeln die bis heute die Stadt Wien prägt. Diese ist gekennzeichnet durch eine Klientelpolitik, Konfliktvermeidung und Konsensorientierung. Umgesetzt wird dies einerseits durch eine hohe Konzentration von Entscheidungen in der Verwaltung und andererseits mit einer Vielzahl an Betrieben, die sich im Eigentum der Stadt befinden oder an denen die Stadt Wien beteiligt ist. Zum Beispiel leben bis zu 70% der Wiener Bevölkerung in Gemeindewohnungen oder geförderten Wohnungen. (vgl. Dangschat & Hamedinger 2009:109-110)

Die letzte Gemeinderatswahl, die in Wien aufgrund der Tatsache, dass Wien Stadt und Bundesland zugleich ist, auch Landtagswahl ist, war am 10. Oktober 2010. Von den 1.144.510 Wahlberechtigten machten 774.049 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die SPÖ erhielt 44,34% der Stimmen, die FPÖ 25,77%, die ÖVP 12,64%, die Grünen 12,64%, weitere Parteien hatten jeweils unter 2% der Stimmen. Dieses Ergebnis ergibt folgende Mandatsverteilung: Von 100 Mandaten im Gemeinderat entfallen 49 auf die SPÖ, 27 auf die FPÖ, 13 auf die ÖVP und 11 auf die Grünen⁸⁷.

Der Stadtsenat besteht aus dem Bürgermeister (Michael Häupl, SPÖ), 2 Vizebürgermeisterinnen, die zugleich Amtsführende Stadträtinnen sind (Renate Brauner, SPÖ und Maria Vassilakou, Grüne), 6 Amtsführenden Stadträt/innen (Sandra Frauenberger, Michael Ludwig, Andreas Mailath-Pokorny, Christian Oxonitsch, Ulli Sima, Sonja Wehsely,

⁸⁷ Vgl. <https://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/index.htm> (Abfrage am 17.6.2012)

alle SPÖ) und 4 Stadträt/innen (David Lasar, Veronika Matiasek, Eduard Schock, alle FPÖ und Manfred Juraczka, ÖVP)⁸⁸.

Die Organisation der Stadterneuerung und die zuständigen Dienststellen innerhalb der städtischen Verwaltung wurde bereits in Kapitel 4.3.1 dargestellt.

Herausforderungen und aktuelle Entwicklungen

Auch wenn die Sozialpartnerschaft zunehmend an Einfluss verliert und Betriebe zunehmend ausgegliedert werden sind Konfliktvermeidung und Konsensorientierung noch immer wichtige Grundpfeiler der politischen Kultur der Stadt Wien, was z.B. die Etablierung von Partizipationsprozessen behindert. In Wien wird das Potenzial von Partizipation noch nicht ausgeschöpft, weil von den Entscheidungsträger/innen befürchtet wird, dass dies zu einem Verlust des Entwicklungsspielraums der Stadt führen würde. Die Strategiepapiere der Stadt Wien enthalten aber auch Ansätze zu einer Veränderung des Planungsverständnisses:

- Eine strategische Ausrichtung, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie Modernisierung der Verwaltung einerseits und sozialen Zusammenhalt andererseits verfolgt
- Einbeziehung von Bewohner/innen und Vertreter/innen der Wirtschaft in Planungsprozesse
- Die Notwendigkeit, kooperative Instrumente in der Stadterneuerung und der regionalen Planung einzusetzen

(vgl. Dangschat & Hamedinger 2009:109-110)

Konkret zeigen sich Herausforderungen für die Stadterneuerung und Stadtentwicklung z.B. in den Bereichen:

- **Integrierter Handlungsansatz:** Wie auch die drei nachfolgend genannten Punkte zeigen, wird die Implementierung eines integrierten Handlungsansatzes von den gegenwärtigen Strukturen des politisch-administrativen Systems massiv behindert. Unter anderem werden folgende Gründe genannt: Kammeralistik und Besitzstandswahrung, Eigeninteressen (auch fachliche) der Ressorts, fehlende Entscheidungskompetenz für die Organisation von Querschnittsthemen. (vgl. Breitfuss et.al. 2004:86-87)

⁸⁸ Vgl. <https://www.wien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=polstelle&Type=K&HLayout=politikersuche&stellecd=1997071515164546&AUSSSEN=&DIA=1&TYP=1>
(Abfrage am 17.6.2012)

- **Verwaltung:** Wie schon in Kapitel 4.3.1 dargestellt, sollte es in Wien vor allem im Bereich der operativen Entscheidungen verstärkt zu einer Querschnittsorientierung kommen, vor allem der operativen Ebene. (vgl. Breiffuss et.al. 2004:81)
- **Entscheidungsfindung:** Diese sollte für die konkrete Umsetzung zunehmend nach unten bzw. außen delegiert werden um Spielräume für zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu schaffen. Dafür ist eine strategischere Ausrichtung der oberen Ebenen mit Leitbildern, Zielformulierungen und Kontrollmechanismen notwendig. (vgl. Breiffuss et.al. 2004:87-88)
- **Kooperationen:** Grundlage für einen integrierten Handlungsansatz ist das Schaffen bzw. Ausweiten der Kooperationen zwischen verschiedenen Akteur/innen: vertikale Kooperation (Stadtteil, Bezirk, Stadt, Land, Staat), horizontale Kooperation innerhalb der Verwaltung über Ressortgrenzen hinweg, Kooperation zwischen staatlichen, lokalen und privaten Akteur/innen („*public-private-partnership*“). (vgl. Breiffuss et.al. 2004:86)
- **Dezentralisierung:** Wiener Bezirke sind keine Gebietskörperschaften sondern haben vor allem Mitwirkungs-, Anhörungs- und Informationsrechte. Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung wurden in den vergangenen Jahren an die Bezirke delegiert, wobei die Gestaltungsmöglichkeiten der Bezirke sehr eingeschränkt sind, da z.B. ein Großteil des Bezirksbudgets gebunden ist. Für Bezirke ist die Durchsetzung von Bezirksinteressen teilweise schwierig, weil sie keinen Einfluss auf die Stadtverwaltung haben. (vgl. Breiffuss et.al. 2004:83-84)
- **Liberalisierung und Privatisierung:** Kommunen werden u.a. von EU und WTO zur Liberalisierung bzw. Privatisierung kommunaler Versorgungsbetriebe angehalten. Dies schränkt die lokalen Handlungsspielräume weiter ein. (vgl. Breiffuss et.al. 2004:85)
- **Gemeinwohlorientierung:** Die Stadt Wien forciert wie die meisten europäischen Städte eine Standortpolitik, die sich auf neue Branchen konzentriert und mit ökonomischen Umstrukturierungen und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes einhergeht. Auch die Stadtentwicklung orientiert sich an diesen Zielgruppen und schafft attraktive Räume für *Headquarters* internationaler Unternehmen. Deswegen sollte bei der Stadtteilentwicklung neben der architektonischen und städtebaulichen Qualität auch auf die Sozialverträglichkeit geachtet werden. Im geförderten Wohnbau wurde darauf reagiert, indem soziale Nachhaltigkeit eines der 4 Bewertungskriterien für eingereichte Projekte ist⁸⁹. (vgl. Breiffuss et.al. 2004:74-75)

⁸⁹ Vgl. <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 24.1.2013)

6.1.2 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Wien zählt rund 1,7 Millionen Einwohner/innen (2011 waren es 1.714.142). 19,4% der Wiener/innen waren 2010 unter 20 Jahre alt. 7,5% der Wiener/innen gehören der Altersgruppe 75 Jahre und älter an. 21,5% der Einwohner/innen haben 2011 eine Nicht-Österreichische Staatsbürgerschaft, 33,4% der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. 7,3% der Einwohner/innen besitzen eine EU-Staatsbürgerschaft, 4,3% sind aus Serbien und Montenegro, 2,5% aus der Türkei, 1,9% aus Deutschland. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2011, Magistrat der Stadt Wien 2012b)

Die höchste abgeschlossene Ausbildung der 25- bis 64-Jährigen verteilte sich in Wien 2008 wie folgt: 22,1% hatten einen Pflichtschulabschluss, 26,6% einen Lehrabschluss, 11,8% eine Berufsbildende mittlere Schule, 19,3% Höhere Schule mit Matura, 2,4% Hochschulverwandte Lehranstalt, 17,8% Universitäts-, Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2011, Magistrat der Stadt Wien 2012b)

2011 bezogen in Wien 129.020 Personen Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Bei den Personen, die als finanziell depriviert gelten, kam es zwischen 2005 und 2011 zu einem Anstieg um 3,9%. Besonders signifikante Anstiege gab es in der Gruppe der Einpersonenhaushalte und für Personen in Haushalten mit Kindern. 15% der Erwerbstätigen in Wien sind als „*Working Poor*“⁹⁰ zu bezeichnen. Dies betrifft vor allem jüngere Personen und Personen mit ausschließlich Pflichtschulabschluss. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012b, Statistik Austria 2013)

6.1.3 WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Wien unterliegt wie viele vergleichbare europäische Städte einem Strukturwandel. Der Prozess der Suburbanisierung zuerst der Bevölkerung und anschließend der Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriebetrieben führt zu einer Standortverlagerung vor allem ins südliche Niederösterreich. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion schrumpft kontinuierlich (1981: 36%, 1991: 28%, 2001: 17%) vor allem durch Verlagerung der Produktionsstätten in andere Länder. Im Gegenzug findet eine Zunahme des Dienstleistungssektors vor allem im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen statt. Wobei es im z.B. im Bereich Bank- und Versicherungswesen bereits wieder zum Abbau

⁹⁰ Als „*Working Poor*“ werden hier jene Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren bezeichnet, die arbeitslos sind und nach ILO-Definition aktuell erwerbstätig sind.“ (Statistik Austria 2013:57)

von Arbeitsplätzen kommt. Daraus ergibt sich, dass mehr Arbeitsplätze verloren gehen als neue geschaffen werden. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005a:15f)

Die regionale Bruttowertschöpfung (entspricht dem Gesamtwert der erzeugten Waren und Dienstleistungen reduziert um die Vorleistungen) in Wien betrug 2009 65,079 Millionen Euro. Damit hat Wien einen Anteil von 26,2% an der Bruttowertschöpfung Österreichs. Das Bruttoregionalprodukt (=regionales Bruttoinlandsprodukt) betrug im Jahr 2009 in Wien 72,063 Millionen Euro. Das entspricht 42.600 Euro pro Einwohner/in in Wien, im Vergleich dazu beträgt das Bruttoregionalprodukt für Österreich 32.900 Euro pro Einwohner/in. Das Wirtschaftswachstum betrug in Wien im Jahr 2011 2,4%. Die größten Zuwächse gab es in den Bereichen Herstellung von Waren und Bergbau sowie Energie- und Wasserversorgung und Abfallentsorgung. Im Jahr 2011 wurden 8.212 Unternehmen neugegründet und 1.836 Unternehmen meldeten Insolvenz an. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012b)

Im Jahr 2010 gab es in Wien 73.247 Betriebe mit 690.743 Beschäftigten. 2011 waren im Jahresdurchschnitt 79.152 Arbeitslose vorgemerkt. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,2%. Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten betrug im Jahr 2010 20.685 Euro. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012b)

2011 betrugen die Einnahmen der Stadt Wien aus eigenen Steuern und Abgaben 1.175,9 Millionen Euro, die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (einschließlich Anteil an der Spielbankabgabe) 4.929,9 Millionen Euro⁹¹. Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind seit 2008 kontinuierlich gestiegen, was auf das Finanzausgleichsgesetz 2008 zurückzuführen ist. Die Stadt Wien verzeichnete im Jahr 2011 eine deutliche Steigerung der eigenen Steuern und Abgaben.⁹²

⁹¹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/statistik/verwaltung/tabellen/ra-einnahmearten-zr.html> (Abfrage am 26.8.2013)

⁹² Vgl. <http://www.wien.gv.at/statistik/verwaltung/finanzen/erlaeuterungen.html> (Abfrage am 26.8.2013)

6.2 DAS STADTERNEUERUNGSGEBIET SIMMERING

6.2.1 LAGE

Simmering, der elfte Wiener Gemeindebezirk, liegt im Osten der Stadt Wien, südlich der Donau. Das Stadterneuerungsgebiet Simmering umfasst eine Fläche von 173ha (rund 7% der Gesamtfläche Simmerings) und liegt im Westen von Simmering. Es wird durch die Autobahn A23, die Flughafenschnellbahn, die Ostbahn und die ehemalige Schlachthausbahn begrenzt (siehe Abbildung 2). Die zentrale Achse des Stadterneuerungsgebiets ist die Simmeringer Hauptstraße, die zugleich auch die wichtigste Einkaufsstraße des Bezirks ist. Das Stadterneuerungsgebiet befindet sich auch im Zielgebiet „Simmering“, einem der 13 Zielgebiete der Wiener Stadtentwicklung.⁹³

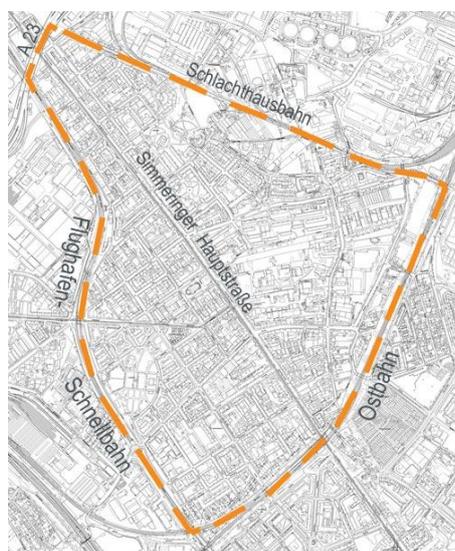


Abbildung 2: Lage und Grenze des Stadterneuerungsgebiets Simmering

Quelle: GB*11

6.2.2 POLITISCHE STRUKTUR

Die letzte Bezirksvertretungswahl war am 10. Oktober 2010. Von den 64.484 Wahlberechtigten machten 40.087 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die SPÖ erhielt 49,19% der Stimmen, die FPÖ 34,21%, die ÖVP 7,77%, die Grünen 6,42%, weitere Parteien hatten jeweils unter 2% der Stimmen⁹⁴. Die Bezirksvertretung besteht aus 52 Bezirksrät/innen. Die Mandate verteilen sich wie folgt: 27 SPÖ, 18 FPÖ, 4 ÖVP und 3 Grüne⁹⁵. Bezirksvorsteherin

⁹³ Allgemeine Informationen über die Zielgebiete unter <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/> (Abfrage am 12.12.2011)

⁹⁴ Vgl. http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101.htm#wk_simmering (Abfrage am 28.12.2012)

⁹⁵ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-311.htm> (Abfrage am 17.6.2012),

ist Renate Angerer (SPÖ), ihre Stellvertreter sind Peter Kriz (SPÖ) und Paul Stadler (FPÖ)⁹⁶. In Simmering regiert die SPÖ mit einer absoluten Mehrheit.

6.2.3 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Das Stadterneuerungsgebiet zählt rund 28.000 Einwohner/innen (2005 waren es 27.988, was etwa 34% der Bezirksbevölkerung entspricht). In Simmering wohnen 5,3% der Wiener Bevölkerung. Simmering ist im Vergleich mit der Stadt Wien ein „junger“ Bezirk: 22,3% der Bezirksbevölkerung waren 2010 unter 20 Jahre alt, im Vergleich zu 19,4% in Wien. Bei der Altersgruppe 75+ liegt Simmering mit einem Anteil von 5,6% unter dem Wiener Durchschnitt von 7,5%. Der Ausländer/innen-Anteil ist 2010 mit 18,7% unter dem Wiener Durchschnitt von 20,7%. Im Stadterneuerungsgebiet Simmering jedoch lag der Ausländer/innen-Anteil 2008 bei rund 22,4%, wobei der Anteil der Altersklasse bis 9-Jährige bei über 25,7% lag und bei den über 65-Jährigen bei 8,9%. Die GB*11 hat in ihren Analyse festgestellt, dass es auf Zählgebietsebene große Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur gibt, sowohl was die Altersverteilung als auch den Anteil von Ausländer/innen betrifft. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2011, GB*11 2007)

Über das Ausbildungsniveau im Stadterneuerungsgebiet stammen die letzten erhobenen Daten aus dem Jahr 2001. Damals lag der Anteil der Akademiker/innen (bezogen auf die Basis der Erwerbsfähigen und Pensionist/innen) mit 4,7% bei den Männern und 3,9% bei den Frauen deutlich unter dem Wiener Durchschnitt (Männer 12,9%, Frauen 10,5%) und leicht unter dem Durchschnitt von Simmering (Männer 4,5%, Frauen 4,2%). Anders sind die Zahlen bei den Personen mit abgeschlossener Lehrlingsausbildung: Darüber verfügen im Stadterneuerungsgebiet 45,8% der Männer und 23,8% der Frauen. Diese Werte liegen über dem Wiener Durchschnitt von 37,0% bei den Männern und 20,4% bei den Frauen und unter dem Simmeringer Durchschnitt von 49,5% bei den Männern und 26,5% bei den Frauen. Damit spiegelt sich der Ruf von Simmering als Arbeiter/innen-Bezirk im Ausbildungsniveau der Bevölkerung wider. (vgl. GB*11 2007)

6.2.4 BEBAUUNGSSTRUKTUR UND ÖFFENTLICHER RAUM

Das Stadterneuerungsgebiet weist eine hohe Bebauungsdichte, eine hohe Bevölkerungsdichte (ca. 150EW/ha, Wien ca. 41EW/ha) und einen im Vergleich zum Bezirk Simmering geringen Grünflächenanteil auf: ca. 5m²/Einwohner/in im Stadterneuerungsgebiet, ca. 130m²/Einwohner/in in Simmering. Dennoch ist die Versorgung

⁹⁶ Vgl. <http://wien.gv.at> (Abfrage am 15.6.2012),

mit Grünflächen vor allem im Vergleich zu anderen Stadterneuerungsgebieten grundsätzlich gut. Von den insgesamt 11 Parks und 3 städtischen Plätzen sind die größten der Herder- und der Hyblerpark. Die Parks werden überwiegend von Kindern und Jugendlichen genutzt. (vgl. GB*11 2007)

Die Bebauung ist einerseits durch einen hohen Anteil an gründerzeitlicher Bebauung (errichtet vor 1919) und andererseits durch große städtische Wohnhausanlagen aus allen Bauperioden (1920er- bis 1990er-Jahre⁹⁷) gekennzeichnet. Es gibt im Stadterneuerungsgebiet insgesamt sechs Gebiete, die von der Stadt Wien als erneuerungsdringlich bzw. stark erneuerungsdringlich eingestuft wurden. Außerdem gibt es aktuell eine Blocksanierung im Bereich Rinnböckstraße, die 9 Baublöcke mit 86 Liegenschaften umfasst⁹⁸. (vgl. GB*11 2007)

Im Gebiet befinden sich einige Flächen, die in den nächsten Jahren bebaut werden sollen. Das größte Wohnbauprojekt ist dabei die Bebauung der ehemaligen Mautner-Markhof-Gründe, die sich zwischen Simmeringer Hauptstraße 101 und Mautner-Markhof-Gasse befinden. Dort entstehen in den nächsten Jahren rund 900 neue Wohnungen. Auch im Bereich des Gasometervorfeldes und im Bereich Neu-Marx entstanden und entstehen zahlreiche Wohn- und Bürobauten. Mittelfristig werden die Brachflächen zwischen Erdberg und Simmering bebaut und die beiden Bezirke wachsen baulich zusammen. (vgl. GB*11 2007)

6.2.5 WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien (Magistrat der Stadt Wien 2011:272,294) gibt über die Wirtschaft in Simmering folgende Auskünfte: In Simmering gab es im Jahr 2001 1.639 Unternehmen (das entspricht 2,37% der Unternehmen in Wien) und 2.284 Arbeitsstätten (das entspricht 2,60% der Arbeitsstätten in Wien). 2009 gab es 22.810 unselbständig aktiv Beschäftigte, das entspricht 3,01% der Beschäftigten in Wien oder 25,43% der Bevölkerung Simmerings (im Vergleich Wien: 44,65% der Bevölkerung). Es gab 4.501 Arbeitslose, das entspricht 6,16% der Arbeitslosen in Wien oder 5,02% der Bevölkerung Simmerings (im Vergleich Wien: 4,30% der Bevölkerung). Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der unselbständig Beschäftigten betrug 18.387 Euro im Jahr 2008 und lag damit unter dem wienweiten Durchschnitt von 20.206 Euro.

⁹⁷ <http://www.wien.gv.at/stadtplan/> (Abfrage am 8.12.2011)

⁹⁸ Vgl. <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 9.12.2011)

Im Stadterneuerungsgebiet findet ein Strukturwandel von Industrie und Gewerbe hin zu Wohnen, Handel und Dienstleistungen statt. Aber auch innerhalb des Einzelhandels und der Simmeringer Hauptstraße als zentraler Geschäftsstraße gibt es (wie auch in anderen vergleichbaren Lagen in Wien) einen Strukturwandel. Der spezialisierte Einzelhandel geht zurück und wird durch Filialen großer Konzerne einerseits und Geschäfte mit Waren geringer Qualität (sogenannte „1-Euro-Shops“) andererseits ersetzt. Allerdings ist die Simmeringer Hauptstraße eine der Geschäftsstraßen, die gut funktionieren und eine geringe Leerstandsrate sowie nur vereinzelt Langzeitleerstand⁹⁹ aufweist (rund 7% von insgesamt 341 Geschäftslokalen). Dieser Strukturwandel bereitet vor allem der alteingesessenen Bevölkerung Simmerings Probleme z.B. weil die lokalen Arbeitsplätze in der Industrie verloren gehen. (vgl. GB*11 2007)

Eine Erhebung im Jahr 2009 ergab, dass sich 44 Betriebe des produzierenden Kleingewerbes im Stadterneuerungsgebiet befinden, darunter z.B. die Herstellung von Nahrungsmitteln, Bekleidung, Werken aus Stein, Kraftwagen, Büromaschinen, Holzverarbeitung. (vgl. Aichinger et.al. 2009)

⁹⁹ Definition Langzeitleerstand: Leerstand über den gesamten Beobachtungszeitraum (im konkreten Fall 2007 bis 2012)

6.3 DIE ARBEIT DER GEBIETSBETREUUNG STADTERNEUERUNG IN SIMMERING (GB*11)

Allgemeine Informationen über die Aufgaben und Arbeitsweisen der Gebietsbetreuung Stadterneuerung wurden bereits in Kapitel 4.4.2 gegeben. Hier wird darauf aufbauend auf die besonderen Gegebenheiten in Simmering eingegangen.

6.3.1 AUFGABEN

Neben den allgemeinen Schwerpunkten (allgemeine und fallbezogene Auskunft und Beratung, bauliche Erneuerung, öffentlicher Raum, Vernetzungstätigkeit und Veranstaltungen) hatte die GB*11 folgende individuelle Schwerpunkte:

- Auskunft und Beratung: Beratung bei Nachbarschaftskonflikten, Schimmel in der Wohnung, Barrierefrei im Grätzel
- Gebietserneuerung und Stadtteilmanagement: Begleitung der Entwicklung im zentralen Bereich Simmerings (z.B. Erdgeschoßnutzung, Verkehrsorganisation, Informationsveranstaltungen), Angebote im öffentlichen Raum, Analyse der Branchenstruktur der Simmeringer Hauptstraße
- Lokale und internationale Vernetzung
- Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit: Neben wienweiten Aktionen wie dem Nachbarschaftstag und den Architekturtagen auch Informationsveranstaltungen z.B. zum Thema „Barrierefrei im Grätzel“ oder „Bebauung der Mautner-Markhof-Gründe“.
- Außerdem hatte die GB*11 zwei über ihren Grundauftrag hinausgehende Projekte: Mehrwert Sanierungsinitiative Schneiderviertel (siehe Kapitel 4.4.5) in Ergänzung zur Blocksanierung Rinnböckstraße und Stadtteilmanagement mit jährlich wechselnden Schwerpunkten (Zentralraum Simmering, Fuchsröhre-Gasometervorfeld Süd, Simmeringer Hauptstraße).

6.3.2 ARBEITSWEISE

Vor allem in jenen Bereichen, wo es nicht um fallbezogene Beratung geht, sieht die GB*11 sich als Informationsdreh Scheibe, die Kommunikation zwischen Betroffenen (z.B. Bewohner/innen, Institutionen, Politik, Verwaltung) ermöglicht. Dabei werden zuerst akute oder zukünftige Probleme entweder durch eigene Erhebungen oder durch Dritte identifiziert. Anschließend wird überlegt, wer zur Lösung des Problems beitragen könnte und entsprechende Beteiligungsformen überlegt. So fand z.B. zum Thema „Barrierefreier Zugang zum Bildungszentrum“ eine Begehung mit Behindertenvertreter/innen statt, zur Begleitung

der Entwicklung im zentralen Bereich von Simmering gibt es ein Expert/innen-Forum, in dem Vertreter/innen der Bauträger, die Bezirksvorstehung aber auch Vertreter/innen von Magistratsdienststellen und Institutionen wie der Parkbetreuung oder der Volkshochschule Wissen austauschen und wichtige Fragen beraten.

Informationsdrehscheibe heißt für die GB*11 auch, Bewohner/innen über wichtige Themen zu informieren bzw. für Themen zu sensibilisieren. So werden z.B. Nachbarschaftsfeste auch dazu genutzt, Bewohner/innen über aktuelle Entwicklungen zu informieren und Informationen zu erhalten sowie die GB*11 als Institution für Informationen über den Bezirk zu positionieren.

6.4 SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN SIMMERING

Die Initiativen Solidarischer Ökonomie sind, wie bereits in Kapitel 3.3 ausgeführt, in Wien erst vereinzelt anzutreffen. So konnten im Stadterneuerungsgebiet selbst nur wenige Beispiele für Ansätze Solidarischer Ökonomie ausfindig gemacht werden. In ganz Simmering finden sich noch einzelne weitere Beispiele, die im Folgenden näher ausgeführt werden.

6.4.1 STADTTEILZENTRUM *CENTRO ONCE*

Das Stadtteilzentrum *Centro Once* ist eine als Verein organisierte Kulturinitiative, die laut Eigendefinition seit mehr als 15 Jahren Kultur- und Integrationsarbeit leistet. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf chilenischer Kultur und der Veranstaltung interkultureller Straßenfeste. Das Stadtteilzentrum versteht sich aber auch als Teil der Zivilgesellschaft, das mit anderen Akteur/innen der Zivilgesellschaft wie Attac, SOS Mitmensch, Sozialforum Austria und anderen kooperiert. Hier soll Platz für z.B. Diskussionsforen, alle Arten von Kultur aus allen Teilen der Welt, Theater, Literatur, Tanz, Musik, Film sein. Somit scheint es hier Anknüpfungspunkte für weitere Aktivitäten im Bereich der Solidarischen Ökonomie zu geben z.B. bewusstseinsbildende Maßnahmen im Stadtteil. Die GB*11 kooperiert mit dem Stadtteilzentrum im Rahmen des Projekts Mehrwert Sanierungsinitiative (siehe Kapitel 4.5.5).¹⁰⁰

6.4.2 GEMEINSCHAFTSGÄRTEN

Gemeinschaftsgärten werden seit 2011 auch seitens der Stadt Wien gefördert. So spricht sich die zuständige Umweltstadträtin Ulli Sima dafür aus, dass in jedem Bezirk ein Gemeinschaftsgarten entstehen soll, der auch von den Wiener Stadtgärten (MA 42) mit *Know-How* und Materialien wie Erde und Holz unterstützt wird. Für einen Gemeinschaftsgarten pro Bezirk gibt es auch finanzielle Unterstützung. Damit verbunden ist auch die Erwartung, das Zusammenleben im Grätzl zu verbessern und Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten zu bieten. (vgl. MA 42 2011)

Es gibt in Simmering derzeit einen Gemeinschaftsgarten, den Nachbarschaftsgarten Macondo, in der Zinnergasse. Benannt ist er nach der gleichnamigen Siedlung, in der Flüchtlinge und ehemalige Flüchtlinge aus aller Welt wohnen. Macondo beherbergt seit den 1950er-Jahren Menschen aus allen Teilen der Welt z.B. aus Ungarn, Vietnam, Chile, Ex-Jugoslawien und Afrika die früher unbefristetes Wohnrecht hatten. Heute müssen

¹⁰⁰ Vgl. http://www.centro-once.org/ueber_uns.html (Abfrage am 13.12.2011)

Neuzugezogene nach fünf Jahren die Siedlung verlassen. Als Ziel für den Nachbarschaftsgarten definieren die Betreiber/innen: „Kontinuität in einer flüchtigen Umgebung und Raum für einen fruchtbaren interkulturellen Austausch in- (sic!) und außerhalb Macondos schaffen und die Kreativität und Eigeninitiative und somit Verantwortung für das gemeinsame Areal bei den unterschiedlichen Gruppen von BewohnerInnen anregen.“¹⁰¹ Gegründet wurde er 2010 und besteht aus zwei Teilen: einem Kinder-Garten und einem Erwachsenen- und Familiengarten. Der Nachbarschaftsgarten wird vom Verein Gartenpolylog organisatorisch und CABULA6 künstlerisch betreut. Projektträger des Gemeinschaftsgartens sind die Stadt Wien - MA 22 und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.¹⁰²

Zusätzlich gibt es im Stadterneuerungsgebiet einige Flächen, die für die Errichtung eines Gemeinschaftsgartens geeignet wären:

- Bürgerspitalwiese: Große Brache mit schlechter Bodenqualität, die in den nächsten Jahren bebaut werden soll. Zum Großteil im Eigentum der Stadt Wien.
- Rappachgasse: Auch hier gibt es eine Brache, auf der sich früher eine Gärtnerei befand. Dieses Grundstück ist im Besitz der Stadt Wien und langfristig verpachtet.
- Am Kanal: Hier gibt es einige in Frage kommende Abstandsflächen.
- Auch viele Gemeindebauten verfügen über große Innenhöfe und könnten Gemeinschaftsgärten Raum bieten.
- In mehreren Bauprojekten auf den ehemaligen Mautner-Markhof-Gründen sind Nachbarschaftsgärten für die Bewohner/innen vorgesehen.¹⁰³

(vgl. Krall et.al. 2009)

6.4.3 GENOSSENSCHAFTEN

In Simmering gibt es zwei große Genossenschaften, bei denen es sich um traditionelle Produktionsgenossenschaften handelt:

- LGV-Frischgemüse: Diese wurde 1946 gegründet und umfasst derzeit rund 300 Mitgliedsbetriebe. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die gemeinsame

¹⁰¹ <http://nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.com/p/macondo.html> (Abfrage am 12.12.2011)

¹⁰² Vgl. <http://nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.com/p/nachbarschaftsgarten.html> (Abfrage am 12.12.2011)

¹⁰³ Vgl. <http://www.oesw.at/presse/pressemeldungen/2011/332011-join-in-beim-simmeringer-forum.html> (Abfrage am 12.12.2011)

Vermarktung, Verarbeitung und Qualitätskontrolle des von den Mitgliedsbetrieben produzierten Gemüses.¹⁰⁴

- Friedhofsgärtner Genossenschaft Österreichs für Dauergrabpflege: Diese besteht seit 1980 und hat derzeit rund 100 Mitglieder. Zweck ist gärtnerische Betreuung von Grabstellen durch die Mitglieder. Die Genossenschaft garantiert den Kund/innen die Einhaltung des Vertrags auch bei Ausfall des beauftragten Gärtnereibetriebs und führt Qualitätskontrollen durch.¹⁰⁵

6.4.4 SELBSTORGANISIERTE WOHNPROJEKTE

In der Mautner-Markhof-Gasse entsteht derzeit ein gefördertes Wohnprojekt, das neben rund 90 Wohnungen auch das Frauenwohnprojekt [ro*sa] im Elften¹⁰⁶ beherbergen wird. Das Wohnhaus wird von einem Gemeinnützigen Bauträger errichtet.

Das Frauenwohnprojekt [ro*sa] im Elften ist bereits das Dritte seiner Art in Wien. Getragen wird es von einem Verein von Interessentinnen, der auch als Plattform für Mitbestimmung und Selbstorganisation der Gruppe dient. Mietverträge werden nur mit Vereinsmitgliedern abgeschlossen. Folgende Ziele werden definiert: „Durch gleichwertiges Zusammenleben von älteren und jüngeren Frauen, Kindern und mitwohnenden PartnerInnen unterschiedlicher Herkunft werden vielfältige Beziehungen und Lebensweisen in einer Hausgemeinschaft verwirklicht.“¹⁰⁷ Wichtig sind auch Barrierefreiheit und ökologisches Bauen und Wirtschaften.

Sie verfolgen damit nicht nur die Möglichkeit für Frauen ein eigenständiges Leben in Gemeinschaft (auch generationenübergreifend) zu führen, sondern haben auch die Gesellschaft im Fokus z.B. durch die Belebung des Grätzels, Selbst- und Nachbarschaftshilfe und Angebote für Frauen.

¹⁰⁴ Vgl. <http://www.lgv.at> (Abfrage am 12.12.2011)

¹⁰⁵ Vgl. <http://www.grabpflege.at/genossenschaft.html> (Abfrage am 12.12.2011)

¹⁰⁶ Vgl. http://simmering.frauenwohnprojekt.info/rosa_verein.html (Abfrage am 8.3.2013)

¹⁰⁷ http://simmering.frauenwohnprojekt.info/rosa_verein.html (Abfrage am 8.3.2013)

6.5 MÖGLICHKEITEN DER FÖRDERUNG SOLIDARISCHER ÖKONOMIE

Nachdem sich in Kapitel 5 eine prinzipielle Übereinstimmung in den übergeordneten Zielen zwischen Solidarischer Ökonomie und Stadterneuerung ergeben hat und nur in Detailfragen mögliche Widersprüche bzw. Schwierigkeiten festgestellt wurden, wird im folgenden Kapitel untersucht, wie eine Förderung Solidarischer Ökonomie auf Stadtteilebene und speziell im Rahmen der Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung in Simmering aussehen kann. Zuerst wird auf die politischen Rahmenbedingungen in Wien und ihr Einfluss auf die Förderung Solidarischer Ökonomie näher eingegangen. Dann wird, wie schon in den vorangegangenen Kapiteln, anhand der Steuerungsinstrumente der Raumplanung nach der Klassifizierung von Selle (2005:310ff) vorgegangen, wobei diese Instrumente selten isoliert zum Einsatz kommen sondern je nach Fragestellung auf das jeweilige Projekt abgestimmt werden.

6.5.1 POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Wie in Kapitel 6.1.1 beschrieben sind die derzeitigen Rahmenbedingungen in Wien nicht förderlich für Solidarische Ökonomie. Die größte Herausforderung dürfte dabei ein versorgungsstaatliches Selbstverständnis von Politik und Verwaltung sein, das mit selbstorganisierten oder eigeninitiativen Konzepten nicht kompatibel ist (vgl. I4:Z184-187). Es gibt aber auch Ansätze, wo seitens der Wiener Stadtpolitik Eigenverantwortung zunehmend gefördert wird. Derzeit sind das vor allem Projekte im Bereich Grün- und Freiraumgestaltung wie Gemeinschaftsgärten, Innenhofbegrünung oder Baumscheibenpatenschaften¹⁰⁸. Auch das Thema Gemeinschaftliches Wohnen wird in Wien zunehmend Thema und von der Stadt Wien (Wohnbauressort) unterstützt, was sich sowohl an der Anzahl von Selbstorganisierten Wohnprojekten¹⁰⁹ als auch der Veranstaltungen¹¹⁰ zum Thema zeigt. Diese Themen sollen auch auf Wunsch der Auftraggeber von den GB* aktiv gefördert und unterstützt werden z.B. durch Ausbau niederschwelliger Informationsangebote auf der Website, mit Foldern und Pressetexten¹¹¹.

Der Einsatz kooperativer Instrumente in der Stadterneuerung und der regionalen Planung (siehe Kapitel 6.1.1) wäre auch für die Förderung Solidarischer Ökonomie wichtig. (vgl. Dangschat & Hamedinger 2009:109-110)

¹⁰⁸ Vgl. <http://www.gbstern.at/projekte/freiraum/garteln-ums-eck-im-9-17-und-18-bezirk/> (Abfrage am 8.3.2013)

¹⁰⁹ Vgl. <http://www.wohnbaufestwochen.at/2013/> (Abfrage am 8.3.2013)

¹¹⁰ Z.B. <http://www.wohnbaufestwochen.at/2013/>, <http://www.wohntage.info> (Abfragen am 8.3.2013)

¹¹¹ Vgl. <http://www.gbstern.at/service/gruen-und-freiraum/garteln-ums-eck/> (Abfrage am 14.5.2013)

Auf politischer Ebene zu klären ist die Frage, ob die Förderung Solidarischer Ökonomie ein Ziel der Wiener Stadt- bzw. Bezirkspolitik ist. (vgl. I4:Z454)

6.5.2 REGULATIVE INSTRUMENTE

Regulative Instrumente spielen bei der Förderung Solidarischer Ökonomie aus Sicht der Akteur/innen der Solidarischen Ökonomie eine untergeordnete Rolle. Wie schon in der Begriffsdefinition für Solidarische Ökonomie (siehe Kapitel 3.1) erwähnt, entsteht Solidarische Ökonomie zumeist aus Problemlagen betroffener Menschen, die gemeinsam mit anderen nach Lösungen suchen und diese gemeinsam, demokratisch und solidarisch innerhalb der beteiligten Gruppe umsetzen.

Diese Vorgangsweise führt immer wieder zu Konflikten mit Aufsichtsbehörden, die darin Verstöße gegen herrschendes Recht vermuten z.B. könnten Regionalwährungen gegen das Monopol der Notenbank verstoßen (siehe Kapitel 3.3.2.1), Tauschringe könnten die Schattenwirtschaft fördern oder gegen Steuergesetze verstoßen (siehe Kapitel 3.3.2.2). Auch alternative Finanzierungsmodelle¹¹² können in Konflikt mit geltendem Recht kommen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der Konflikt zwischen der Firma GEA und der Finanzmarktaufsicht (FMA). Wobei die FMA auf ihrer Website dazu klarstellt: „Die rechtlichen Normen, [...] sind im Wesentlichen Normen zum Schutz der Sparer, Anleger, Kreditgeber und Gläubiger. Sie zielen nicht darauf ab, bestimmte Finanzierungsformen grundsätzlich zu verbieten, [...]“¹¹³

Regulative Instrumente können Rahmenbedingungen schaffen, die Entwicklungen behindern z.B. sieht die Flächenwidmung in Wien Nutzungsbeschränkungen in „Wohnzonen“ vor. Dies dient einerseits dem Schutz der Bewohner/innen vor Immissionen verhindert andererseits die alternative Nutzung von Erdgeschoßzonen und ehemaligen Geschäftslokalen für Dienstleistungsbüros, Ateliers, nicht umweltstörende gewerbliche Nutzungen und dergleichen. (vgl. Stadtentwicklung Wien 2005a:70)

Wenn auf politischer Ebene eine Förderung Solidarischer Ökonomie ein Ziel der Wiener Stadt- bzw. Bezirkspolitik ist, müsste das Auswirkungen auf die Gestaltung regulativer

¹¹² Mehr Information dazu bietet ein Informationsblatt der FMA zum Thema Bürgerbeteiligungsmodelle (vgl. http://www.fma.gv.at/typo3conf/ext/dam_download/secure.php?u=0&file=8157&t=1380968657&hash=07333e27e7780623c72ae69aa1dc8e35 (Abfrage am 4.10.2013)

¹¹³ <http://www.fma.gv.at/de/sonderthemen/information-zu-buergerbeteiligungsmodellen/gea.html> (Abfrage am 4.10.2013)

Instrumente haben. Allerdings ist das Problembewusstsein dafür noch sehr gering und findet derzeit auch in der Literatur nur in Ansätzen Erwähnung. (vgl. I4:Z454)

6.5.3 KOMMUNIKATION

Kapitel 6.4 hat gezeigt, dass in Simmering noch wenige Ansätze Solidarischer Ökonomie vorhanden sind. Solidarische Ökonomie im Stadtteil zu thematisieren ist eine Aufgabe, die die GB* übernehmen könnte. Die GB* verfolgt mit dem Stadtteilmanagement-Ansatz bereits über ein Instrument, das einen Schwerpunkt im Bereich der Kommunikation setzt (siehe Kapitel 4.4.4).

Pilotprojekte oder Aktionen Solidarischer Ökonomie können Möglichkeiten abseits des bisher Bekannten aufzeigen. Dies kann auch zu Irritationen der (unbeteiligten) Bewohner/innen führen. Diese Irritationen zu benutzen, um eine Auseinandersetzung mit Fragen zum eigenen Lebensumfeld und dem Zusammenleben im Stadtteil anzustoßen kann auch seitens der GB* unterstützt werden. Ein Projekt, das diesen Ansatz verfolgte war „Simmeringer Hauptstraße: Gib deinen Senf dazu!“¹¹⁴. (vgl. I1:Z355-360)

Beispiele für konkrete Ansatzpunkte für Kommunikationsinstrumente sind:

- **Information:** Die Information potentiell Interessierter über das Thema und konkrete Beispiele kann das Entstehen solcher Initiativen fördern, weil es in Wien derzeit noch wenige gute Beispiele vor Ort gibt. Methoden die derzeit bereits im Rahmen der GB* eingesetzt werden und die sich auch für die Vermittlung von Informationen über Solidarische Ökonomie in Simmering eignen würden sind z.B. Grätzelspaziergänge, Vorträge, Ausstellung, Diskussionsveranstaltungen, Fragestunden, Website-Beiträge, Informationsveranstaltungen auch in Kooperation mit bestehenden oder entstehenden Projekten.¹¹⁵ (vgl. I3:Z179-185, I3:Z190-199, I4:Z475)
- **Vernetzung:** Die Vernetzung ähnlicher Projekte, Interessierter mit bestehenden Projekten oder verschiedener Initiativen im Grätzel sind sowohl für die Projekte als auch für die Vielfalt im Stadtteil förderlich. Mögliche Formate, die bereits im Rahmen der GB* eingesetzt werden sind z.B. Runde Tische oder Expert/innen-Foren bzw. können alternative Ideen auch im Rahmen dieser bestehenden Formate eingebracht und thematisiert werden. (vgl. I3:Z182-199)

¹¹⁴ Vgl. <http://www.gbstern.at/projekte/wirtschaft/gib-deinen-senf-dazu/das-projekt/> (Abfrage am 3.5.2013)

¹¹⁵ Vgl. <http://www.gbstern.at/veranstaltungen/einleitung/> (Abfrage am 18.1.2013)

- **Partizipation:** Wenn eine Stadt die Bewohner/innen in Veränderungs- und Gestaltungsprozesse in der Stadt einbezieht, hat das Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima. Dies erfordert auch von der Verwaltung eine veränderte Haltung und Dialogbereitschaft auf gleicher Augenhöhe sowie neue Formen der Entscheidungsfindung z.B. auch für städtische Programme (vgl. I1:Z327-335, I2:Z323-240, I4:Z438-440, I4:Z505-517). Instrumente, die im Rahmen von Stadtteilmanagementinitiativen der GB* eingesetzt werden sind z.B. Grätzelbeiräte oder Partizipationsverfahren für Gestaltungsprozesse im öffentlichen Raum (siehe Kapitel 4.4.4) (vgl. I4:Z509-517).
- **Interesse aufrechterhalten:** Viele Projekte starten mit großem Engagement aller Beteiligten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in vielen Fällen spätestens nach einem halben oder ganzen Jahr dieses Engagement wieder weg ist, wenn es nicht eine Person oder Institution gibt, die das Projekt durch regelmäßige Impulse am Laufen hält. (vgl. I3:Z288-314)

6.5.4 FINANZIELLE ANREIZE

Das Thema Solidarische Ökonomie ist derzeit in der Stadt Wien sowohl politisch als auch in der Verwaltung kein Thema (vgl. I4:Z180). Deswegen gibt es auch keine Förderungen, die speziell der Förderung Solidarischer Ökonomie dienen. Allerdings gibt es Förderungen, die für diesen Zweck genutzt werden könnten. Diese werden in Kapitel 6.5.4.1 dargestellt. Die Aufgabe der GB* könnte in diesen Fällen die Information über Förderungen für potentiell Interessierte sein. In den Interviews wurden aber auch Ansätze für neue Förderinstrumente bzw. Arten der Förderung angesprochen, für die es zuerst den entsprechenden politischen Willen braucht. Diese werden in Kapitel 6.5.4.2 dargestellt.

Abgesehen von diesen Förderungen gibt es noch Förderungen von unterschiedlichen Stellen (z.B. EU, Bund, Stadt, Arbeitsmarktservice (AMS), Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF), Wirtschaftsagentur Wien) die nicht per Definition die Förderung Solidarischer Ökonomie zum Ziel haben, aber je nach Projekt und im Einzelfall in Frage kommen könnten. So ist z.B. die Entstehung des Reparaturnetzwerks im Rahmen der Gürtel Plus-Initiative aus Mitteln des AMS und der EU gefördert worden (vgl. I2:Z89-99), die Veranstaltungsreihe im Rahmen von Social Polis – Educational Grant (siehe Kapitel 4.5.1.2) wurde mit Mitteln der EU finanziert.

Das Europäische Parlament hat am 13. März 2012 das Statut der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer/innen beschlossen. Dieses hat

die Förderung des Genossenschaftswesens und der Sozialwirtschaft und der Solidarischen Ökonomie in Europa zum Ziel. Dieses enthält zwar keine konkreten Förderungen, aber zahlreiche Forderungen für die Stärkung des Genossenschaftswesens und der Solidarwirtschaft.¹¹⁶

6.5.4.1 Bestehende Förderinstrumente

Folgende (exemplarisch ausgewählten) Förderungen sind auch für den Bereich der Solidarischen Ökonomie einsetzbar:

- **Wohnhaussanierungsförderung:** Der wohnfonds_wien fördert verschiedene Maßnahmen der Wohnungssanierung z.B. thermische Sanierung, Aufzugseinbau, Schaffung von Gemeinschaftsräumen, Wohnungsstandardanhebung mit unterschiedlichen Förderungen. Diese können z.T. auch von Baugruppen in Anspruch genommen werden.¹¹⁷ (vgl. I4:Z470-479)
- **Wohnbauförderung:** Die Wohnbauförderung der Stadt Wien sieht keine speziellen Förderungen für selbstorganisierte Wohnprojekte vor. Dennoch ist es auch innerhalb der bestehenden Wohnbauförderung möglich, solche Projekte zu fördern. So wurde z.B. die Sargfabrik als Wohnheim errichtet, die Baugruppen in der Seestadt Aspern erhalten Wohnbauförderung.¹¹⁸
- **Innenhof- und Vertikalbegrünung:** Die Stadt Wien fördert diese einmalig, für Innenhöfe, die allen Hausbewohner/innen zur Verfügung stehen. Gefördert wird dabei der Anbau von Pflanzen.¹¹⁹
- **Förderung zur Gründung eines Gemeinschaftsgartens** durch die MA 42 (siehe Kapitel 6.4.2). (vgl. MA 42 2011)
- **Förderungen der Wirtschaftsagentur Wien:** Laut Eigendefinition dient dieser Fonds der Stadt Wien dazu, Gründer/innen und Betriebe in Wien in den Bereichen Information, monetäre Förderung und Finanzierung sowie Standortentwicklung zu unterstützen. Dazu gibt es unterschiedliche Förderinstrumente deren möglicher Einsatz im Einzelfall abgewogen werden muss.¹²⁰

¹¹⁶ Vgl. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0071&language=DE&ring=A7-2011-0432> (Abfrage am 20.4.2012)

¹¹⁷ Vgl. <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 20.4.2012)

¹¹⁸ Vgl. <http://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbaufoerderung/foerderungen/neubau/> (Abfrage am 20.4.2012)

¹¹⁹ Vgl. <http://www.wien.gv.at/amtshelfer/umwelt/stadtgaerten/begrueung/innenhofbegrueung.html> (Abfrage am 20.4.2012)

¹²⁰ Vgl. <http://www.wirtschaftsagentur.at/> (Abfrage am 20.4.2012)

6.5.4.2 Ideen für neue Förderinstrumente

Folgende (in Wien noch nicht vorhandenen) Förderungsmöglichkeiten wurden von Interviewpartner/innen auf die Frage nach Unterstützungsmöglichkeiten genannt oder ergaben sich aus Wortmeldungen:

- **Förderung zur Entwicklung von Hofgemeinschaften:** Die Idee ist, Projekte wie das Planquadrat (siehe Kapitel 4.2.1), selbstorganisierte öffentlich zugängliche und gemeinschaftlich genutzte Freiräume, in ihrer Entstehung zu fördern indem die Gründung solcher Initiativen durch Begleitung in den ersten ein bis drei Jahren gefördert wird. (vgl. I4:Z300-313, I4:Z392-405)
- **Wohnbauförderung für Baugruppen:** Die Stadt Wien hat eigene Förderungen für unterschiedliche Arten der Wohnraumschaffung mit dem Ziel der „Bereitstellung leistbarer Wohnungen mit hohen ökologischen Standards“¹²¹. Eine spezielle Förderung für Baugruppen könnte deren Zahl in der Stadt Wien erhöhen. Dies wäre eine Entwicklung, die von etlichen Interviewpartner/innen als wünschenswert auch im Bereich der Stadterneuerung genannt wurde. (vgl. I1:Z230-233, I2:Z254-257, I2:Z524-527, I3:Z347-352, I4:436-438, I4:Z491-501)
- **Grätzelbudget:** Ein Budget, das für konkrete, kleinere Projekte in einem Stadtteil zur Verfügung steht kann die Umsetzung lokaler Projekte fördern und Bewohner/innen die Möglichkeit zur Mitbestimmung geben, wenn dieses z.B. durch einen gewählten Grätzelbeirat vergeben wird. Die Verankerung eines Grätzelbudgets in der Stadtverfassung ist Grundlage für eine rasche Umsetzung lokaler Projekte, die meist auch ressortübergreifend sind und deswegen eine Finanzierung derzeit oft mit hohem Aufwand verbunden ist. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012a:95)

6.5.5 MARKTTEILNAHME

Solidarische Ökonomie kann auch durch eine Marktteilnahme unterstützt werden, vor allem wenn dadurch die Kosten für den Start eines Projekts niedrig gehalten werden können. Im Folgenden werden exemplarisch Möglichkeiten der Förderung Solidarischer Ökonomie durch Marktteilnahme ausgelotet.

Projekte, die Räumlichkeiten benötigen:

Instrumente wie *Food-Coops* oder *Kost-Nix-Läden* benötigen Räumlichkeiten für ihre Aktivitäten. Die Stadt Wien verfügt mit ihren Gemeindebauten über rund 220.000

¹²¹ <http://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbauforderung/foerderungen/neubau/> (Abfrage am 20.4.2012)

Wohnungen und rund 7.500 (Geschäfts-)Lokale. Durch gezielte Zurverfügungstellung von Lokalen für Projekte der Solidarischen Ökonomie könnte diese unterstützt werden.¹²²

Das Vorhandensein oder zur Verfügung stellen von Räumen in Form eines Stadtteilzentrums, das als „offene selbstverwaltete oder gemischtgenutzte Stadtteilzentren“ (I1:Z235-236) unterschiedlichen Institutionen und Initiativen zur Verfügung steht und vielfältig genutzt werden kann, kann ein Kristallisationspunkt im Stadtteil sein und sich positiv auch auf Projekte der Solidarischen Ökonomie auswirken. Auf den Mautner-Markhof-Gründen ist die Entstehung eines Nachbarschaftszentrums geplant. Die GB*3/11 setzt sich dafür ein, dass dieses auch tatsächlich als Stadtteilzentrum realisiert wird. Allerdings sind die Möglichkeiten beschränkt auf die Koordination und Vermittlung der Idee zwischen möglichen Akteur/innen und Fördermittelgeber/innen. (vgl. I1:Z233-252)

Projekte, die (Bau-)Gründe benötigen:

Die Stadt Wien könnte Solidarische Ökonomie auch durch Marktteilnahme unterstützen. So könnte z.B. selbstorganisierten Wohnprojekten preisgünstiger Baugrund oder Flächen für Gemeinschaftsgärten zur Verfügung gestellt werden. Das entsprechende Instrument ist mit dem wohnfonds_wien bereits vorhanden. Derzeit können nur gemeinnützige Bauträger Projekte einreichen, dies könnte, bei vorhandenem politischen Willen, auf selbstorganisierte Wohnprojekte ausgedehnt werden.¹²³

Die Siedlerbewegung der Zwischenkriegszeit ist mit Anliegen und Organisationsstruktur durchaus mit selbstorganisierten Wohnprojekten vergleichbar. Die Siedlerbewegung in Wien wurde von der Stadt Wien gefördert, unter anderem durch die Zurverfügungstellung von Baurechtsgründen¹²⁴. Das wäre auch heutzutage eine Möglichkeit.¹²⁵

6.5.6 ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN ZUR ENTWICKLUNG VON STANDORTEN

Dieses Instrument spielt in Zusammenhang mit der Förderung Solidarischer Ökonomie generell eine untergeordnete Rolle. Eine öffentliche Investition, die für unterschiedliche

¹²² Vgl. <http://www.wien.gv.at/wohnen/wienerwohnen/> (Abfrage am 3.1.2013)

¹²³ Vgl. <http://www.wohnfonds.wien.at/> (Abfrage am 3.1.2013)

¹²⁴ „Der Baurechtsgrund ist im Wesentlichen ein Pachtgrundstück, dass (sic!) für eine langfristige Nutzungsdauer verpachtet wird. Die Pachtdauer ist meist 100 Jahre. Nach der Laufzeit, fällt das Grundstück sowie die Gebäude am Grundstück an den Eigentümer zurück.“ (<http://www.mein-wirtschaftslexikon.de/b/baurechtsgrund.php>, Abfrage am 3.1.2013)

¹²⁵ Vgl. <http://www.dasrotewien.at/siedlerbewegung.html> (Abfrage am 3.1.2013)

Formen der Solidarischen Ökonomie aber auch andere eine wichtige Unterstützung sein könnten, ist die Errichtung von selbstverwalteten gemischtgenutzten Stadtteilzentren, die allen Bewohner/innen offen stehen und von verschiedenen Initiativen genutzt werden. (vgl. I1:Z230-252)

6.5.7 PROZESSMANAGEMENT

Für die Umsetzung der in Kapitel 6.5.1 genannten Punkte benötigt es Prozessmanagement innerhalb der Verwaltung. Da die GB* im Auftrag der Stadt Wien agieren, hat die GB* hier keine direkten Einflussmöglichkeiten. Dennoch kann die GB* wichtige Impulse an der Schnittstelle zwischen Kommunikation und Prozessmanagement setzen. So können die Förderung und Unterstützung von Pilotprojekten z.B. Baugruppen in der Sanierung oder Gemeinschaftsgärten und daraus abgeleitete Handlungsleitfäden das Umsetzen von Projekten (vor allem in Verbindung mit einer entsprechenden Förderung (siehe Kapitel 6.5.4)) erleichtern. (vgl. I1:Z355-364, I3:Z288-290, I4:Z474-479)

Auch die Stadtteilmanagement-Ansätze, die von der GB* auch in Simmering verfolgt werden, zielen in vielen Fällen auf eine Verbesserung der Planungs- und Verwaltungsabläufe in der konkreten Umsetzung von Projekten im Grätzel z.B. Organisation von Runden Tischen oder Expert/innen-Foren (siehe Kapitel 4.4.4).

7 ZUSAMMENFASSUNG

Diese Arbeit untersucht ausgehend von der Frage, ob die Förderung Solidarischer Ökonomie zur Erreichung der Ziele der Stadterneuerung in Wien beitragen kann, Überschneidungen und Widersprüche zwischen den Themenfeldern Solidarische Ökonomie und Stadterneuerung sowohl auf der theoretischen Ebene als auch in der konkreten Umsetzung exemplarisch an der Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 11. Bezirk (GB*11).

Unter dem Begriff der Solidarischen Ökonomie subsumieren sich zahlreiche Projekte und Initiativen, die in der Praxis entstanden sind und zu denen die Theorie erst im Nachhinein konstruiert wurde. Solidarische Ökonomie ist durch folgende Prinzipien gekennzeichnet: demokratische Unternehmenskultur und Selbstverwaltung, Solidarität, Nachhaltigkeit, bedarfswirtschaftliches Handeln, *Not For Private Profit*, soziale Einbindung der Initiative in ein Gemeinwesen, und zum Teil Bildung. Solidarische Ökonomie hat Schnittstellen bzw. Überschneidungen mit anderen Begriffen alternativen Wirtschaftens wie Lokale Ökonomie, Dritter Sektor, Sozialwirtschaft oder Gemeinwesenökonomie, kann mit diesen allerdings nicht gleichgesetzt werden.

Entstanden ist der Begriff Solidarische Ökonomie in den 1990er-Jahren in Brasilien als Reaktion auf eine Wirtschaftskrise. Seither breitet er sich weltweit aus. Initiativen, die unter den Begriff der Solidarischen Ökonomie fallen gibt es schon länger als den Begriff z.B. die Kooperative Mondragon in Spanien, die bereits 1956 gegründet wurde. Um Solidarische Ökonomie zu einer breiten Bewegung zu machen, gibt es zahlreiche Bemühungen der Vernetzung und des Austausches z.B. Weltsozialforen, Sozialforen, Kongresse zum Thema. Solidarische Ökonomie ist v.a. in Österreich und Deutschland in Form von Vereinen und Genossenschaften sowie als Gemeingut organisiert. Beispiele für Methoden und Instrumente sind Regionalwährungen, Tauschringe, Gemeinschaftsgärten, *Community Supported Agriculture*, Kost-Nix-Läden, Freie Software, selbstorganisierte Wohnprojekte und Lebensmittelkooperativen.

Stadterneuerung wird zumeist im Gegensatz zur Stadterweiterung verwendet. Und obwohl es diese Phänomene gibt, seit Städte existieren, wird vor allem der Begriff der Stadterneuerung erst seit 1945 verwendet. In Wien hat sich das Wiener Modell der Sanften Stadterneuerung entwickelt. Damit ist eine Strategie gemeint, die Sanierung und Verbesserung dem Abriss und Neubau vorzieht und damit die Lebensbedingungen der Bewohner/innen im Stadtteil verbessert. Stadterneuerung soll damit zu einer Angelegenheit aller Betroffenen eines Stadterneuerungsgebiets werden. Richtungsweisende Entwicklungen

waren die Flächensanierung in Ottakring mit der Einrichtung einer ersten Gebietsbetreuung 1974, die Sanierung des Spittelbergs im 7. Bezirk und das Planquadrat im 4. Bezirk.

Das Bekenntnis zur Stadterneuerung in Wien ist in den Stadtentwicklungsplänen verankert und innerhalb der Verwaltung in der Geschäftsgruppe für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung angesiedelt. Die zuständige Magistratsabteilung ist die MA 25 - Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser. Zentrale Einrichtung für die Stadterneuerung sind die Gebietsbetreuung Stadterneuerung, die in ausgewählten Stadterneuerungsgebieten von privaten Auftragnehmer/innen im Auftrag der Stadt Wien tätig werden und der wohnfonds_wien, der eine wichtige Rolle in der Sanierungsförderung einnimmt.

Methoden und Instrumente der Stadterneuerung sind sehr vielfältig und zumeist durch ein Bündel an unterschiedlichen Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsebenen gekennzeichnet. In Wien kommt noch eine Vielzahl an Pilotprojekten dazu, die das Methodenrepertoire der Stadterneuerungsakteur/innen erweitern. Hier einige der Beispiele aus Wien: Blocksanierung, Fachdiskurse, Erneuerungsinitiative Brunnenviertel, Grätzelmanagement, VIEW – Vision Entwicklung Westgürtel, Mehrwert Sanierungsinitiative, Lebendig Straßen, Viertel4 – Heumühlviertel.

Ein Vergleich der Ziele, Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie und der Stadterneuerung ergab eine prinzipielle Kompatibilität der beiden Themen. Einige der Methoden und Instrumente finden sich bereits in beiden Themenfeldern z.B. Nachbarschaftsgärten. Eine Förderung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung würde einige Chancen bieten, ist aber auch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden z.B. die derzeit noch geringe Verankerung des Themas in der Stadt Wien.

Das Stadterneuerungsgebiet in Simmering dient als konkretes Beispiel. Es ist geprägt durch eine hohe Bebauungsdichte und eine hohe Bevölkerungsdichte, verfügt aber dennoch über eine gute Grünflächenversorgung. Im Stadterneuerungsgebiet leben rund 28.000 Bewohner/innen. Es findet ein Strukturwandel von Industrie und Gewerbe hin zu Wohnen, Handel und Dienstleistung statt. Einige innerstädtische Erweiterungsflächen befinden sich im oder angrenzend an das Gebiet. Die GB*11, die für die Betreuung zuständig ist, verfolgt einen Stadtteilmanagementansatz der die GB*11 als Informationsdrehscheibe zwischen Bewohner/innen, Institutionen, Politik, Verwaltung und anderen lokalen Akteur/innen positioniert. In Simmering gibt es nur wenige Beispiele für Solidarische Ökonomie z.B. den

Nachbarschaftsgarten Macondo, das Frauenwohnprojekt [ro*sa] im Elften oder das Stadtteilzentrum *Centro Once*, mit dem die GB*11 seit längerem kooperiert.

In den Interviews hat sich gezeigt, dass Solidarische Ökonomie in Wien noch kein großes Thema ist und der Begriff selbst noch wenig Verbreitung hat. Solidarische Ökonomie wird überwiegend als positiv für einen Stadtteil eingeschätzt, vor allem wenn sich Initiativen (freiwillig oder durch planerische Vorgaben) nach außen öffnen. Vor allem im Bereich von Gemeinschaftsgärten und Baugruppen erscheint eine verstärkte Förderung und Kooperation im Bereich der Stadterneuerung als sinnvoll. Insgesamt wird Solidarische Ökonomie als ein zusätzlicher Baustein im Methodenrepertoire der Stadterneuerung gesehen. Ob für eine konkrete Fragestellung Solidarische Ökonomie hilfreich sein kann, ist im Einzelfall abzuwägen.

Solidarische Ökonomie kann auf Stadtelebene mit unterschiedlichen Instrumenten gefördert werden: durch finanzielle Anreize wie z.B. Wohnbau- und Sanierungsförderung, Förderung für Innenhof- und Vertikalbegrünung, Wirtschaftsförderungen, genauso wie durch Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Unterstützung, Partizipation, entwickeln von Pilotprojekten und anderen Instrumenten der Kommunikation. Wichtig für den Erfolg scheinen dabei ein gesellschaftliches Klima, das eigenverantwortliche Initiativen fördert und Verwaltungsstrukturen, die Partizipation ernst meinen.

8 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Ausgangshypothese dieser Arbeit war: Solidarische Ökonomie funktioniert nur dann, wenn sich eine soziale Gruppe findet, die gemeinsam etwas umsetzen will. Sie ist eine Bewegung von unten („*bottom-up*“). Stadterneuerung kommt meist von oben (Verwaltung, Politik, „*top-down*“), braucht aber für einen nachhaltigen Erfolg eine soziale Gruppe, die die Erneuerung und Entwicklung eines Stadtteils mitträgt. Deswegen sind Instrumente der Solidarischen Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung sinnvoll einsetzbar.

Stadterneuerung hat in Wien mit der Gebietsbetreuung seit 40 Jahren lokale Einrichtungen, die vor Ort z.B. mit Bewohner/innen, Institutionen, Magistratsabteilungen und Politik arbeiten und mit unterschiedlichen Methoden versuchen, gemeinsame Projekte zu entwickeln, um die Lebensbedingungen der Bewohner/innen in ihrer gewohnten Umgebung zu verbessern. Damit soll eine umfassende Aufwertung erreicht werden, ohne Bewohner/innen aus ihrem Grätzel zu verdrängen. Dieses Modell der Sanften Stadterneuerung definiert Stadterneuerung als Aufgabe aller Betroffenen. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 1984b:25)

Die **Gebietsbetreuung Stadterneuerung** (GB*) kann grundsätzlich Projekte der Solidarischen Ökonomie im Rahmen ihres Auftrags unterstützen, sofern diese Projekte einen klaren Bezug zu den Themenfeldern Wohnumfeldverbesserung und Aufwertung eines Stadtteils haben. Nachdem die GB* in einem konkreten Stadtteil aktiv ist, ergeben sich die konkreten Aufgabenstellungen aus den Bedürfnislagen vor Ort. Wenn ein Projekt der Solidarischen Ökonomie in einem Grätzel zur Verbesserung der Lebensqualität von möglichst vielen Bewohner/innen beiträgt wird dies (falls erforderlich) auch seitens der GB* unterstützt. Dabei sieht sich die GB* im Sinne eines Stadtteilmanagements als Vermittlerin und Informationsdrehscheibe zwischen Institutionen und allen Bewohner/innen.

Solidarische Ökonomie, als eine Form der alternativen Ökonomie, die auf eine Orientierung am Gemeinwohl abzielt, hat vor allem in Krisenregionen eine große Zugkraft. Nachdem Wien von der aktuellen Wirtschaftskrise weniger betroffen ist als viele andere Regionen und Städte, ist Solidarische Ökonomie in Wien nur ein Randthema. Phänomene wie die Übernahme von Betrieben durch die Arbeiter/innenschaft gibt es in Österreich nicht. Allerdings sieht sich auch die Stadt Wien mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise konfrontiert. Diesen soll durch antizyklische Investitionsmaßnahmen bei gleichzeitigem Abbau der Neuverschuldung begegnet werden¹²⁶. Das kann auch dazu führen, dass Maßnahmen, die vergleichbare Ergebnisse mit geringerem Investitionsbedarf seitens der

¹²⁶ Vgl. <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/va12/index.htm> (Abfrage am 27.4.2012)

Stadt erzielen z.B. durch das Fördern von ehrenamtlichem Engagement von Bewohner/innen im Grätzel, zunehmend attraktiver für Politik und Verwaltung auf allen Ebenen werden. Dafür bedarf es allerdings in vielen Fällen eines Gesinnungswandels in Politik und Verwaltung um z.B. Partizipation zu fördern und mit den Bewohner/innen Dialoge auf Augenhöhe zu führen, Bewohner/innen als Expert/innen für ihre Lebensbedingungen anzuerkennen oder umfassend über Entwicklungen in der Stadt zu informieren.

8.1 KONKRETE PROJEKTE DER SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE UND IHR MÖGLICHER EINSATZ IM RAHMEN DER STADTERNEUERUNG

Projekte der Solidarischen Ökonomie, die auch von den Betreiber/innen als solche tituliert werden, sind in Österreich zumeist in einem alternativen / ökologischen / globalisierungskritischen Umfeld angesiedelt. Von den Werten der Solidarischen Ökonomie fühlen sich in Österreich vor allem Mitglieder des sozialökologischen Milieus¹²⁷ angesprochen, die über Ressourcen und Willen verfügen, sich über Herkunft, Produktionsweise und deren globale Auswirkungen von Produkten Gedanken zu machen und die auch ihre Konsumententscheidungen beeinflussen. Diesem Milieu gehören rund 7% der Bevölkerung an, was zum Teil auch die geringe Verbreitung des Begriffs Solidarische Ökonomie erklärt.

Sollen Projekte der Solidarischen Ökonomie weiter verbreitet werden, wird es notwendig sein, auch andere Menschen vom Nutzen dieser Projekte zu überzeugen. Je nach persönlicher Motivation kann der Nutzen ein individueller oder ein Nutzen für das Gemeinwohl sein. Dabei stehen dann nicht die Werte der Solidarischen Ökonomie im Mittelpunkt der Entscheidung sondern ein konkretes Projekt mit seinen spezifischen Anforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten.

Ein Beispiel dafür sind **Gemeinschaftsgärten**, die in Wien auch seitens der Stadt seit einiger Zeit gefördert und medial unterstützt werden. Gemeinschaftsgärten können eine Vielzahl an Funktionen erfüllen: z.B. Versorgung mit gesunden, billigen Nahrungsmitteln, Kommunikation, Kennenlernen, sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Sie können auch mit Bildungsprojekten z.B. von Schulen oder der Parkbetreuung verbunden werden oder Ausgangspunkt für Nachbarschaftsfeste und andere Aktivitäten sein. Gerade in Stadterneuerungsgebieten, die oft über wenige Grünflächen verfügen, sind selbst kleine oder temporäre Gemeinschaftsgärten eine sinnvolle Initiative, die auch die Aktivität und Eigenverantwortlichkeit der Benutzer/innen fördert. GB* unterstützen und initiieren

¹²⁷ Vgl. und Erklärung des Milieu-Modells nach Sinus: Hempelmann (2010)

Gemeinschaftsgärten in unterschiedlichem Ausmaß. Im Stadterneuerungsgebiet in Simmering ist auf Betreiben der GB*3/11 ein Gemeinschaftsgarten im Entstehen. Ob eine Realisierung gelingt hängt vor allem davon ab, ob sich genügend Bewohner/innen finden, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen.

Weitere Projekte, die es in Wien schon gibt und die weiter ausgebaut bzw. in Simmering mit Unterstützung der GB* etabliert werden könnten, sind im Bereich Konsum, Versorgung mit Gütern zu finden:

- **Tauschringe und Kost-Nix-Läden** ermöglichen Menschen Zugang zu Waren und Dienstleistungen, die nicht selbst erbracht werden können oder die sie nicht erwerben wollen oder können. Dies erscheint in benachteiligten Stadtteilen durchaus eine sinnvolle Maßnahme auch im Rahmen der Stadterneuerung zu sein, vor allem wenn es viele Bewohner/innen gibt, die über Zeitressourcen verfügen. Allerdings könnte es zu Problemen mit der lokalen Wirtschaft kommen, da vielleicht manche Leistungen noch weniger nachgefragt werden. Auch politisch kann die nicht trennscharfe Abgrenzung zur Schattenwirtschaft heikel sein.
- **Food-Coops** kaufen gemeinsam für ihre Mitglieder Lebensmittel direkt bei den Produzent/innen ein. Weil es hier keine Zwischenhändler/innen gibt, sind die Lebensmittel vergleichsweise billiger. Dafür müssen auch alle anfallenden Arbeiten selbst erledigt werden. *Food-Coops* sind den Gedanken von nachhaltig, fair gehandelt und regional verpflichtet. Deswegen sprechen sie vor allem jene Zielgruppen an, die diese Gedanken teilen. In Stadterneuerungsgebieten könnten *Food-Coops* im Rahmen von Bildungsprogrammen zur gesunden Ernährung oder als Ergänzung zu Initiativen wie Nachbarschaftsgärten zur Verbesserung der individuellen Lebensqualität der Bewohner/innen beitragen.

Die Einbettung von Tauschringen, Kost-Nix-Läden und *Food-Coops* in Stadtteilzentren und/oder gemeinwesenorientierte Projekte erscheint dabei sinnvoll, um für alle Bevölkerungsgruppen einen möglichst niederschweligen Zugang zu ermöglichen. Den Betrieb solcher Einrichtungen zu übernehmen, wie das z.B. die Bassena am Schöpfwerk macht, übersteigt die Möglichkeiten der GB*. Dafür müssen andere Strukturen gefunden werden, bei deren Aufbau die GB* unterstützen kann z.B. durch Information potentiell Interessierter, zur Verfügung stellen von Hintergrundwissen, Organisation und Moderation von Veranstaltungen zum Thema. Im Rahmen der Bebauung der Mautner-Markhof-Gründe ist die Errichtung eines Nachbarschaftszentrums¹²⁸ geplant, das in Zukunft auch Raum für eine *Food-Coop* oder einen Tauschring bieten könnte. Auch das Stadtteilzentrum *Centro-Once* könnte Raum für solche Initiativen bieten.

¹²⁸ Vgl. <http://www.joinin.at> (Abfrage am 3.5.2013)

Selbstorganisierte Wohnprojekte ermöglichen einer sozialen Gruppe die Schaffung von Wohnraum in Form eines gemeinsam umgesetzten Projekts. Darüber hinaus wurden sie in einem Interview auch als einzige Akteure genannt, die in der Lage sind Stadt zu bauen, falls sie seitens der Planung in die Verantwortung genommen werden, in den Erdgeschoßzonen anderen Funktionen als Wohnnutzungen oder Nebenräumen umzusetzen (vgl. I1:Z397-465). Das betrifft aber mehr die großen Neubaugebiete, wo z.T. gezielt Flächen für Baugruppen vorgesehen sind. Im Rahmen von Stadtteilmanagement in Neubaugebieten unterstützt die GB* auch in Simmering das Zusammenwachsen von alten und neuen Stadtteilen und könnte in diesem Rahmen auch zur Öffnung von selbstorganisierten Wohnprojekten zu ihrem Umfeld hin beitragen. Sanierungen von Wohnhäusern in Form von selbstorganisierten Wohnprojekten finden derzeit in Wien nur vereinzelt statt. Hier könnte die GB* Informations- und Aufklärungsarbeit zu Möglichkeiten, Chancen und Risiken solcher Projekte leisten. So bot die GB*3/11 im Rahmen der Wohntage 2013¹²⁹ eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wozu Baugruppen?“ an. Als Schwierigkeit könnte sich dabei die Haltung vieler Bewohner/innen, dass es Aufgabe der Stadt Wien ist, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, erweisen. Pilotprojekte mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit könnten langfristig selbstorganisierte Wohnprojekte als Alternative für eine größere Zielgruppe erschließen.

Erfahrungen mit **Regionalwährungen** gibt es derzeit vor allem im ländlichen Raum. Auch im städtischen Kontext ist die Stärkung der lokalen Wirtschaft und Sicherstellung der Wertschöpfung im Grätzel zunehmend ein Thema. Die hohe Dichte an Geschäften und Betrieben im Stadtgebiet kann eine Chance für eine Regionalwährung sein, da sie umso besser funktioniert, je mehr Betriebe mitmachen. Die GB* könnte als Kooperationspartnerin auftreten und Informationen für interessierte Geschäftsleute und Bewohner/innen zur Verfügung stellen. Ob eine Regionalwährung in einem Grätzel z.B. in Simmering sinnvoll ist, hängt auch davon ab, ob sich genügend Menschen (Bewohner/innen, Konsument/innen und Gewerbetreibende) finden, die das Projekt aktiv mittragen. Im Rahmen des Stadtteilmanagements könnten die konkrete Umsetzungsmöglichkeit einer Simmeringer Regionalwährung geprüft werden.

Offene, selbstverwaltete **Stadtteilzentren**, die verschiedenen Initiativen und Gruppen Räumlichkeiten und Struktur bieten, gibt es in Wien derzeit nur einige z.B. Bassena am Schöpfwerk, WUK. Im 11. Bezirk gibt es derzeit kein Stadtteilzentrum, das diese Aufgabe erfüllen könnte. Vor allem in Stadterneuerungsgebieten könnten Stadtteilzentren vielfältige

¹²⁹ Vgl. <http://www.wohntage.info/> (Abfrage am 27.3.2013)

Angebote für Bewohner/innen anbieten z.B. Infrastruktur zur Verfügung zu stellen wie Computer mit Internetzugang und entsprechenden Schulungen. Damit dies auch längerfristig funktioniert braucht es entweder einen institutionellen Träger wie z.B. das Hilfswerk oder den Verein Wiener Jugendzentren oder einen sehr engagierten Bewohner/innenverein. Bei der Wohnbebauung auf den Mautner-Markhof-Gründen wurde in einem Projekt auch die Errichtung eines Nachbarschaftszentrums des Hilfswerks vorgesehen. Ob dieses tatsächlich verwirklicht werden kann, hängt von der Förderzusage der Stadt Wien ab. Ein weiteres Beispiel aus dem 11. Bezirk: Die Betreiber/innen des Stadtteilzentrums *Centro Once* sehen das *Centro Once* als Stadtteilzentrum. In der konkreten Praxis bieten sie eine Vielzahl von Veranstaltungen an, aber die Besucher/innen sind größtenteils nicht die Grätzelbewohner/innen, sondern kommen von weiter weg. Als Stadtteilzentrum wirkt das *Centro Once* nur in Ansätzen z.B. beim alljährlichen Straßenfest oder Kooperationsveranstaltungen mit der GB*, die auch Bewohner/innen aus dem Grätzel ansprechen. Eine der Schwierigkeiten für die Ausweitung der Aktivitäten sind die begrenzten (Zeit-)Ressourcen des ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstands. Die GB* kann punktuell z.B. bei Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit oder Kooperationsprojekten ein Stadtteilzentrum unterstützen. Aufbau und Betrieb eines Stadtteilzentrums übersteigen allerdings den Auftrag einer GB*, auch wenn die GB*2/20 mit dem Grätzelzentrum am Max-Winter-Platz im 2. Bezirk eine Initiative in diese Richtung gesetzt hat. Wenn diese Art von Stadtteilzentren politisch erwünscht sind, bräuchten sie auch eine dementsprechende Förderung, da in Wien (anders als z.B. in den USA) selbstorganisierte Nachbarschaftszentren keine Tradition haben und es deswegen nicht zu erwarten ist, dass diese in Stadterneuerungsgebieten von selbst entstehen werden.

Genossenschaften und **Gemeingüter** sind Organisationsformen, die in Wien noch wenig verbreitet sind, aber großes Potential haben. So wurde bei der Volksbefragung im März 2013 in Wien auch die Frage gestellt: „Soll die Stadt nach dem Beispiel der Bürger/innen-Solarkraftwerke weitere erneuerbare Energieprojekte entwickeln, die mit finanzieller Beteiligung der Bürger/innen realisiert werden?“¹³⁰ 67,07% der Befragten stimmten dafür.¹³¹ Gerade im Bereich Energie und erneuerbare Energie entstehen in Deutschland immer mehr Energiegenossenschaften mit Beteiligung von Bürger/innen¹³². Wenn sich die finanzielle Lage der Kommunen in Österreich verschlechtert, kann es sein, dass diese Modelle verstärkt von der Politik forciert oder von Bürger/innen eingefordert werden. Um bei einer größeren

¹³⁰ <http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/volksbefragung/2013/> (Abfrage am 28.3.2013)

¹³¹ Anteil der gültigen Stimmen mit angekreuzter Antwortvariante 1 (JA) (vgl. <https://www.wien.gv.at/advbefergeb/internet/Ergebnis.aspx> (Abfrage am 28.3.2013))

¹³² Vgl. http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/AEE_Entwicklung_Energiegenossenschaften_Mai12.jpg (Abfrage am 28.3.2013)

Bevölkerungsgruppe Interesse für das Thema Genossenschaften und Gemeingütern zu entwickeln, ist es in Wien noch ein langer Weg. Hinderlich sind dabei vor allem bestehende Strukturen der kommunalen Verwaltung, die auch bei der Bevölkerung ein versorgungsstaatliches Denken forcieren. Nachdem diese Strukturen in Wien auch sehr gut funktionieren und viele Vorteile für die Bewohner/innen haben, wird es Veränderungen nur dann geben, wenn sich die Rahmenbedingungen z.B. finanzielle Spielräume der Stadt, verschlechtern. Genossenschaften und Gemeingüter könnten unter diesen Umständen eine sinnvolle Alternative zu Privatisierungen sein. (vgl. I1:Z482-504, I4:Z184-209, I4:Z546, I4:Z585-598)

8.2 RAHMENBEDINGUNGEN IN WIEN

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische **Rahmenbedingungen** beeinflussen, ob Solidarische Ökonomie eine größere Bekanntheit und Verbreitung erlangt:

- **Demokratisierungsprozesse:** Eine Tendenz, die in Wien zu beobachten ist, sind vor allem bürgerlich orientierte Gruppen, die eine verstärkte Teilhabe an der Stadt einfordern z.B. in Form von Bürgerinitiativen, die oftmals als Reaktion auf die Präsentation von Projekten entstehen. Weniger verbreitet sind die Gruppen, die zur Selbsthilfe schreiten und aus eigenem Antrieb aktiv werden und Projekte in ihrem Grätzel umsetzen. Diese Gruppen sind eine Chance für Projekte der Solidarischen Ökonomie, weil sie Engagement und Eigeninitiative sichtbar und zum Thema machen. So ist in Simmering gerade ein Gemeinschaftsgartenprojekt am Entstehen. (vgl. I1:Z484-523)
- **Partizipation:** Im Praxisbuch Partizipation, das 2012 erschienen ist, wird Partizipation als Voraussetzung für „einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen von AnrainerInnen und den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt“ (Magistrat der Stadt Wien 2012a:4) genannt, die idealerweise bereits vor Beginn konkreter Planungen eingesetzt wird, weil in einem frühen Stadium die Widerstände meist geringer sind und Interessen und Anliegen breiter diskutiert werden können. Das Praxisbuch soll die Mitarbeiter/innen des Wiener Magistrats unterstützen Beteiligungsprozesse zu gestalten und durchzuführen. In Wien gibt es schon ein paar Vorzeigebispiele für Partizipation wie die Umgestaltung von Schwedenplatz und Ottakringer Straße oder die Entwicklung der Seestadt Aspern. In vielen anderen Projekten und Planungen gibt es noch Vorbehalte vor allem gegenüber frühzeitiger Partizipation seitens Politik und Magistratsabteilungen oder Mitarbeiter/innen des Magistrats. (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012a)
- **Finanz- und Wirtschaftskrise:** Seit 2009 steht auch die Stadt Wien unter dem Eindruck der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies bedingt ein relativ

geringes Wirtschaftswachstum und führt zu niedrigeren Einnahmen durch Steuern und Ertragsanteile. Diese Entwicklung wird sich laut Budgetvoranschlag der Stadt Wien für das Jahr 2013 fortsetzen. Dennoch soll bis 2016 in Wien ein Nulldefizit erreicht werden. Dadurch ergeben sich gezwungenermaßen ausgabenseitige Einsparungen und die Fokussierung von Budgetmitteln auf sogenannte Zukunftsprojekte.¹³³ Auch die Arbeitslosenquote ist krisenbedingt seit dem Jahr 2009 leicht angestiegen.¹³⁴ Durch diese Entwicklungen zeichnet sich ab, dass die finanziellen Spielräume der Stadt einerseits aber auch der Bewohner/innen andererseits enger werden. Solidarische Ökonomie könnte hier auch zu Entlastungen führen. So könnten Einrichtung wie eine *Food-Coop* oder ein *Kost-Nix-Laden* in Simmering eine gutes Angebot für die Bewohner/innen sein.

- **Stadtteilmanagement:** Dieses findet zunehmend in Wien Verbreitung und wird seitens der Stadt Wien forciert. Neu ist dabei die Entwicklung, Stadtteilmanagement auch in Neubaugebieten einzusetzen, wie es in Simmering seit 2009 passiert, um schon in der Planungsphase alle relevanten Akteur/innen einzubeziehen und so die Grundlage für einen funktionierenden Stadtteil zu schaffen.¹³⁵ Die Chancen eines Stadtteilmanagements liegt einerseits im lokalen Wissen durch (möglichst) langjährige kontinuierliche Tätigkeit im Gebiet und andererseits an dem Ziel umfassende Verbesserungen im Grätzel zu erreichen die möglichst allen Bewohner/innen und Akteur/innen im Grätzel zugutekommen. Damit versucht Stadtteilmanagement auch Gruppen die sich nicht artikulieren können oder wollen zu erreichen oder einzubeziehen und hat somit eine neutrale und vermittelnde Rolle.
- **Persönliches Engagement:** Solidarische Ökonomie ist mit persönlichem Engagement verbunden. Etwa 44% der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahre war im Jahr 2006 (formell oder informell) freiwillig engagiert, das sind um rund 12%-Punkte weniger als noch im Jahr 2000. Als Hauptmotivationsgründe für Freiwilligenarbeit wurden „macht Spaß“ und „anderen helfen“ genannt, als Haupthinderungsgründe „durch familiäre Aufgaben ausgefüllt“ und „wurde noch nie gefragt“. In Wien leisten Freiwillige im Schnitt 3,6 Stunden/Woche an formellem freiwilligem Engagement und 4,2 Stunden/Woche an informeller Freiwilligenarbeit. Im Freiwilligenbericht werden die Rahmenbedingungen analysiert, von denen es sowohl förderliche (z.B. Teilzeitbeschäftigungen, Mobilität, Möglichkeit sozialen Anschluss zu finden, Projektorientierung von Organisationen) als auch hinderliche (z.B. steigender

¹³³ Vgl. <https://www.wien.gv.at/finanzen/budget/> (Abfrage am 5.4.2013)

¹³⁴ Vgl. <http://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit/> (Abfrage am 5.4.2013)

¹³⁵ Vgl. <http://www.gbsterne.at/projekte/stadtteilmanagement/stadtteilmanagement-in-neubaugebieten/stadtteilmanagement-in-neubaugebieten/> (Abfrage am 5.4.2013)

Urbanisierungsgrad, soziale Ungleichheit, Individualisierung, Veränderung der Arbeitswelt mit zunehmender Dienstleistungsorientierung). Solidarische Ökonomie ist eine gute Alternative, wenn es zu Einschnitten in kommunalen Angeboten kommt. Solidarische Ökonomie ist aber auch mit einem oft erheblichen persönlichen Aufwand verbunden und sollte deswegen in Bereichen, die einen Großteil der Bewohner/innen betreffen nur bei einer konkreten Notwendigkeit forciert werden.¹³⁶ (vgl. I1:Z499-503, I1:Z519-523, I4:215-223, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2009)

8.3 MÖGLICHKEITEN DER GEBIETSBETREUUNG STADTERNEUERUNG (GB*) SOLIDARISCHE ÖKONOMIE (IM RAHMEN IHRES AUFTRAGS) ZU FÖRDERN

Schon bei den ersten Versuchen der Stadterneuerung z.B. durch die Gebietsbetreuung in Ottakring ging es darum, Konzepte und Methoden zu entwickeln, die Verbesserungen im Stadtteil auf unterschiedlichen Ebenen und für unterschiedliche Zielgruppen ermöglichen. Stadterneuerung ist vor diesem Hintergrund eine multi- und interdisziplinäre Aufgabe. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die von Gebietsbetreuungen initiierten Veränderungen keine raschen und großen Veränderungen im Stadtteil bewirken können sondern eine „Politik der kleinen Schritte“ ist. Damit gibt es Parallelen zur Solidarischen Ökonomie, die in manchen Lebensbereichen Verbesserungen für die Beteiligten bewirken kann aber derzeit in Wien noch weit davon entfernt ist, wirtschaftlich relevant für den Wirtschaftsstandort Wien zu sein (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012c). Dennoch kann das Einbeziehen von Ansätzen der Solidarischen Ökonomie ein weiterer wichtiger bzw. neuer Baustein für eine verbesserte Lebensqualität im Grätzel sein. Deswegen sollten Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie, wie es beim Thema Nachbarschaftsgärten gerade passiert, Teil des Repertoires der Stadterneuerung und im speziellen der Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung werden, um dem Ziel einer umfassenden Aufwertung und dem Schaffen oder Erhalten durchmischter und multifunktionaler Stadtteile näherzukommen.

¹³⁶ Detailliertere Informationen über freiwilliges Engagement in Österreich und die Rahmenbedingungen dafür finden sich im 1. Freiwilligenbericht, der unter dem Titel „Freiwilliges Engagement in Österreich“ 2009 erschienen ist (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2009).

9 VERWENDETE LITERATUR UND QUELLEN

9.1 VERWENDETE LITERATUR

Acquati, Giovanni (2008): „Die Soziale Solidarische Ökonomie – Internationale Erfahrungen und Zusammenarbeit.“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*; VSA-Verlag, Hamburg, 146-148.

Aichinger, Renate; Bauer, Anja; Rengifo Avendano, Roxana; Schwarzl Ulrike (2009): „Lokale Ökonomien. Analyse des produzierenden Kleingewerbes im Gebietsbetreuungsgebiet Simmering.“ In: Aichinger, Renate; Batelka, Nora; Bauer, Anja; Breitwieser, Dieter; Brenn, Franz; Hosp, Wolfgang; Krall, Ilse; Lechner, Katharina; Moisl, Elias; Müller, Alessandra; Nagl, Martin; Rengifo Avendano, Roxana; Schlögl, Daniela; Schotten, Serafin; Schwarzl, Ulrike; Stiasny, Ursula (2009): *Lokale und alternative Ökonomien. Bedeutung für die Stadtteilentwicklung am Beispiel der Gebietsbetreuung für (Isic) Stadterneuerung in Simmering*. Endbericht der Lehrveranstaltung „Forschungswerkstatt“, FH Campus Wien, 7-42.

Alisch, Monika & Dangschat, Jens S. (1993): *Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich*. Verlag für wissenschaftliche Publikationen. Darmstadt.

Beigewum (Hrsg.) (2004): *Sozialwirtschaft in Österreich – Alternative oder Lückenbüßerin*. Kurswechsel 4/2004, Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., Wien.

Berger, Gerhard (2010): „35 Jahre Stadterneuerung in Wien, eine Erfolgsgeschichte.“ In: *Perspektiven* Heft 3_4/2010, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien, 101-104.

Berger, Horst (1984): *Gebietsbetreuung 1974-1984: Das Wiener Modell*. Magistrat der Stadt Wien. Wien.

Berger, Horst; Kail, Eva; Kirschner, Ewald (Red.) (1991): *Stadterneuerung in Wien*. Werkstattbericht. Wien, Magistrat der Stadt Wien.

Berger, Horst & Berger, Gerhard (2005): „Meilensteine – ein Dialog über 30 Jahre Stadterneuerung.“ In: *Perspektiven* Heft 7_8/2005, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien 12-15.

Bernardi, Jacqueline (2009): *Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland*. Dissertation, Universität Kassel.

Bettel, Sonja (2011): „Gut für alle. Vom Nutzen der Gemeingüter.“ In: *gehört. Das Ö1 Club-Magazin*, Nr.183, März 2011, Ueberreuter Print & Digmedia, Korneuburg, 14.

Birkhölzer, Heike (2008): „Die Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow.“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*; VSA-Verlag, Hamburg, 175-177.

Birkhölzer, Karl (2000): „Formen und Reichweite lokaler Ökonomie.“ In: Ihmig, Harald (Hrsg.): *Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital*. Kleine Verlag, Bielefeld. URL: www.technet-berlin.de/downloads/03formenundreichweite20021.pdf. [Stand 24.2.2012].

Birkhölzer, Karl (2004): „Die Soziale Ökonomie im internationalen Vergleich.“ In: *Kurswechsel 4/2004*, Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., Wien, 17-24.

Birkhölzer, Karl (2008): *Die Rolle der Sozialen Ökonomie bei der Rekonstruktion Lokaler Ökonomien*. URL: <http://www.stadtteilarbeit.eu/theorie/97-die-rolle-der-sozialen-oekonomie.html>. [Stand 18.2.2011].

Blümel, Markus (2008): „...dürfte es eigentlich nicht geben.“ In: Katholische Sozialakademie Österreichs: *Solidarische Ökonomie*; Dossier 3/2008, Medienfabrik Graz, 4-5.

Breitfuss, Andrea; Dangschat, Jens S.; Frey, Oliver; Hamedinger, Alexander (2004): *Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik*. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien.

Breitfuss, Andrea (2010): *Praxis trifft Wissenschaft trifft Verwaltung. Social Polis Educational Grant. Bericht der Aktiväten*. Abschlussbericht; unveröffentlicht.

Breitfuss, Andrea; Delivuk, Simone; Forstner, Martin; Mann, Andrea (2010): „Von der Stadterneuerung zum Stadtteilmanagement.“ In *Perspektiven* Heft 3_4/2010, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien, 115-119.

Buck, Nick (2005): „Social Cohesion in Cities.“ In: Buck, Nick; Gordon, Ian; Harding, Alan; Turok, Ivan (Hrsg.) (2005): *Changing Cities. Rethinking Urban Competitiveness, Cohesion and Governance*. Palgrave Macmillan, Hampshire, 45-61.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2009): *Freiwilliges Engagement in Österreich*. Büro Service Stelle A des BMASK. Wien

Coffey, Antonia & Köppl, Franz (1983): *Stadterneuerung in Wien. Analysen und Vorschläge*. Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien.

Dangschat, Jens (2001): *Pilotprogramm „Grätzel-Management Wien“. Konzeptpapier A – Programmebene*. TU Wien Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien.

Dangschat, Jens & Breiffuss, Andrea (2002): *Pilotprogramm „Grätzel-Management Wien“. Konzeptpapier B – Projektebene*. TU Wien Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien.

Dangschat, Jens S. & Hamedinger, Alexander (2009): „Planning Culture in Austria – The Case of Vienna, the Unlike City.“ In: Knieling, Jörg & Othengrafen, Frank (Hrsg.) (2009): *Planning Cultures in Europe*. Ashgate Publishing Limited, Farnham, 95-112.

Dimmel, Nikolaus; Riesenfelder, Andreas; Simsa, Ruth (2004): „Sozialwirtschaft – eine einleitende Diskussion.“ In *Kurswechsel 4/2004*, Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., Wien, 7-16.

Duchrow, Ulrich; Bianchi, Reinhold; Krüger, René; Petracca, Vincenzo (2006): *Solidarisch Mensch werden*. VSA-Verlag, Hamburg.

Dobusch, Leonhard; Forsterleitner, Christian; Hiesmair, Manuela (Hrsg.) (2011): *Freiheit vor Ort. Handbuch kommunale Netzpolitik*. München, Open Source Press. URL: <http://www.freienetze.at/pdfs/Freiheit-vor-Ort-E-BOOK.pdf>. [Stand 7.5.2011].

Dolanski, Heinz (2009): *35 Jahre Gebietsbetreuungen. Ein Beitrag zur sanften Stadterneuerung in Wien*. Diplomarbeit, Universität Wien.

Ebner, Reinhard (2002): „Das Wunder von Wörgl.“ In *Wiener Zeitung*, Wiener Zeitung GmbH, Wien. URL: <http://www.wienerzeitung.at/Desktopdefault.aspx?TabID=3946&Alias=...on=Geld&letter=G&cob=4852>. [Stand 8.4.2011].

Elsen, Susanne (2008): „Die Ökonomie des Gemeinwesens. Eine sozialpolitische Entwicklungsaufgabe.“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*; VSA-Verlag, Hamburg, 101-109.

Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (2008): „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus.“ In Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. VSA-Verlag, Hamburg, 11-24.

Felber, Christian (2010): *Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien.

Felber, Christian (2009): *Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise*. Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien.

Flieger, Burghard (2008a): „Neue Genossenschaftstypen: Anzeichen einer Modernisierung des Genossenschaftswesens.“ In Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. VSA-Verlag, Hamburg, 34-38.

Flieger, Burghard (2008b): „Coop Solidaire – Beitrag der Genossenschaften zu einer Solidarischen Ökonomie.“ In *Dossier. Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs*; 3/2008, Katholische Sozialakademie Österreichs, Medienfabrik Graz, 12-14.

Förster, Wolfgang (2005): „Stadterneuerung zwischen Markt und Staat: Der Wiener Weg im internationalen Vergleich.“ In *Perspektiven* Heft 7_8/2005, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien, 22-28.

Förster, Wolfgang & Peutl, Susanne (2008): *POSEIDON – eine europäische Reise*; Picus Verlag, Wien.

Gabriel, Leo (2009): „Die Solidarische Ökonomie ist eine konkrete Utopie.“ In *Südwind – Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung* Heft Nr. 1-2 Februar 2009, REMAprint, Wien, 43-44.

GB*11 (2007): *Bericht zu den städtebaulichen Analysen der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 11. Bezirk im Jahr 2007*. Unveröffentlicht.

Gläser, Jochen & Laudel, Grit (2009): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 3. überarbeitete Auflage.

Harbrecht, Wolfgang (2001): *Die Genossenschaft als Rechtsform für junge Unternehmen*. Eigenverlag des FOG, Wien, URL: http://genos.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/genossenschaftswesen/Genos/bd25.pdf. [Stand 9.5.2011].

Hein, Ekkehard (1998): „III.3 Planungsformen und Planungsinhalte.“ In Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1998): *Methoden und Instrumente räumlicher Planung*. VSB-Verlagsservice, Braunschweig, 186-204.

Hempelmann, Heinzpeter (2010): „Das neue Milieu Modell 2010. Ein Überblick über die wichtigsten Veränderungen und was sie bedeuten“. URL: <http://www.heinzpeter-hempelmann.de/dat/neuemilieus.pdf>. [Stand 27.3.2013].

Henderson, Elizabeth & Van En, Robyn (2007): *Sharing the harvest: a citizen's guide to community supported agriculture*. United States of America, White River Junction, Vt.; Chelsea Green Publ., 2. Aufl.

Herrmann, Muriel (2008): „Regiogeld als Instrument der Solidarischen Ökonomie.“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. VSA-Verlag, Hamburg, 42-45.

Hörtner, Werner (2009): „Das Modell Brasilien.“ In *Südwind – Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung* Heft Nr. 1-2 Februar 2009, REMAprint, Wien, 42-43.

Joan Robinson; Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie; WIDE (Hrsg.) (2009): *Handbuch. Wirtschaft anders denken*. Eigenverlag, Wien.

Kainrath, Wilhelm (1979): *Stadterneuerung und Bodenordnung. Probleme. Entwicklungstendenzen. Ziele*. Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18, Wien.

Kainrath, Wilhelm; Potyka, Hugo; Zabrana, Rudolf (1980): *Projekt Planquadrat 4. Versuch einer „sanften“ Stadterneuerung*. Karl Krämer Verlag, Stuttgart.

Kainrath, Wilhelm (1988): *Verändert die Stadt: Texte 1971 - 1986*. Picus Verlag, Wien.

Kennedy, Margrit & Lietaer, Bernard A. (2004): *Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. Riemann Verlag, München, 2. Aufl.

Kessler, Norbert (2010): „BewohnerInnenschutz im Rahmen der sanften Stadterneuerung.“ In *Perspektiven* Heft 3_4/2010, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien, 105-109.

Klaer, Erdmuth (2008): „Partnerschaften zwischen Städten/Regionen und der Solidarischen Ökonomie.“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. VSA-Verlag, Hamburg, 202-205.

Klöß, Tilo (ohne Jahr): „Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit als Qualitätsmerkmal von Sozialraumorientierter Sozialer Arbeit, Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement.“ URL: http://www.nipp.brandenburg.de/nipp_data/pdf/das_arbeitsprinzip_gemeinwesenarbeit_als_qualitaetsmerkmal_k.pdf. [Stand 28.4.2011].

Knabe, Judith (2002): „Lokale Ökonomie.“ URL: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/kanbe/lokale_oekonomie.htm. [Stand 15.7.2004].

Krall, Ilse; Moisl, Elias; Batelka, Nora; Schotten, Serafin (2009): „Gemeinschaftsgärten - eine Form Alternativer Ökonomie. Umsetzbarkeit von Gemeinschaftsgärten im Stadterneuerungsgebiet Simmering.“ In: Aichinger, Renate; Batelka, Nora; Bauer, Anja; Breitwieser, Dieter; Brenn, Franz; Hosp, Wolfgang; Krall, Ilse; Lechner, Katharina; Moisl, Elias; Müller, Alessandra; Nagl, Martin; Rengifo Avendano, Roxana; Schlögl, Daniela; Schotten, Serafin; Schwarzl, Ulrike; Stiasny, Ursula (2009): *Lokale und alternative Ökonomien. Bedeutung für die Stadtteilentwicklung am Beispiel der Gebietsbetreuung für Stadterneuerung in Simmering*. Endbericht der Lehrveranstaltung „Forschungswerkstatt“, FH Campus Wien, 105-156.

Läpple, Dieter & Walter, Gerd (2003): „Lokale Ökonomie. Arbeiten und produzieren im Stadtteil.“ In *Bauwelt* 12 2003, Bauverlag BV GmbH, Wien, 24-33.

Löhr, Rolf-Peter (2004): „Lokale Ökonomie in der Sozialen Stadt – Chancen und Ansätze.“ URL: <http://www.stadtteilarbeit.eu/theorie/75-lokale-oekonomie-in-der-sozialen-stadt-chancen-und-ansaetze.html>. [Stand 18.2.2011].

MA 42 Wiener Stadtgärtner (2011): *Gemeinsam garteln verbindet. Gemeinschaftsgärten in Wien*. *gugler, Melk.

MA 50 Wiener Wohnbauforschung (2000): *25 Jahre Gebietsbetreuung in Wien – Bilanz, Perspektive, Strategie*. Lischkar Druck / Melzer Kopie, Wien.

Mäder, Ueli (2003): „Solidarität.“ URL: <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=561>. [Stand 3.5.2011].

Magistrat der Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2012a): *Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln*. HolzhausenDruck GmbH. Wien

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 5 – Finanzwesen (2012b): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien*. AV+Astoria Druckzentrum GmbH. Wien

Magistrat der Stadt Wien, MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik (2012c): „Wirtschaftsstandort Wien“ In *Statistik Journal Wien* 1/2012, Wograndl Druck, Mattersburg.

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 5 – Finanzwesen (2011): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien*. AV+Astoria Druckzentrum GmbH. Wien

Magistrat der Stadt Wien (2004): *strategieplanwien*. Holzhausen, Wien.

Magistrat der Stadt Wien, MA 18 (1994): *Stadtentwicklungsplan für Wien, STEP 94*. Universitäts-Buchdruckerei Styria, Graz.

Magistrat der Stadt Wien (1984a): *Stadtentwicklungsplan Wien. Teil 1. Politische Grundsätze*. Wien, Entwurf 1984.

Magistrat der Stadt Wien (1984b): *Stadtentwicklungsplan Wien. Teil 2. Räumliches Entwicklungskonzept*. Wien, Entwurf 1984.

Magnin, Chantal (2003): „Sozialer Zusammenhalt.“ URL: <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=598>. [Stand 4.5.2011].

Mayring, Philipp (1997): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Deutscher Studienverlag, Weinheim.

Möller, Matthias (2008): „Das Mietshäuser Syndikat – eine solidarische Gegen-Ökonomie im Wohnbereich.“ In *Dossier. Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen*

Sozialakademie Österreichs 3/2008, Katholische Sozialakademie Österreichs, Medienfabrik Graz, 30-31.

Nahrada, Franz (2004): „Freie Software – Modell für eine andere Ökonomie?“ In *Dossier. Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs* 3/2008, Katholische Sozialakademie Österreichs, Medienfabrik Graz, 32-33.

Nieszery, Andrea (2004): „Projekt solidarische Stadt.“ URL: <http://webcorp2.fhnw.ch/Projects/1144/Theorien/exklusion.pdf>. [Stand 3.5.2011].

Notz, Gisela (2011): *Theorien alternativen Wirtschaftens*. Stuttgart, Schmetterling Verlag.

Novy, Andreas & Jäger, Johannes (2003): „Internationale Politische Ökonomie: Ökonomische Theorien.“ URL: <http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/pdf/theorien.pdf>. [Stand 30.12.2009].

Pirhofer, Gottfried (2007): „Die Phase von 1976 bis 1989 – verstärkte Wertschätzung der Stadt.“ In: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.) (2007): *Pläne für Wien, Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005*. Wien, 73-102.

Pollert, Achim; Kirchner, Bernd; Polzin, Javier Morato (2009): *Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. Mannheim, Bibliographisches Institut 2009, 4.Aufl. URL: <http://www.bpb.de/>. [Stand 19.1.2011].

Pomberger, Gustav & Kempinger, Gerald (2011): Studie. *Open-Commons-Region Linz. Fakten, Perspektiven, Maßnahmen*. URL: http://www.linz.at/images/ko-Studie_Open_Commons_Region_Linz.pdf. [Stand 23.6.2011].

Roelants, Bruno (2008): „Italiens Marcora-Gesetz. Durchbruch für Genossenschaftsaufbau aus Krisenbetrieben.“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. VSA-Verlag, Hamburg, 199-202.

Rosol, Marit (2006): *Gemeinschaftsgärten in Berlin – eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung*. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II. URL: <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/rosol-marit-2006-02-14/HTML/>. [Stand 23.6.2011].

Schillat, Monika (2008): „Weil im Tauschring Zeit nicht Geld ist, wird keineR reich und niemand bleibt arm!“ In: Embshoff, Dagmar & Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. VSA-Verlag, Hamburg, 46-48.

Schmid N. J. Verlagsges.m.b.H. (Hrsg.) (2009): *Perspektiven Sonderheft der Stadt Wien*, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien.

Schneider, Ula & Zobl, Beatrix (2008): *SOHO in Ottakring. What's up? Was ist hier los?* SpringerWienNewYork, Wien.

Schubert, Klaus & Klein, Martina (2006): *Das Politiklexikon*. Bonn, Dietz, 4., aktual. Aufl. URL: <http://www.bpb.de/>. [Stand 19.1.2011].

Seiser, Katharina (2011): „Erdiges Experiment.“ In *RONDO* 21/01/2011, Standard Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 19.

Seiss, Reinhard (2005): „Als Harlem an der Donau lag.“ In *Perspektiven* Heft 7_8/2005, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien, 16-20.

Selle, Klaus (2005): *Planen. Steuern. Entwickeln*. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund.

Sense.Lab e.V. (Hrsg.) (2009): *Fair, bio, selbstbestimmt: das Handbuch zur Gründung einer Food-Coop*. Norderstedt, Books on Demand.

Singer, Paul (2004): „Solidarische Ökonomie in Brasilien heute. Eine vorläufige Bilanz.“ In *Kurswechsel* 4/2004, Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., Wien, 89-101.

Smetana, Kurt (2010): „Auf der Suche nach des Pudels Kern.“ In *Perspektiven* Heft 3_4/2010, N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., Wien, 125-128.

Stadt Wien, MA 25 (Hrsg.) (2009): *Gebietsbetreuung Stadterneuerung Jahresbericht 2008*. Wien.

Stadt Wien (MA 25) (Hrsg.) (2010): *Gebietsbetreuung Stadterneuerung Jahresbericht 2009*. Wien.

Stadt Wien, MA 50 – MA 25 (Hrsg.) (2008): *Gebietsbetreuung Stadterneuerung Jahresbericht 2007*. Wien.

Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (2002): *Gebietsmanagement Arneithgasse*. Agens-Werk, Wien.

Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (2005): *STEP 05 – Stadtentwicklung Wien 2005*. Friedrich – Vereinigte Druckereien und Verlagsgesellschaft Linz, Linz.

Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (2005a): *Historische Sozialraumanalyse für das Wiener Stadtgebiet II: 1971-1981-1991-2001*. MA 21A, Referat Reprografie, Wien.

Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.) (2007): *Pläne für Wien, Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005*. Wien.

Stadtplanung Wien, Magistratsabteilung 18 (1995): *Wien, Stadterhaltung, Stadterneuerung – Der Stand der Dinge*. Bauer KG Druckerei, Wien.

Statistik Austria (2013): *Studie zu Armut und sozialer Eingliederung in den Bundesländern*. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html. [Stand 25.8.2013].

Sterk, Robert & Eisenberger, Harald (Hrsg.) (2004): *Wien's sanfte Erneuerung*. Christian Brandstätter Verlag, Wien.

Stimmer, Kurt (2007): „Stadtregulierung vor 1945.“ In: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.) (2007): *Pläne für Wien, Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005*. Wien, 9-25.

Svoboda, Werner Robert & Knoth, Ernst (1985): *Das Instrumentarium für die Stadterneuerung*. Institut für Stadtforschung, Wien.

Temel, Robert; Lorbek, Maja; Ptaszyńska, Aleksandra (SORA); Wittinger, Daniela (SORA) (2009): *Baugemeinschaft in Wien. Endbericht 1. Potenzialabschätzung und Rahmenbedingungen*. URL: http://baugruppen.files.wordpress.com/2010/07/endbericht1_baugem_wien.pdf. [Stand 3.6.2011].

Temel, Robert (2010): Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 2. Rechtsfragen, Leitfaden, Grundstücksvergabe. URL: http://baugruppen.files.wordpress.com/2010/07/endbericht2_baugem_wien.pdf. [Stand 3.6.2011]

Ulrich, Peter (2006): „Politische Ökonomie, wirtschaftsethisch rekonfiguriert.“ In *zfwu* 7/2 (2006), 164-182. URL: www.zfwu.de/fileadmin/pdf/2_2006/7_2_08_Hauptbeitrag_Ulrich.pdf. [Stand 13.3.2011].

Verein für Solidarökonomie (2009): *Programmheft Solidarische Ökonomie Kongress 2009*. Wien.

Wendel, Thomas (2003): „Der Geldzauberer.“ In: *brand eins* 09/2003. URL: <http://www.brandeins.de/archiv/magazin/der-beste-weg-zum-kunden/artikel/der-geldzauberer.html>. [Stand 19.1.2011].

wohnfonds_wien (2007): *blocksanierung. der weg zu mehr lebensqualität*. Wien.

9.2 VORTRÄGE/MÜNDLICHE QUELLEN

Singer, Paul (2010): „Zum Beispiel Brasilien. Solidarische Ökonomie als Alternative.“ Vortrag am 18.10.2010, Wien.

9.3 INTERNET-QUELLEN

<http://www.fma.gv.at/de/sonderthemen/information-zu-buergerbeteiligungsmodellen/gea.html>
[Stand 4.10.2013].

http://www.fma.gv.at/typo3conf/ext/dam_download/secure.php?u=0&file=8157&t=1380968657&hash=07333e27e7780623c72ae69aa1dc8e35 [Stand 4.10.2013].

<http://la21wien.at/la-21-plus/3d%20steuerung> [Stand 26.1.2012].

<http://nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.com/p/nachbarschaftsgarten.html> [Stand 12.12.2011].

<http://socialpolis.wordpress.com/tag/was-ist-sozialer-zusammenhalt/> [Stand 4.5.2011].

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Vereinswesen/grundsatzliche/Rechtsperson.aspx [Stand 5.5.2011].

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Vereinswesen/grundsatzliche/Vereinszweck.aspx [Stand 5.5.2011].

http://www.centro-once.org/ueber_uns.html [Stand 13.12.2011].

<http://www.dasrotewien.at/siedlerbewegung.html> [Stand 3.1.2013].

<http://www.demokratische-bank.at/> [Stand 12.5.2011].

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0071&language=DE&ring=A7-2011-0432> [Stand 20.4.2012].

<http://www.gartenpolylog.org/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> [Stand 27.5.2011].

<http://www.gbstern.at/veranstaltungen/einleitung/> [Stand 18.1.2013].

<http://www.gbstern.at/projekte/bauliche-erneuerung/mehrwert-sanierungsinitiative/einleitung/> [Stand 19.10.2011].

<http://www.gbstern.at/projekte/freiraum/garteln-ums-eck-im-9-17-und-18-bezirk/> [Stand 8.3.2013].

<http://www.gbstern.at/projekte/projektauswahl/> [Stand 3.5.2013].

<http://www.gbstern.at/projekte/stadtteilmanagement/stadtteilmanagement-in-neubaugebieten/stadtteilmanagement-in-neubaugebieten/> [Stand 5.4.2013].

<http://www.gbstern.at/projekte/wirtschaft/gib-deinen-senf-dazu/das-projekt/> [Stand 3.5.2013].

<http://www.gbstern.at/service/gruen-und-freiraum/garteln-ums-eck/> [Stand 14.5.2013].

<http://www.grabpflege.at/genossenschaft.html> [Stand 12.12.2011].

<http://www.heumuehlviertel.at> [Stand 15.10.2010].

<http://www.joinin.at> [Stand 3.5.2013].

<http://www.kaesch.at/> [Stand 23.5.2011].

<http://www.lebendigestrassen.at/projekt> [Stand 7.10.2010].

<http://www.lgv.at> [Stand 12.12.2011].

<http://www.linz.at/leben/55472.asp> [Stand 23.6.2011].

<http://www.mein-wirtschaftslexikon.de/b/baurechtsgrund.php> [Stand 3.1.2013].

<http://www.mondragon-corporation.com> [Stand 14.1.2011].

<http://www.ochsenherz.at/> [Stand 26.5.2011].

<http://www.oesw.at/presse/pressemeldungen/2011/332011-join-in-beim-simmeringer-forum.html> [Stand 12.12.2011].

<http://www.plansinn.at/plansinn/index.php?id=projekte&res=27&cHash=57678ef5fd> [Stand 15.10.2011].

<http://www.raiffeisenverband.at/> [Stand 15.3.2011].

http://simmerring.frauenwohnprojekt.info/rosa_verein.html [Stand 8.3.2013].

<http://socialpolis.wordpress.com/> [Stand 8.8.2011].

<http://www.solidarische-oekonomie.at> [Stand 12.5.2011].

<http://www.sozialestadt.de/> [Stand 18.2.2011].

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html [Stand 23.6.2011].

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_unternehmen_e-commerce/index.html [Stand 23.6.2011].

<http://www.styrrion.at/> [Stand 27.5.2011].

http://www.sunflower.ch/index.php?p=site4_cyclos [Stand 27.5.2011].

<http://www.tauschkreis.at/> [Stand 27.5.2011].

http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/AEE_Entwicklung_Energiegenossenschaften_Mai12.jpg [Stand 28.3.2013].

<http://www.waldviertler-regional.at/> [Stand 23.5.2011].

<http://www.weltlaeden.at> [Stand 12.5.2011].

<https://www.wien.gv.at/advbefergeb/internet/Ergebnis.aspx> [Stand 28.3.2013].

<https://www.wien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=polstelle&Type=K&HLayout=politikersuche&stellecd=1997071515164546&AUSSSEN=&DIA=1&TYP=1> [Stand 17.6.2012].

<https://www.wien.gv.at/finanzen/budget/va13/pdf/36.pdf> [Stand 5.4.2013].

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/umwelt/stadtgaerten/begruenung/innenhofbegruenung.html> [Stand 20.4.2012].

<http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/> [Stand 27.4.2012].

<http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/volksbefragung/2013/> [Stand 28.3.2013].

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/index.html> [Stand 11.6.2011].

<http://www.wien.gv.at/stadtplan/> [Stand 8.12.2011].

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/> [Stand 12.12.2011].

<http://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit/> [Stand 5.4.2013].

<http://www.wien.gv.at/statistik/verwaltung/finanzen/erlaeuterungen.html> [Stand 26.8.2013].

<http://www.wien.gv.at/statistik/verwaltung/tabellen/ra-einnahmearten-zr.html> [Stand 26.8.2013].

<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-311.htm> [Stand 17.6.2012].

http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101.htm#wk_simmering [Stand 28.12.2012].

<https://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/index.htm> [Stand 17.6.2012].

<http://www.wien.gv.at/wohnen/wienerwohnen/> [Stand 3.1.2013].

<http://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbaufoerderung/foerderungen/neubau/> [Stand 20.4.2012].

<http://www.wirtschaftsagentur.at/> [Stand 20.4.2012].

<http://www.wohnfonds.wien.at/> [Stand 3.1.2013].

<http://www.wohntage.info> [Stand 8.3.2013].

<http://www.wohntage.info> [Stand 27.3.2013].

<http://www.wohnbaufestwochen.at/2013/> [Stand 8.3.2013].

<http://www.wolke7.at/> [Stand 1.10.2010].

10 VERZEICHNISSE

10.1 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Abgrenzung und Überschneidung der verschiedenen Ökonomiebegriffe	27
Abbildung 2: Lage und Grenze des Stadterneuerungsgebiets Simmering	113

10.2 TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Überblick über die Organisationsformen und Instrumente der Solidarischen Ökonomie	58
Tabelle 2: Überblick über Methoden, Instrumente und Pilotprojekte der Stadterneuerung und ihre Zuordnung zu übergeordneten Kategorien (X = zutreffend, (X) = mit Einschränkung zutreffend, - = nicht zutreffend)	96
Tabelle 3: Überblick über Organisationsformen, Methoden und Instrumente der Solidarischen Ökonomie und ihre Zuordnung zu den Instrumenten der Raumplanung nach Selle (X = zutreffend, (X) = mit Einschränkung zutreffend, - = nicht zutreffend)	101

11 ANHANG

11.1 INTERVIEWLEITFADEN EXPERT/INNEN-INTERVIEWS

Ziel der Arbeit: Untersuchung über den Einsatz von Instrumenten der Solidarischen Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung am Beispiel der Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung in Simmering

Ziel des Interviews: Einschätzung der Praxisrelevanz des theoretischen Zugangs der Arbeit durch Praktiker/innen

Interviews werden anonymisiert und digital aufgezeichnet

Einleitungsfrage

- Welche Aufgaben haben Sie/Ihre Institution in der Wiener Stadterneuerung?
- Haben Sie in diesem Zusammenhang schon mit Solidarischer Ökonomie zu tun gehabt?

Zielsetzungen der Stadterneuerung

- Welche Ziele verfolgt die Stadterneuerung in Wien?
- Welche Ziele verfolgt sie im Bereich der lokalen Wirtschaft?

Solidarische Ökonomie

- Kennen Sie den Begriff der Solidarischen Ökonomie? Was verbinden Sie mit dem Begriff?
- Kennen Sie in Wien Beispiele Solidarischer Ökonomie?
- Wird Solidarische Ökonomie von der Stadt Wien aktiv gefördert? Mögliche Gründe aus Ihrer Sicht?
- Kennen Sie Bereiche in der Wiener Stadtpolitik, wo auf Solidarische Ökonomie Bezug genommen wird? Welche? Wie schauen die Instrumente konkret aus?

Stadterneuerung und Solidarische Ökonomie: Gemeinsamkeiten - Widersprüche

Solidarische Ökonomie hat die 7 Prinzipien: demokratische Unternehmenskultur und Selbstverwaltung, Solidarität, Nachhaltigkeit, bedarfswirtschaftliches Handeln, *Not For Private Profit*, soziale Einbindung der Initiative in ein Gemeinwesen und mit Einschränkung auch Bildung.

- Wo sehen Sie mögliche Widersprüche mit den Prinzipien der Stadterneuerung? Welche?
- Kennen Sie Beispiele, wo diese Widersprüche Auswirkungen auf Projekte der Stadterneuerung hatten?

- Sehen Sie Gemeinsamkeiten mit den Prinzipien der Stadterneuerung? Welche? Bzw. warum nicht?

Ansatzpunkte für die Verankerung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung

- Welche Anforderungen an die Stadtplanung ergeben sich aus der Förderung Solidarischer Ökonomie?
- Gibt es Ansatzpunkte für die Förderung Solidarischer Ökonomie im Rahmen der Stadterneuerung? Welche?
- Welche Chancen für die Stadterneuerung könnten in der Förderung Solidarischer Ökonomie liegen?
- Welche Schwierigkeiten für die Stadterneuerung könnten in der Förderung Solidarischer Ökonomie auftauchen?

Spezifische Instrumente:

- **Gemeinschaftsgärten**
 - Welche Funktionen können Gemeinschaftsgärten für die Stadterneuerung haben?
 - Worin sehen Sie die Aufgabe Ihrer Institution bei der Umsetzung von Gemeinschaftsgärten?
 - Wie können im Rahmen der Wiener Stadterneuerung Gemeinschaftsgärten gefördert werden?
 - Welche Herausforderungen ergeben sich auch langfristig?
- **Baugruppen**
 - Welche Funktionen können Baugruppen für die Stadterneuerung haben?
 - Worin sehen Sie die Aufgabe Ihrer Institution bei Projekten von Baugruppen?
 - Wie können im Rahmen der Wiener Stadterneuerung Baugruppen gefördert werden?
 - Welche Herausforderungen ergeben sich?
- **Gemeingüter**
 - Welche Funktionen können Gemeingüter für die Stadterneuerung haben?
 - Worin sehen Sie die Aufgabe Ihrer Institution in Bezug auf die Entwicklung von Gemeingütern?
 - Welche Herausforderungen ergeben sich?

Abschluss

- Welche Rolle soll Solidarische Ökonomie in Zukunft in der Stadterneuerung in Wien/ihrer Institution spielen?

11.2 LISTE DER INTERVIEWPARTNER/INNEN EXPERT/INNEN-INTERVIEW

- Auftragnehmer/in einer Gebietsbetreuung Stadterneuerung, Interview 1 (I1) durchgeführt am 15. Dezember 2011
- Expert/in für Stadtteilarbeit und Solidarische Ökonomie, Interview 2 (I2) durchgeführt am 10. Jänner 2012
- Mitarbeiter/in in den Projekten VIEW und Lebendige Straßen, Interview 3 (I3) durchgeführt am 18. Jänner 2012
- Mitarbeiter/in der Stadtbaudirektion Wien, Interview 4 (I4) durchgeführt am 14. März 2012